

1900



2000

100 Jahre Handwerkskammer Reutlingen

1900 – 2000

**100 Jahre
Handwerkskammer
Reutlingen**



HANDWERKSKAMMER
REUTLINGEN

IMPRESSUM

Herausgeber

Handwerkskammer Reutlingen
Hindenburgstr. 58
72762 Reutlingen
Telefon: 0 71 21/24 12-0
Telefax: 0 71 21/24 12-4 00
E-Mail: handwerk@hwk-reutlingen.de
Internet: <http://www.hwk-reutlingen.de>

Autoren

Die Jubiläumsschrift wurde erstellt auf der Grundlage eines Textes von Dr. Karl J. Maier;
mit Beiträgen von Herbert Blume, Alfred Bouß, Reinhold Haas, Roland Haaß, Silke Porath und Lotte Schnedler.

Fotografien

Wir danken den Stadtarchiven Balingen, Reutlingen und Tübingen, dem Reutlinger General-Anzeiger, Herrmann Druck+Media, Martin Sauer (Sauer Autoland), Otfried Stumpp (Autohaus Fuss), dem Weinhaus Schall, der Firma Rex, Paul Zimmermann, Wolfgang Zeiher sowie Klaus Franke bei der Suche nach Fotografien bzw. für die freundliche Überlassung von Fotografien.
Weitere Fotografien stammen aus dem Archiv der Handwerkskammer Reutlingen.

Lektorat

Silke Porath

Koordination und Schlussredaktion

Alfred Bouß

Verantwortlich

Roland Haaß
Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Reutlingen

Layout und Druck

HERRMANN Druck+Media, Sonnenbühl

100 Jahre Handwerkskammer Reutlingen

**EIN AKTUELLER BLICK AUF GESCHICHTE UND GESCHICHTEN
DES REGIONALEN HANDWERKS**



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	6
Das Handwerk im Kaiserreich	8
Die Weimarer Republik	40
Das Handwerk im Nationalsozialismus	60
Die Nachkriegsjahre	80
Auf dem Weg nach Europa	100
Anhang	132



*Joachim Möhrle
Präsident*



*Roland Haaß
Hauptgeschäftsführer*

Die beiden Weltkriege mit ihren schrecklichen Folgen werden die Erinnerung der nachfolgenden Generationen an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts prägen. Die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wird – zumindest in unseren Breitengraden – mit ihren Versuchen und Visionen für ein Europa in Frieden und Freiheit in die Geschichte eingehen.

Welche Rolle hat das Handwerk in dieser Zeit gespielt? Natürlich hatten die großen geschichtlichen Ereignisse Auswirkungen bis in den einzelnen Betrieb hinein – angefangen von den in den Kriegen umgekommenen Meistern und Mitarbeitern, den wirtschaftlichen Auswirkungen der Zerstörungen bis letztendlich hin zu den gewaltigen technologischen und ökonomischen Umbrüchen.

Daneben fällt beim Durchlesen der vorliegenden Jubiläumsschrift auf, dass die Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte um die Bedeutung des Handwerks in vielen Punkten vergleichbar sind, auch wenn heute die Herausforderungen andere als vor 100 Jahren sind.

So hieß es bereits vor rund 100 Jahren, dass das Handwerk kaum Zukunftschancen habe, dass es nur noch als Anhängsel der Industrie fortbestehen werde. Solche und ähnliche Prognosen sind längst im Papier-

korb der Handwerksgeschichte gelandet. Das Handwerk konnte seinen Nutzen aus der industriellen Entwicklung ziehen und umgekehrt konnte die Industrie sich den Erfindungsreichtum der Handwerker zu Nutze machen. Dieser Erfindergeist war einer der Motoren des Wohlstandes in unserem Land und einer der Garanten für die Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. Eine weitere Grundlage dafür ist die Ausbildungsleistung, die Handwerksbetriebe Jahr für Jahr erbringen. Sie sorgen nicht nur dafür, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen kann, sondern sie bieten den Jugendlichen auch eine sichere Lebensperspektive.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Ausbildung ist die Geschichte der Handwerkskammer Reutlingen eng mit der Entwicklung der Betriebe in der Region verbunden. Handwerkskammern wurden zunächst mit dem Auftrag geschaffen, das Lehrlingswesen zu regeln, die Staats- und Gemeindebehörden über die Lage des Handwerks zu informieren und Prüfungsausschüsse zur Abnahme der Gesellenprüfung zu bilden.

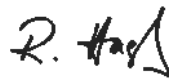
Seitdem hat der gesellschaftliche Wandel, die Globalisierung der Märkte, die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens aber auch die Fortentwicklung des Handwerks-

rechtes der Kammer eine Fülle an neuen Aufgaben gebracht. Handwerkskammern haben sich zu *der* Selbsthilfeeinrichtung des Handwerks entwickelt. Ein wesentlicher und nicht zu unterschätzender Grund für diese Entwicklung war und ist ihre Rolle als Interessenvertretung. Denn die in der Regel kleinen Handwerksbetriebe können im Unterschied zu großen Industriebetrieben nicht auf die politischen Parteien und die Regierung des Landes so einwirken, dass die handwerkspezifischen Belange angemessen berücksichtigt werden.

Diese Jubiläumsschrift soll mit dazu beitragen, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen und aus diesen Erkenntnissen heraus zum Wohle des Handwerks Strategien für die Zukunft zu entwickeln.



Joachim Möhrle
Präsident



Roland Haaß
Hauptgeschäftsführer



Das Handwerk im Kaiserreich

» Die Kammer bietet
den Meistern
tatsächlich Hilfen;
die anfängliche
Skepsis verschwindet
immer mehr. «



Von Anfang an eine starke Gruppe

Das Handwerk im Kaiserreich

Der Kaiser selbst legt den Grundstein für die Handwerkskammern in Deutschland. »Zur Vertretung der Interessen ihres Bezirks sind Handwerkskammern zu errichten« heißt es in Paragraph 103 des am 6. August 1897 von Wilhelm II. angeordneten »Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung«. Der Deutsche Reichstag stimmt mit überwältigender Mehrheit zu – und damit ist diese Novellierung der Reichsgewerbeordnung die erste, freilich noch entwicklungsbedürftige, deutsche Handwerksordnung. Bis heute ist sie das Fundament, auf dem die moderne Organisationsstruktur des Handwerks in Deutschland steht.

Vom 1. April 1900 an nehmen 71 Handwerkskammern, darunter die Handwerkskammer Reutlingen, die Arbeit auf. Ihre Aufgaben sind in der Gewerbeordnung von 1897 klar definiert. Und was dort in Paragraph 103e steht, ist in weiten Teilen nahezu identisch mit der heute geltenden Handwerksordnung.

Paragraph 103e:

Der Handwerkskammer liegt insbesondere ob:

- 1. die nähere Regelung des Lehrlingswesens;*
- 2. die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften zu überwachen;*
- 3. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch (...) Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen zu unterstützen, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren;*
- 4. Wünsche und Anträge, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren, zu beraten und den Behörden vorzulegen (...);*
- 5. die Bildung von Prüfungsausschüssen zur Abnahme der Gesellenprüfung;*

Die Handwerkskammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerkes oder die Interessen einzelner Zweige desselben berührenden Angelegenheiten, gehört werden. Sie ist befugt, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, sowie Fachschulen zu errichten und zu unterstützen.

Noch im Geburtsjahr der meisten Handwerkskammern wird im November 1900 der »Deutsche Handwerks- und Gewerkekammertag« aus der Taufe gehoben. Der Kleine Befähigungsnachweis – also der Meisterbrief als Voraussetzung zur Ausbildung von Lehrlingen – ist erstes Ziel dieser Vereinigung der Meister aus allen Handwerkskammern.

Wieder ist es der Kaiser, der 1908 für einen Teilerfolg des Handwerks sorgt. In der »Abänderung der Gewerbeordnung« heißt es: »In Handwerksbetrieben steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben.« Anders gesagt: jede Meisterprüfung berechtigt zur Ausbildung in jedem Handwerk – der Kleine Befähigungsnachweis ist also kleiner als gewollt ausgefallen.

Bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs am 1. August 1914 konzentriert sich das Handwerk auf die Abgrenzung zwischen »Handwerk« und »Fabrik«. Denn die Behörden geben mehr und mehr Betriebe in die Obhut der Handelskammern. Die Handwerksorganisationen stehen vor der Existenzfrage.

Alles andere als ein leichter Start: Staat und Handwerkskammern in Württemberg

»Keinen leichten Stand« hat die Handwerkskammer Reutlingen zu Beginn ihrer 100-jährigen Geschichte – daran erinnert ein Vierteljahrhundert später Syndikus Eberhardt. Beim 25-jährigen Gründungsjubiläum in der Bundeshalle in Reutlingen am 17. November 1925 blickt er zurück auf die Anfänge – und in der Tat ist die Gründung der Handwerkskammern im Deutschen Reich keine leichte Geburt.

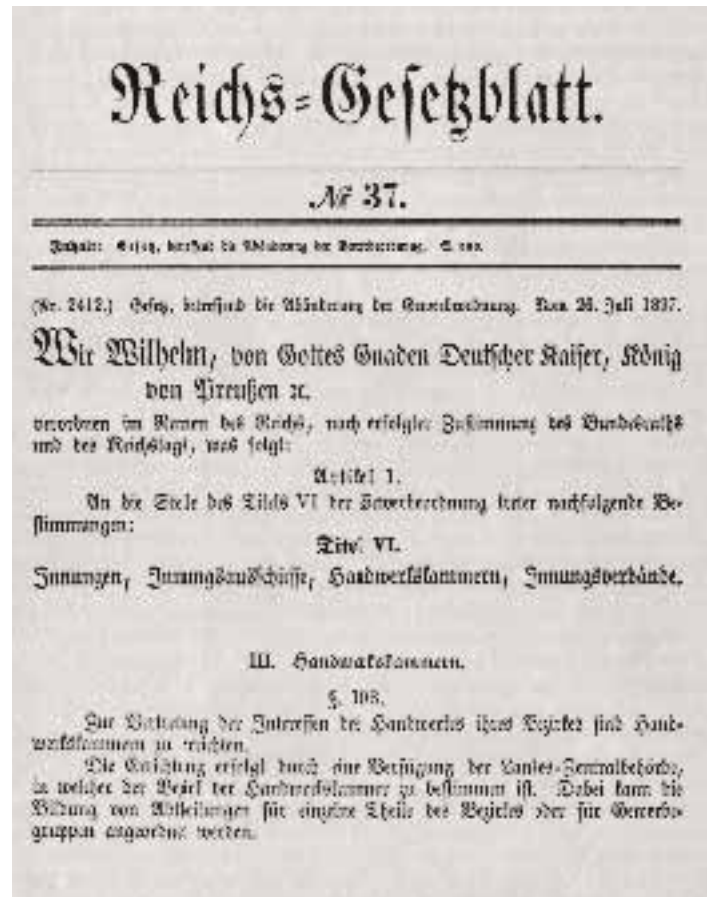
Der Kaiser selbst gibt den Startschuss für die Gründung von Handwerkskammern in Deutschland. Manche Forderungen des

Handwerks – Pflichtinnungen zum Beispiel und den Großen Befähigungsnachweis – lehnt die Regierung in Berlin aber schlicht ab. Die ab 1900 in Deutschland gegründeten Handwerkskammern haben nicht viele Kompetenzen: Beratung und Gutachten stehen im Vordergrund, das Ausbildungs- und Gesellenwesen soll verbessert werden.

Viele halten die Handwerkskammern schlicht für überflüssig. Der württembergische Staatsrat von Gaupp von der königlichen Zentralstelle für Handel und Gewerbe weist bei der Gründungsversammlung der Kammer 1900 darauf hin, dass das Handwerk schon bisher eine wirkungsvolle Vertretung gehabt habe, eben die königliche Zentralstelle. Gaupp wörtlich:

6. August 1897:
Mit der Änderung der Gewerbeordnung tritt die erste deutsche »Handwerksordnung« in Kraft.

1. Januar 1900:
Herstellung der deutschen Rechtseinheit mit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches.



»Der Wunsch nach einer Organisation des Handwerks und namentlich nach einer organisierten Vertretung desselben ist in Deutschland und auch in unserem engeren Vaterland [dem Königreich Württemberg] schon seit langer Zeit und oft kundgegeben worden. Dieser Vertretung hat man aber vielleicht da und dort eine gar zu große Bedeutung beigemessen. Das Handwerk hat schon bisher eine Vertretung in der Zentralstelle für Gewerbe und Handel gehabt, und ich halte mich für verpflichtet, hervorzuheben, dass auch bei der bisherigen Vertretungsorganisation gebührende Rücksicht auf das Handwerk genommen worden ist.«

Ganz anders sieht man das im Handwerk. Die Probleme des Mittelstands sind groß, der Wunsch nach einer selbstverwalteten Vertretung, in Abgrenzung zu Staat und Industrie, wächst. Konfrontation oder Konkurrenz mit staatlichen Stellen will das Handwerk aber nicht. Die Handwerkskammer Reutlingen hat – wie auch die drei anderen württembergischen Kammern und die Industrie- und Handelskammern – je einen Vertreter im Gesamtkollegium der Zentralstelle. Dessen Aufgabe: allgemeine Anordnungen und neue Vorschriften zur Pflege von Handel und Gewerbe gemeinsam zu beraten. Wenigstens auf dem Papier ist also gewährleistet, dass die staatliche Zentralstelle eine Politik für das Handwerk macht.

Dass sich »fremde« Institutionen »nebenamtlich« um die Interessen des Handwerks kümmern, ist auch für das Reutlinger Handwerk nicht mehr tragbar. Dass man von Staats wegen ein Auge auf die Arbeit der Kammer zu haben wünscht, bringt Gaupp bei der Gründungsversammlung ebenfalls klar zum Ausdruck: »Die Zentralstelle ist die höhere Verwaltungsbehörde, der die

Kammern untergeordnet sind. Sie ist also die überwachende Behörde. Es ist und bleibt die Aufgabe der Zentralstelle, den Kammern eine beratende und sachverständige Behörde in allen gewerblichen Angelegenheiten zu sein.«

Die Reutlinger Kammer will sich vor allzu großer staatlicher Einflussnahme lösen. Bereits am Ende des ersten Geschäftsberichts 1902 stehen selbstbewusste Sätze:

»Man findet an der Kammer zu tadeln, dass sie zu abhängig sei von der Behörde. Das mag im ersten Jahr so geschienen haben – und vielleicht auch wirklich so gewesen sein. Die Kammermitglieder hatten sich eben erst einzuarbeiten in die Geschäfte, in



den ganzen Betrieb; sie mussten erst in sich selbst sicher werden. Deshalb zog sie es vor, die Führung zuerst der Behörde zu überlassen. – Die Kammer ließ sich, wie einst Germania, in den Sattel heben; nun, da sie reiten gelernt, wird sie auch die Zügel selbst in die Hand nehmen.»

»Kinderkrankheiten«: Vorsitzende, Vollversammlung und Sekretäre in den Anfangsjahren

An der Spitze der Kammer stehen der Vorsitzende (später: Präsident) und ein Stellvertreter. Der Vorsitzende wird von der Vollversammlung – 20 Handwerksmeister aus der Region, entsandt von Innungen, Fachgenossenschaften, allgemeinen Handwerksvereinen und Gewerbevereinen – gewählt. Wahlberechtigt sind nur die Meister, die einer der Handwerker-Organisationen angehören. Voraussetzung für die Mitgliedschaft in Vollversammlung bzw. Vorstand der Kammer ist, dass der Meister als Handwerker aktiv ist und ein Geschäft im Kammerbezirk betreibt. Übrigens: der Vorstand tagt zu Beginn der Kammergeschichte sechs, die Vollversammlung zweimal im Jahr.

Erster Vorsitzender der Handwerkskammer Reutlingen ist der Reutlinger Malermeister Fischle, sein Stellvertreter Flaschnermeister Wilhelm Braun aus Reutlingen. Fischle wird am 22. Januar 1901 zum Beirat der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel ernannt. Nach seinem Tod 1907 folgt ihm Schreinermeister Vollmer aus Rottenburg, der 1922 zum Ehrenpräsidenten ernannt wird.

Das laufende Geschäft wird vom hauptamtlichen Sekretär, später Syndikus bzw.

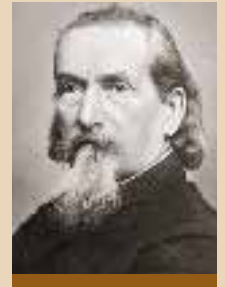
Hauptgeschäftsführer geführt. Zu seinen Aufgaben gehört auch, Forderungen der Meister mit denen des Staates in Einklang zu bringen. Er muss außerdem Vorträge halten, das Kassenwesen beaufsichtigen, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Handwerks im Kammerbezirk beobachten, Kontakt zu den örtlichen handwerklichen Organisationen halten und den Geschäftsbericht erstellen.

Erster Sekretär wird für ein Jahr provisorisch der Reutlinger Lehrer und Sekretär des Gewerbevereins, Heinrich Fausel. Ihm folgt bis 1905 der Statistiker Rudolf Dietrich. Sein Nachfolger wird Hans Freytag, der bis dahin Assistent der Stuttgarter Handwerkskammer war. 1911 tritt Freytag aus den Diensten der Kammer aus, um die Leitung einer Zeitung zu übernehmen; 1945 wird er zum Stellvertretenden Oberbürgermeister in Reutlingen ernannt. Ihm folgt der Notariatspraktikant Karl Hermann aus Ludwigsburg.

Die Sekretäre der Handwerkskammer: Mancher Mitarbeiter ist ein echter Glücksgriff für die Kammer

Mit Sekretär Hermann findet die Kammer einen wirklich geeigneten Mann. Denn ganz unproblematisch scheint die Personalwahl nicht immer zu sein.

Nach kurzer Dienstzeit scheidet der Nachfolger Dietrichs, Freytag, wieder aus. Erst Karl Hermann ist ein Mann, der in den Diensten des Handwerks in Reutlingen Erfolg hat und offensichtlich auch keine Probleme mit dem Vorstand. Nach 1918 wird er in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen, wird Sekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbebekammetages und als



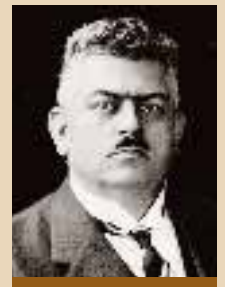
Friedrich Fischle
Präsident
(1900–1907)



Hans Freytag
Geschäftsführer
(1906–1911)



Karl Vollmer
Präsident
(1907–1922)



Karl Hermann
Geschäftsführer
(1911–1922)

Mitglied der »Wirtschaftspartei – Partei des gewerblichen Mittelstandes« in den Reichstag gewählt.

Ein Glücksgriff für die Kammer ist auch Hermanns Nachfolger, Eberhardt. Er bleibt bis nach 1945 bei der Kammer.

Fleissige Geister:

Die Mitarbeiter der Kammer

Neben dem Syndikus arbeiten 1924 Obersekretär Müller, Baumeister Hack, Kanzlei-beamtin Bigazzi, Bürogehilfe Knecht sowie die Schreibfräulein Held und Trißler für die Handwerkskammer Reutlingen. Bedenken äußert der II. Vorsitzende, Vollmer, im Sommer 1904, als es darum geht, eine Schreib-

hilfe einzustellen. Er befürchtet, dass dann mehr als nötig geschrieben werde. Der Staatskommissar weist darauf hin, dass alle anderen württembergischen Kammern eine Schreibhilfe hätten. Er unterstützt damit den Reutlinger Kammersekretär, der erklärt, er müsse sehr lange arbeiten, nutze dafür aber, anders als seine Kollegen in Stuttgart, Ulm und Heilbronn, eher die frühen Morgenstunden als die Nacht.

Ausschüsse und Kommissionen:

Grundsatzarbeit an der Basis

Die Kammer ruft verschiedene Ausschüsse ins Leben: den Gesellenausschuss, den Ausschuss für Beanstandungen in Gesel-

lenprüfungssachen, den Rechnungsprüfungsausschuss sowie mehrere kurzfristig zusammengestellte Kommissionen. Sie legen die Form eines allgemein gültigen Lehrvertragsformulars fest oder arbeiten Anträge für eine Novellierung des Submissionswesens aus. Später kommen Meisterprüfungskommissionen hinzu. Für einzelne Funktionen (z. B. Lehrlingsfragen) werden zunächst ehrenamtlich tätige Beauftragte, später Angestellte eingesetzt.

Existenzkrise zur Jahrhundertwende:

Die Industrie als Konkurrent

Direkter Konkurrent des Handwerks in Württemberg ist die Industrie. Sie hat in



**April 1900:**

Die ersten der 71 neu gegründeten Handwerkskammern nehmen ihre Arbeit auf.

November 1900:

Die Handwerkskammer Reutlingen wird gegründet.

den seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen Industrie- und Handelskammern eine wirkungsvolle Interessenvertretung, die ihr einen deutlichen Vorsprung verschafft. Die Industrie- und Handelskammern – als Handels- und Gewerbekammern in Württemberg 1854 gegründet – sind teilweise aus den Gewerbevereinen gewachsen, die ihre Ursprünge in der schweren Wirtschaftskrise der 1840er Jahre haben, als die Industrie erst im Aufschwung begriffen war.

Das Handwerk steckt seit der rasanten Industrialisierung im Deutschen Reich in einer Existenzkrise und macht dafür die Industrie verantwortlich, deren ungebremstes Wachstum auf die Gewerbefreiheit zurückzuführen sei. Umso weniger ist es für das Handwerk tragbar, weiterhin seine Interessen durch die jeweilige Handels- und Gewerbekammer vertreten zu lassen.

Alte Handwerke sterben aus:**Das Handwerk kämpft ums Überleben**

Wie äußert sich die Krise für das lokale Handwerk? Im ersten Geschäftsbericht für die Jahre 1900–1902 (»Die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Kammerbezirk«) unterscheidet die Kammer in »Die heute noch bedeutenden Handwerke« und »Die von der Großindustrie verdrängten Handwerke«.

»Noch bedeutend« sind um 1900 Bäcker, Friseure, Maler, Schmiede, Tapezierer, Flaschner, Buchdrucker und Sattler, denen es unterm Strich gar nicht so schlecht geht. Allerdings: viele Handwerke gehen vor der übermächtigen Konkurrenz der Industrie in die Knie oder sind bereits verschwunden. Im Kammerbezirk spüren vor allem die Bekleidungshandwerke die Konkurrenz von Industrie und Einzelhandel. Sie stellen immer seltener selbst Produkte her, sind in weiten Teilen nur noch reine Reparaturbe-



triebe. Die fabrikmäßige Herstellung sägt auch am Einkommen der Möbelschreiner. Von der Großindustrie verdrängt werden Feilenhauer, Tuchmacher, Mützenmacher, Messerschmiede und Seifensieder – und mit ihnen uralte handwerkliche Fähigkeiten. Immer mehr kleine Betriebe und »Alleinmeister« geben auf, während die durchschnittliche Betriebsgröße wächst.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Kammer mitunter einen scharf antikapitalistischen Ton anschlägt. Zu den Hauptaufgaben der Kammer in den ersten Jahren ihres Bestehens gehört, in Vorträgen für die Handwerker »aufklärend« zu wirken, also ein »Bewusstsein« für den eigenen Stand zu schaffen. Ein Ziel ist, den Organisationsgrad der Handwerker zu erhöhen. Innungen, Genossenschaften und Handwerkervereine sollen gegründet werden, um der übermächtigen Industrie eine geschlossene Front des Handwerks entgegenstellen zu können.

In den ersten Jahren des Bestehens der Kammer führt das Handwerk einen Überlebenskampf. Im ersten Geschäftsbericht der Kammer heißt es zur volkswirtschaftlichen



Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts: *»Die herrschende Macht in der neuen Volkswirtschaft [...] ist das Kapital. [...] Von Seiten der Gesetzgebung hat das Kapital in der Gewerbefreiheit eine Hilfskraft erhalten, deren Stärke und Tragweite man wohl anfangs unterschätzt hat.«*

**Aufgaben und Ziele der Handwerkskammer
Reutlingen: Volle Kraft voraus im Kampf
für das lokale Handwerk**

Die Reutlinger Kammer hat im November 1900 keinen Arbeitsplan, keine »innere Verfassung«. Viele Handwerker sind mit ihren beruflichen Aufgaben ausgelastet und können kaum Notiz, geschweige denn Anteil an





der Gründung nehmen. Erst im Mai 1901 wird der regelmäßige Geschäftsbetrieb der Kammer aufgenommen – eine Zeit, zu der wiederum die Bauhandwerker sich um ihre Arbeit kümmern müssen. So ist es nicht

»Volle Kraft voraus im Kampf für das lokale Handwerk.«

leicht, eines der ersten Ziele der Kammer zu erreichen: Die Handwerker des Bezirks über Gründung, Organisation und Aufgaben der Kammer zu unterrichten.

Wichtiger Aspekt der Kammeraufgaben ist die Aus- und Weiterbildung. Die schulische und fachliche Ausbildung vieler Handwerker ist schlecht, einige haben noch nie etwas von Kalkulation und Buchführung gehört. Die technische Weiterbildung ist angesichts des Fortschrittes der Industrie sehr wichtig. Besonders aufmerksam beobachtet die Kammer die Ausstattung von Werkstätten mit Elektrizität und Maschinen und fördert die Anschaffung entsprechender Geräte.

Ganz besonderen Wert legt die Kammer auf mehr Organisation im regionalen Handwerk. In 80 Orten des Bezirks mit je um die 1.000 Einwohnern gibt es keinerlei handwerkliche Organisationen: keine Innungen, keine Betriebs- oder Einkaufsgenossenschaften, keine Handwerkervereine. Der Grund: Vielen geht es wirtschaftlich nicht schlecht; von einem Zusammenschluss versprechen sie sich keinen weiteren Gewinn. Hier ist Aufklärung nötig. Die Kammer ruft die Handwerker auf, »nicht als Einzelkämpfer zu werkeln«, sondern Interessensorganisationen zu schaffen.

Eine Hauptaufgabe sieht die Kammer in der Bekämpfung der schrankenlosen Gewerbefreiheit. Die Reichsgewerbeordnung von 1871 gestattet jedermann in Württemberg, ein Gewerbe zu betreiben, ohne dafür eine entsprechende berufliche Befähigung vorweisen zu müssen – mit verheerenden Auswirkungen auf die »handwerklichen« Leistungen.

Große Aufgaben – kleine Räume:

Das Gebäude der Kammer

So groß die Aufgaben sind, so klein ist der Platz der Handwerkskammer Reutlingen. Sie bezieht ihr Domizil in »drei hellen Zimmern« im Haus des Ersten Vorsitzenden, im zweiten Stock des Gebäudes Lederstraße 49. Die Einrichtung ist »einfach, aber gut und für alle Zwecke genügend.« Der Sekretär der Kammer steht Hilfe Suchenden werktäglich – also auch samstags – von 8 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr zur Verfügung.

Aufgaben und Bedeutung der Kammer wachsen. Für 1914 ist ein Haushalt veranschlagt, der über 50.000 Mark liegt –



November 1900:
Gründung des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages als freie Vereinigung der Meister aus 51 Handwerkskammern, darunter Reutlingen.

Mai 1901:
In der Reutlinger Handwerkskammer beginnt der Geschäftsbetrieb.

dagegen stehen 14.370 Mark des ersten Haushaltes. Zu diesem Zeitpunkt hat der Geschäftsführer bereits vier Mitarbeiter.

Die Kammer ist inzwischen in ein eigenes Gebäude gezogen, das alte Kameralamt in der Nürtingerhofstraße 12. Der Kauf wird bei der Vorstandssitzung am 16. Januar 1907 beschlossen, da der Raumbedarf nicht nur wegen der inzwischen großen Zahl der Gesellen- und Meisterprüfungen (die in den Räumen der Kammer abgehalten werden) stark gewachsen ist; auch die Fortbildungs- und Vorbereitungskurse erfordern eine Erweiterung des Raumangebots. Die königliche Staatsfinanzverwaltung verzichtet auf eine öffentliche Ausschreibung für den Verkauf des Gebäudes, erhöht aber den von der Kammer gebotenen Kaufpreis von 40.000 Mark um zehn Prozent. Im Sommer kommt der Kaufvertrag für Gebäude samt Scheuer, Waschhaus und Kohlenschuppen, Gemüse- und Baumgarten und insgesamt über 15 ar Grundfläche zu Stande.

Ständiger Zankapfel:

Die Finanzierung der Kammer

Ständiger Zankapfel zwischen Kammer, Gemeinden und Handwerkern ist die Finanzierung der Kammer. Ein Teil der Finanzierung erfolgt durch Staatsbeitrag, der allerdings immer stärker zurückgeht. Der Haushalt des Jahres 1913/14 ist bereits auf über 54.000 Mark angewachsen, der Staatsbeitrag nur auf 6.165 Mark gestiegen. Der jeweilige Abmangel wird auf die Gemeinden des Kammerbezirks umgelegt und von diesen an die Kammer weitergeleitet. Die Gemeinden wiederum erheben bei den örtlichen Handwerksbetrieben entsprechende Beiträge.

Dieses umständliche und konfliktrüchti-ge Verfahren – das den Kammern zudem die Etathoheit nimmt – wird im Dezember 1901 von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel eingeführt. Grundlage ist die Gewerbesteuer, die die Gemeinden von den ortsansässigen Betrieben einziehen. Diese stützt sich auf

Steuerlisten, die von den Bezirksteuerämtern geführt werden. Nicht herangezogen werden Betriebe, die mit weniger als 85 Mark Steuerkapital (später reduziert auf 40 Mark, um den unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in Stadt und Land Rechnung zu tragen) in den Listen stehen. Ausgenommen sind auch Betriebe, die ins Handelsregister eingetragen sind, also offiziell gar nicht als Handwerksbetriebe geführt werden. Dazu

reicht es aus, dass ein Handwerker ein Ladengeschäft hat. Die Folge: selbst Vollversammlungsmitglieder der Reutlinger Kammer werden von den Gemeinden nicht zur Umlage für die Kammerkosten herangezogen. Ab 1906 entscheiden Kommissionen vor Ort, welcher Betrieb dem Handwerk zuzurechnen und damit beitragspflichtig ist, und welcher als Fabrikbetrieb gilt.

Reutlingen weist als größte Stadt des Bezirks weniger Steueraufkommen – bezogen auf die örtlichen Handwerksbetriebe – auf, als die drittgrößte Stadt, Tuttlingen. Das Fazit ist eindeutig: Die von den Bezirkssteuerämtern geführten Listen sind keine gerechte Grundlage für die Erhebung des Kammerbeitrages. Viele Gemeinden sind gezwungen, genauer zu ermitteln, wie viele Handwerksbetriebe sie in ihren Mauern ha-

Zur Erinnerung
an die Einweihungsfeier des Handwerkskammer-Gebäudes in Reutlingen
 am 20. Februar 1908.



V. v. L. 1. Pfl. 2. Pfl. 3. Pfl. 4. Pfl. 5. Pfl. 6. Pfl. 7. Pfl. 8. Pfl. 9. Pfl. 10. Pfl. 11. Pfl. 12. Pfl. 13. Pfl. 14. Pfl. 15. Pfl. 16. Pfl. 17. Pfl. 18. Pfl. 19. Pfl. 20. Pfl. 21. Pfl. 22. Pfl. 23. Pfl. 24. Pfl. 25. Pfl. 26. Pfl. 27. Pfl. 28. Pfl. 29. Pfl. 30. Pfl. 31. Pfl. 32. Pfl. 33. Pfl. 34. Pfl. 35. Pfl. 36. Pfl. 37. Pfl. 38. Pfl. 39. Pfl. 40. Pfl. 41. Pfl. 42. Pfl. 43. Pfl. 44. Pfl. 45. Pfl. 46. Pfl. 47. Pfl. 48. Pfl. 49. Pfl. 50. Pfl. 51. Pfl. 52. Pfl. 53. Pfl. 54. Pfl. 55. Pfl. 56. Pfl. 57. Pfl. 58. Pfl. 59. Pfl. 60.

ben und wie hoch deren Steuerkapital ist. Das kostet Zeit und Geld – ohne dass die Gemeinden irgendeinen Gewinn haben.

Die Kammer schlägt den Gemeinden 1906 vor, die Kosten nicht auf die örtlichen Betriebe umzulegen, sondern aus eigener Kasse zu bezahlen. Begründung: die Gemeinden würden auch andere Gewerbezweige finanziell unterstützen (z. B. die Landwirtschaft durch Farrenhaltung, Feldschutz, Wegebau), und man könne Kosten sparen, da es sich oft nur um Pfennigbeträge handle, der administrative Aufwand aber sehr hoch sei. Folge ist, dass fast alle kleineren Gemeinden des Bezirks tatsächlich die Kammerkosten auf eigene Kasse übernehmen, während die größeren Gemeinden weiterhin die Beiträge bei den Handwerksbetrieben erheben.

Die Handwerker und ihre Kammer:

Viele sehen nur Kosten – aber keinen Nutzen

Wie stehen die Handwerker zu »ihrer« neuen Kammer? Ein Jahr nach Gründung der Kammer ist diese bei vielen Gemeinden und Betrieben schlicht noch nicht bekannt! Für die Kammer heißt das: Aufklärungsarbeit im großen Stil – zum Beispiel durch Reisen und Vorträge des Sekretärs.

Viele Handwerker glauben, sich wie bisher am besten selbst helfen zu können, viele Meister stört die Überwachung durch die Kammer. In der Tat führen viele der Kontrollbesuche, mit denen die Situation der Lehrlinge erforscht werden soll, zu – mitunter handgreiflichen – Konflikten

Mit einer Fragebogenaktion will die Kammer die Lage im Handwerk erfassen. Aber viele Handwerker glauben nicht, dass die

Mühe, die sie sich mit dem Ausfüllen machen, ihnen selbst zugute kommt. Nur wenige Fragebögen werden zurückgeschickt, doch oft verspätet oder nur oberflächlich ausgefüllt.

Öffentlichkeitsarbeit ist also angesagt, die Zusammenarbeit mit der örtlichen Presse muss erst organisiert werden: »Weiter will die Kammer durch kurze Zeitungsartikel oder Notizen belehrend wirken. Solche Einsendungen wurden aber nicht überall freundlich aufgenommen. Man lehnte sie ab mit der Begründung, es seien nur verkappte Inserate.« Die Presse will kein Bekanntmachungsorgan der Handwerkskammer sein – eine eigene Handwerkerzeitung muss her. 1921 stellen die vier württembergischen Kammern eine eigene Wochenzeitung auf die Beine, die »Württembergische Handwerkszeitung«.

Lange vernachlässigt: Die Lehrlinge

Das Ausbildungsverhalten vieler Meister lässt zu wünschen übrig. Sie halten sich »billige« Arbeitskräfte. Junge Leute ersparen sich die oft sehr harten Lehrjahre bei Meistern und suchen das schnelle Geld in den Fabriken. Die Handwerkskammer Reutlingen engagiert sich deshalb mit aller Entschiedenheit im Lehrlingswesen. Der Ausbildung im Handwerk will sie wieder ein besseres Ansehen verschaffen. So werden im November 1906 Broschüren zur Berufswahl ausgearbeitet und an den Schulen verteilt. Parallel dazu rufen die Kirchen die Schulen auf, die Schüler vor dem Abschluss auf die Möglichkeiten einer Handwerkslehre aufmerksam zu machen. Die Arbeitsämter veröffentlichen und vermitteln freie Stellen.

1901:

Der 1. Vorsitzende der Kammer, der Reutlinger Malermeister Fischle, wird zum Beirat der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel ernannt; der erste Sekretär wird der Reutlinger Lehrer und Sekretär des Gewerbevereins, Heinrich Fausel.

Die Verordnungen über das Lehrlingswesen lenken die Ausbildung in geordnete Bahnen. Besonders wichtig ist, dass es in Zusammenarbeit mit den anderen württembergischen Kammern gelingt, einen einheitlichen Lehrvertragsvordruck zu erarbeiten, der für alle Meister des Bezirks verbindlich ist. Außerdem wird festgelegt, dass eine Lehre im Handwerk mindestens drei Jahre dauern soll. Sonst wäre eine gute Ausbildung angesichts der stark gestiegenen fachlich-technischen Anforderungen (etwa im Metall- und Elektrobereich) nicht gewährleistet.

Die Bäcker sprechen sich vehement gegen die dreijährige Lehrzeit aus. In der Vollversammlung der Kammer vom 22. Juli 1902

betonen die Bäcker, eine 2¹/₂-jährige Lehrzeit sei mehr als ausreichend. Im Kammerbezirk seien die Anforderungen an die Lehrlinge nicht sehr hoch. Der Staatskommissar, Regierungsrat Schmidt, erwidert darauf, es falle der Regierung »nicht im Schlafe ein, den Bäckern eine dreijährige Lehrzeit aufzuhalsen.« Es bleibt trotzdem bei der dreijährigen Lehre, obwohl wenige Jahre später der Spaichinger Konditor und Kammer-Vorstandsmitglied Mayer berichtet, dass viele junge Männer in die Schweiz gingen. Dort lernten sie in nur zwei Jahren das Handwerk.

Die bei der Kammer geführte Lehrlingsrolle gibt einen Überblick über die Nachwuchssituation des regionalen Handwerks. Alle Lehrlinge müssen sechs Wochen nach Beginn der Lehre der Kammer gemeldet werden. Aber auch hier, wie bei anderen Pflichten, die die Kammer den Betrieben auferlegt, ist es lange Jahre recht mühsam, die Mitarbeit der Meister zu erwirken. Unter dem Motto »Das haben wir früher nicht gebraucht, das brauchen wir auch jetzt nicht« bleiben viele Anfragen der Kammer unerledigt, viele Pflichten unerfüllt. Die Kammerarbeit zeigt Wirkung. Insgesamt steigt die Zahl der Lehrlinge zunächst von 3.366 im Jahr 1902 auf über 5.200 im Jahr 1908.

Auch Struktur und Schwerpunkte des regionalen Handwerks werden in der Statistik deutlich. Von den im März 1902 gemeldeten Lehrlingen werden je etwa 500 im Schreiner- und im Schlosserhandwerk ausgebildet. An dritter Stelle stehen die Bäcker mit 225 Lehrlingen. Auch andere traditionelle Gewerbe, wie Schuhmacher, Schmiede und Schneider sind noch recht gut vertreten. Auf Platz vier stehen die Feinmechaniker einschließlich der Optiker mit 163 Auszubil-



denden. Hier macht sich die im Bereich Onstmettingen, Tailfingen, Ebingen angesiedelte Industrie bemerkbar. Am unteren Ende der Skala finden sich Bürstenmacher, Tuschscherer und Färber mit je nur einem Lehrling. Einige Besonderheiten: 24 Mundharmonikahersteller, die vor allem in Trossingen angesiedelt sind, 14 Handschuhmacher, die in Balingen, der Hochburg dieses Handwerks, ausgebildet werden.

1907 haben sich die Schwerpunkte nur leicht verschoben. Die meisten der knapp 5.000 Lehrlinge gehören zum Schreiner-gewerbe, 635 insgesamt. Hier spiegelt sich in erster Linie die Bedeutung des im Nord-schwarzwald beheimateten Möbelhandwerks wider; etwa ein Viertel der Lehrlinge sind im Oberamt Nagold gemeldet. Auch die Bauhandwerke sind stark vertreten: 268 Maurer, 219 Maler und Lackierer, 163 Flaschner und Installateure, 116 Gipser. Gleiches gilt für das Nahrungsmittelhandwerk: 399 Bäcker, 72 Konditoren und 245 Metzger. Weitere 361 Maschinenbauer- und Schlosser-Lehrlinge und 189 Feinmechaniker sind deutlicher Hinweis auf das Anwachsen des Metallbereichs. Praktisch ganz verschwunden sind Handschuhmacher, die nur noch vier Lehrlinge ausbilden, Korbmacher mit elf Lehrlingen und Färber mit zwei. Dafür hat sich die Zahl der Elektromechaniker von drei auf 19 erhöht und es sind sogar drei Zahntechniker hinzugekommen.

Im Oktober 1913 hat sich dieser Trend verfestigt. An erster Stelle der Ausbildungsberufe stehen die Mechaniker mit 569 Lehrlingen, an zweiter die Schreiner mit 506. Ihren Platz halten können die Nahrungsmittelhandwerke und die Bauberufe. Weiter auf dem Rückzug: Tuchmacher, Korbmacher, Gerber, Rechen- und Gabelmacher,

Weber, Färber – sie alle gehen vor der industriellen Konkurrenz in die Knie. Auch für andere Handwerke zeichnet sich das Ende ab: 1907 werden 125 Wagner ausgebildet, 1913 nur noch 78.

Immer mehr Lehrlinge werden von Innungen geprüft. 1907 sind es 159 von 3.365, 1913 bereits 1.182 von 4.645 Lehrlingen – untrügliches Zeichen für den wachsenden Organisationsgrad des regionalen Handwerks.

Aus- und Fortbildung sichern Wettbewerbsvorteile: Meister und Lehrlinge drücken die Schulbank

Zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung bietet die Kammer Kurse an. Vor allem in Buchführung, Kalkulation und Gesetzeskunde haben viele selbständige Handwerker erhebliche Defizite.

Konkrete Hilfestellung und Aufklärung bietet die Kammer 1913 mit acht solcher Kurse, die für die 170 Teilnehmer jeweils zwölf Tage dauern. Der Stundenplan: 32 Stunden Gesetzeskunde (Privat-, Gewerbe- und Genossenschaftsrecht), 55 Stunden Buchführung (»einfache« und »amerikanische«), 20 Stunden Kalkulation und acht Stunden Versicherungsgesetze.

Für Lehrlinge, auch aus kleinen Orten, wird der Besuch der örtlichen Gewerbeschule – als Vorläufer der heutigen Berufsschule im dualen System – obligatorisch. Das ist allerdings nicht leicht durchzusetzen. Viele Meister wollen partout nicht einsehen, dass ihre Lehrlinge einen Teil der Zeit auf der Schulbank »vertrödeln«, anstatt für ihre Lehrherren zu arbeiten. Nachdem die Zulassung zur Gesellenprüfung

1901:

Die Kammer bezieht ihr Domizil in »drei hellen Zimmern« im Haus des ersten Vorsitzenden in der Lederstraße 49.

1905:

59 Handwerker legen im Kammerbezirk die Meisterprüfung ab.

1906:

Erstmals wird an Schulen eine Broschüre zur Berufswahl verteilt.

vom Nachweis des ordnungsgemäßen Besuchs der Gewerbeschule abhängig gemacht wird, schwänzen immer weniger Lehrlinge.

Die Gesellen: Vom Lehrling zur geprüften Fachkraft

Das Gesellenwesen wird schon früh von den Kammern geregelt. Das gilt vor allem für die Ausarbeitung der Prüfungsordnung. Die Ausarbeitung auf deren Grundlage dauert lange, ab 1902 können Prüfungen abgenommen werden. Voraussetzung ist zunächst ein ordnungsgemäß abgeschlossener Lehrvertrag. Über Lehre, Gesellen- und Meisterprüfung wird versucht, einen in sich geschlossenen und kontrollierten Ausbildungsgang zu schaffen, der das Handwerk attraktiver und damit konkurrenzfähiger macht.

Zahl und Durchschnittsergebnis der Gesellenprüfungen der Jahre bis zum Ausbruch des Krieges belegen, dass sich durchaus Erfolge zeigen. 1903 werden von 275 Prüfungsausschüssen 668 junge Handwerker geprüft. Von den 668 Prüflingen legen 441 auch in Buchführung die Prüfung ab, 360 in den Schulfächern, also Lesen, Aufsatz, Rechnen und Zeichnen. Das Ergebnis: 435 erhalten die Note gut, 140 befriedigend und 49 sehr gut. 43 werden mit genügend und nur ein Einziger mit ungenügend eingeschätzt. Auf Anregung der Zentralstelle und mit Billigung der Kammer werden 1907 die Prüfungen in den »wissenschaftlichen Fächern« wieder aus den Gesellenprüfungen herausgenommen und als reine Schulabschlussprüfungen weitergeführt.

Hart umkämpft und lange umstritten:

Der kleine Befähigungsnachweis

Besonderes Ziel der Handwerkskammer ist vom ersten Tag an, dem Meistertitel sein früheres Renommee zurückzugeben. Nur derjenige soll sich Meister nennen dürfen, der auch tatsächlich eine Meisterprüfung abgelegt hat. Nur Meister sollen auch ausbilden (»Kleiner Befähigungsnachweis«), nur sie sollen Handwerksbetriebe führen dürfen (»Großer Befähigungsnachweis«).

Von politischer Seite gibt es spürbaren Widerstand gegen die Aufwertung des Meistertitels. So etwa 1902, als die Kammer beantragt, für Meister im Maurer-, Steinhauer- und Zimmerergewerbe eine fünfjährige Gesellenzeit als Voraussetzung für die Meisterprüfung zu fordern. Die Zentralstelle für Gewerbe und Handel kassiert diesen Beschluss ein Jahr später; zusammen mit den anderen württembergischen Kammern gelingt es jedoch, die ursprüngliche Fassung Ende 1905 einzuführen.

Staatskommissar Schmidt äußert Bedenken in zwei Vollversammlungen des Jahres 1902. Der Befähigungsnachweis sei in seinen Augen eine Beschränkung der Gewerbe-freiheit, die der Staat so nicht akzeptieren könne. Der Tuttlinger Gewerbeverein beantragt, die Einführung des Befähigungsnachweises zu bekämpfen, da er nur den großen Bauunternehmungen nützen würde.

Dies hat Folgen. Die Vollversammlung der Kammer lehnt die Einführung des Kleinen Befähigungsnachweises zunächst mit 10 zu 18 Stimmen ab! Mit dem Argument, man habe der Kommission und deren Verhandlungen zu wenig Zeit eingeräumt, wird einige Monate später eine neue Verhandlung anberaumt. Jetzt sprechen sich zwölf Kommis-

sionsmitglieder für die Einführung des Befähigungsnachweises, nur elf dagegen aus. So bleibt der Handwerkskammer Reutlingen die Blamage erspart, eine reichsweite Forderung des Handwerks im eigenen Bezirk nicht durchsetzen zu können.

Diese Episode zeigt exemplarisch die Probleme der noch jungen Kammer: Schwierigkeiten bei der Durchsetzung handwerkspolitischer Forderungen gegenüber staatlichen Stellen und darüber hinaus die kontraproduktive Auffassung in den eigenen Gremien. Viele Handwerker meinen, die Zustände und Notwendigkeiten vor Ort besser einschätzen zu können als die »ferne« Kammer. Die nämlich müsse sich eher den übergeordneten handwerkspolitischen Vorgaben – die Kammer ist seit 1901 Mitglied im Deutschen Handwerkskammertag – verpflichtet fühlen, als den Interessen des einzelnen Betriebes.

Im März 1902 treffen sich über 160 Meister im Nürtinger Sonnensaal, um das neue Handwerkergesetz zu diskutieren. Das Ergebnis ist ablehnend. Die Meister begrüßen zwar die Versuche der königlichen Regierung, dem Handwerkerstand unter die Arme zu greifen; doch sehen sie in den Gesellen- und Meisterprüfungen sowie im Großen Befähigungsnachweis ein nicht notwendiges Übel.

Die Begründung ist bemerkenswert: So sei der Konkurrenzkampf mit der Industrie an sich schon sehr schwer und das Handwerk habe alle Hände voll zu tun, diesen Kampf zu überstehen. Jetzt dem Handwerk weitere Belastungen in Form von geregelten Prüfungen aufzubürden, könne sich nur als weiterer Nachteil herausstellen: »Die Versammlung wünscht daher dringend absolute Abschaffung der neuen Verfügungen bezüglich der Gesellen- und Meisterprüfun-

16. Januar 1907:
Die Kammer braucht mehr Platz und beschließt den Umzug in das erste eigene Gebäude, das alte Kameralamt in der Nürtingerhofstraße 12.



1907:

Im Deutschen Reich
verunglücken 13
Kraftfahrer tödlich.

30. Mai 1908:

Einführung des so
genannten Kleinen
Befähigungsnachweises.

*gen und des Befähigungsnachweises zum
ferneren Blühen und Gedeihen des Hand-
werkerstandes, wie auch dem Großkapital
durch den mit solchen Neuerungen ver-
schonten Fabrikbetrieb die Übernahme der
Massenproduktion in allen möglichen Ge-
werbezweigen ohne Prüfungen und Befähi-
gungsnachweis gestattet ist.«*

1908 gelingt es dem Handwerk in Deutschland dann doch, den kleinen Befähigungsnachweis zu erkämpfen. Die Meisterprüfungen im Kammerbezirk Reutlingen nehmen zunächst zu: 1905 legen 59 Handwerker die Meisterprüfung ab. 1909 sind es 336 (von 381 Kandidaten). Danach sinkt die Zahl, weil allein der kleine Befähigungsnachweis keinen Anreiz schafft. Doch nach 148 Kandidaten im Jahr 1910 steigt die Zahl 1911 auf 176 und auf 271 im Jahr 1912. Frauen legen 1913 zum ersten Mal die Meisterprüfung ab: 28 in den Handwerken Damenschneiderin, Kleidermacherin, Putzmacherin und Weißnäherin.

Allerdings zeigt ein Zitat aus dem Geschäftsbericht 1906/07, dass der Qualifizierungsstand der Handwerker weiter zu wünschen übrig lässt: *»Technisch vollkommene Leistungen sind selten, noch seltener aber eine gründliche Beherrschung der Fachkenntnisse und des Kalkulationswesens. Auffällig ist im Schreinergerwerbe der Mangel an gutem Geschmack und die Unkenntnis in den neueren Stilformen. Im Malergewerbe haben gute Leistungen überhaupt gefehlt.«*

Die Novellierung der Gewerbeordnung wird vom regionalen Handwerk nur widerwillig akzeptiert und durchgeführt. Kammersekretär Freytag muss in der Vollversammlung vom 29. Juli 1909 die Mitglieder dazu auffordern, in ihren jeweiligen Bezir-

ken dafür zu sorgen, dass sich die Handwerker *»in das Unvermeidliche fügen«*; viele selbstständige Handwerker sehen nicht ein, weshalb sie jetzt eine aufwändige Meisterprüfung machen sollen für eine Arbeit, die sie schon immer getan haben.

**Zusammenarbeit auf allen Ebenen:
Kammer, Innungen, Genossenschaften
und Gewerbevereine sind aufeinander
angewiesen**

Die Innungen sind im Vergleich zu den Zünften, die das Handwerk wirksam geschützt hatten, eher Vereinigungen zur Traditionspflege. Wirkungsvolle Handwerkspolitik





1909:
336 Meister legen in Reutlingen die Prüfung ab.

1909:
An deutschen Universitäten studieren 1.432 Frauen.

konnten sie nicht machen. Jetzt räumt ihnen das Gesetz zumindest einige Rechte – vor allem in der Lehrlingsausbildung und der Gesellen- und Meisterprüfung – ein. Aber fast alle Regelungen, die die jeweilige Innung erlässt, sind von der Zustimmung staatlicher Stellen abhängig. Die Rechte, die den Innungen übertragen werden, stellen den sittlich-erzieherischen Aspekt der Ausbildung im Handwerk in den Vordergrund; Gesellen und Lehrlinge sollen nach wie vor an den Haushalt des Meisters gebunden bleiben, der das Recht auf körperliche Züchtigung behält. Dahinter steht auch die Hoffnung, den Nachwuchs gegen gewerkschaftliche und sozialistische Tendenzen abzusichern.

Handwerkskammern und Innungen sind aufeinander angewiesen. In gewissem Sinn wurden die Kammern eigentlich erst deshalb notwendig, weil sie die Interessen der Innungen bündeln und in Richtung Handwerkspolitik weiterleiten sollten. Aus den Innungen rekrutiert sich zudem die Vollver-

sammlung der Kammer. Ohne ein gut ausgebautes Innungssystem würde die Kammer im luftleeren Raum operieren.

Die Kammer treibt die Bildung von Innungen – allen voran Pflichtinnungen – massiv voran. Erfolge lassen nicht lange auf sich warten: 1908 gibt es bereits 53 Innungen, davon neun Pflichtinnungen, in denen 2.042 Mitglieder organisiert sind. In den Gewerbevereinen sind noch 3.755 Handwerker organisiert, weitere 778 in Handwerkervereinen und 890 in Landesverbänden. 1913 zählt der Kammerbezirk 110 Innungen, davon 36 Pflichtinnungen. Daneben existieren zehn Handwerkervereine, 15 Freie Fachvereine (z. B. die Schuhmachervereinigung Metzingen, der Konditorenverband Reutlingen und der Rechen- und Gabelmacherverein Mössingen) und 43 Gewerbevereine.

Mit Genossenschaften soll die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Industrie, Handel und gewerkschaftlichen Konsumvereinen erhöht werden. Gegen diese »sozialistischen« Konsumvereine zieht Kammersekre-

tär Freytag bereits 1908 zu Felde; in einer Pressemitteilung sagt er ihnen mit dem Argument den Kampf an, »dass der Handwerker, will er den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung, die für sein Bestehen und seine Weiterentwicklung das unverrückbare Fundament bildet, nicht selbst unterwählen, keinerlei Veranlassung hat, die Konsumvereine zu unterstützen.« Positiv sieht die Kammer dagegen Rohstoffgenossenschaften, die für ihre Mitglieder durch Großeinkauf bessere Preise erzielen. Vor allem die Bäcker profitieren durch den verbilligten Bezug von Mehl, Bierbrauer durch Bezug von Hopfen, Schuhmacher durch Einkauf von Leder.

Es ist nicht leicht, die Genossenschaften den Handwerkern vor Ort schmackhaft zu machen. Etwas resigniert heißt es im Geschäftsbericht von 1903: »Der Handwerker ist ein ganz anderer Mensch als der Industriearbeiter. Dieser ist Massenmensch und nur als solcher sich seines Wertes bewusst,

der Handwerker dagegen von altersher der ausgeprägteste Einzelmensch, der in seinem eng begrenzten Reiche unumschränkt herrscht, auf seine Selbstständigkeit pocht, möglichst ungebunden leben und wirtschaften möchte. Er hat, wie er (noch immer) meint, nicht das Bedürfnis, sich für kleine oder große gewerbe- oder wirtschaftspolitische Zwecke mit seinen Berufs- und Standesgenossen zusammenzuschließen. Wohl fordert er kraftvollen gesetzlichen Schutz für das Handwerk, Einschränkung der Konkurrenz und dergleichen; aber Vorschriften und Einrichtungen, die ihn persönlich treffen und an freier Bewegung hindern, hasst er.«

1913 gibt es im Bezirk außerdem 31 Gewerbe- und Handwerkerbanken, die, zusammen mit den anderen Banken, jederzeit den bestehenden Kapitalbedarf decken können. Erst Nachkriegswirren und Inflation sorgen für bedenkliche Engpässe.



Das Handwerk bis zum Ersten Weltkrieg: Fluch und Segen der Industrie

Viele Handwerker im Kammerbezirk sind Nebenerwerbslandwirte. Allein mit ihrem Handwerk können sie sich nicht ernähren. In der Stadt profitieren die Handwerker vom Konsum der Arbeiter und von Zulieferaufträgen an die Industrie. Ein Bericht des Gewerbevereins Onstmettingen – 2.500 Einwohner, Schwerpunkort der Textilindustrie im Raum Tailfingen-Ebingen – zeigt Fluch und Segen der Industrie für das Handwerk: »Jedes Handwerk war vollauf beschäftigt und der Verdienst war ein zufriedener stellen – in der Feinmechanik ging das Geschäft flott. Fast ausschließlich wenden sich die jungen Leute, wenn sie aus der Schule entlassen werden, diesem Beruf zu. Ausnahmen machen solche, deren Eltern gleich Nutzen von ihrem Sohn haben wollen und ihn in eine Trikotfabrik schicken, oder deren Vater ein selbstständiges Handwerk betreibt, das er seinen Sohn ebenfalls lernen lässt. Tüchtige ältere Feinmechanikerarbeiter dürften stärker vertreten sein, da sich dieses Gewerbe immer mehr ausbreitet, die jungen Leute aber vielfach nach ihrer Lehrzeit nach auswärts gehen und ein großer Teil nicht zurückkehrt, indem sie zum Teil schöne Stellungen als Werkführer, Betriebsführer etc. erlangen – Der einzige Übelstand ist die Preisdrückerei; sie geht hauptsächlich von jungen Anfängern aus, die mit allen Mitteln versuchen, ins Geschäft zu kommen. [...]

Für die Bauhandwerker ist es eine gute Zeit, weil im vorherigen Jahr viel gebaut wurde, und dieses Jahr werden etwa 15 Neubauten, mit zum Teil auch gewerblichen Betrieben erstellt. [...]

Von den Schreibern ist zu erwähnen, dass viele ganz oder teilweise für die hiesige Feinmechanik arbeiten, und zwar fertigen sie die Glaskästen und Kästchen zu Analysewaagen, Etuis für Diamantwaagen und Gewichte. Wagner, Schmiede, Sattler, Maler, Schneider, die auf den hiesigen Platz angewiesen sind, haben wie die Holzdreher, die ihre Waren nach auswärts liefern, ebenfalls genügend Beschäftigung. Nur das Handwerk der Schuhmacher geht zurück. Die hiesigen Schuhmacher sind meistens aufs Flicker angewiesen. Es werden wohl auch noch heute Schuhwaren für Kunden angefertigt; doch nimmt der Schuhhandel das meiste weg. Bemerkenswert ist, dass seit Jahren kein junger Mann mehr Schuhmacher wurde.«

Das Handwerk im Kammerbezirk wird per saldo nicht von der Industrie in seiner Existenz gefährdet, sondern profitiert eher von der – vor dem Krieg – meist guten Konjunktur. Probleme machen eher der Kapitalmarkt, hohe Zölle und Rohstoffverteilung, schlechte Ernten, schlechte Ausbildung und Arbeitskräftemangel.

Zankapfel zwischen Handwerk und Staat: Das öffentliche Vergabewesen

Das öffentliche Vergabewesen ist vielen Handwerkern ein Dorn im Auge. Oft bieten Kollegen aus weit entfernten Orten bei öffentlichen Vergaben mit. Staatliche Stellen lassen handwerkliche Leistungen von Militärpersonal oder Gefängnisinsassen erbringen. In vielen kleineren Gemeinden erhalten meist Gemeinderäte den Zuschlag, auch wenn sie kein gelernter Handwerker sind.

1912:
Denkschrift des Deutschen Handwerks und Gewerbevereins vom 18. März 1912
»wegen Abänderung des Handwerksgesetzes von 1897«.

1912:
Untergang der »Titanic«.

1913:

Der Beratungsbedarf nimmt zu; in acht Kursen zur Meisterprüfung werden in Reutlingen 170 Teilnehmer in Gesetzeskunde, Buchführung und Kalkulation unterrichtet.

Bereits 1901 wird der Kammer eine Neufassung der staatlichen Vergabeverordnung vorgelegt. Erst 1903 folgt der Landtag der Forderung nach genauer Beschreibung der ausgeschriebenen Arbeiten. Formulierungen, die den Beamten zu großen Spielraum geben (»in der Regel«, »so weit möglich«), werden gestrichen. Trotzdem bleibt das öffentliche Vergabewesen ein ständiger Zankapfel.

Dieser Kampf, in dem sich die Reutlinger Kammer reichsweit engagiert, erreicht 1912/13 einen ersten Höhepunkt. Die Regierung in Stuttgart lässt auf Veranlassung der Handwerker die Neuordnung des Vergabewesens bearbeiten. Deren Grundforderung: der »angemessene Preis«. Ziel der Reutlinger Kammer ist, dass bei den einzelnen württembergischen Kammern »Verdingungsämter« eingerichtet werden, denen auf höherer Ebene eine »Verdingungsstelle« entsprechen soll. Nur Handwerker sollen Material für handwerkliche Arbeiten liefern dürfen, und außerdem soll den Kammern ein Beschwerderecht gegen Vergabe-Entscheidungen öffentlicher Stellen eingeräumt werden.

Die Stuttgarter Regierung in Gestalt der Zentralstelle für Gewerbe und Handel lehnt jedoch die Reutlinger Forderungen ab.

Entscheidungshilfe: Staat und Behörden stützen sich auf Gutachten der Kammer

Gutachten der Handwerkskammer sollen Staat, Behörden und Gemeinden die optimale Förderung des Handwerks ermöglichen. Diese Gutachten, die zum Teil von der Zentralstelle angefordert, zum Teil auf eigene Initiative der Kammer entstehen, betreffen praktisch alle Bereiche des gewerblichen Lebens: Neuorganisation der gewerblichen

Schulen, Abgrenzung von Handwerk und Industrie, Streitfragen in Bezug auf die berechnete Führung des Meistertitels und Stellungnahmen zu sozialen und arbeitsrechtlichen Gesetzen, Bestellung von Sachverständigen und vereidigten Gutachtern des Handwerks, Einrichtung des 1913 eingerichteten Landeskreditinstituts, Bau von Kanälen, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Hausiererhandel und Gewerbesteuerfragen. Die zunehmende Zahl der Gutachten macht deutlich, wie eng der Kontakt zwischen staatlicher Gewerbeförderung und handwerklicher Interessenorganisation ist.

Streik und Arbeitskampf: Lehrlingslöhne und Tarifverträge sorgen für Aufruhr

Lehrlingslöhne und Tarifverträge werden nach und nach auch im Handwerk üblich, weil Lehrlinge immer seltener zu bekommen sind – die jungen Menschen wandern massenhaft als Arbeiter in die Industrie ab. So wird im Geschäftsbericht von 1911 konstatiert, dass in immer mehr Handwerken den Lehrlingen ein Taschengeld gezahlt wird, vor allem, wenn keine Kost und Logis gestellt wird: Bei Bildhauern, Gipsern, Mauern, Mechanikern, Zimmerern und Malern. Nach wie vor bei den Meistern wohnen vor allem die Lehrlinge der Bäcker, Bierbrauer, Metzger und Kaminfeger. Bis zum Kriegsausbruch zahlen immer mehr Handwerker ihren Lehrlingen zumindest kleine Beträge. 1911 leben 31 Prozent der Lehrlinge nicht mehr bei ihrem Meister – was sehr bedauert wird, da sie dadurch der Zucht und Ordnung entzogen würden und die Lehre immer mehr zu einem regulären Arbeitsverhältnis herabsinke. Die Handwerker schätzen den

Lehrvertrag weniger als Arbeitsvertrag, sondern als »Erziehungsvertrag« ein.

Schwer fällt vielen Meistern die Hinnahme von Tarifverträgen in einzelnen Gewerben. Im Kammerbezirk gibt es mehrere Streiks. Die Rohstoffpreise steigen seit 1905 massiv. Dadurch erhöhen sich auch die Verbraucherpreise, nicht nur für handwerkliche Leistungen.

Arbeiter und Gesellen im Handwerk versuchen ihrerseits, höhere Löhne durchzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Und so kommt es 1906 zu einer ganzen Reihe von Arbeitskämpfen im Handwerk – mit dem Effekt, dass die Löhne im Kammerbezirk um durchschnittlich 15 Prozent ansteigen. Die Kammer berichtet darüber in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1906/07: die Maurer in Nürtingen, Tübingen und Reutlingen, die Gipser in Schramberg, die Schreiner in Schwenningen, die Zimmerer in Ebingen, Nürtingen und Reutlingen streiken. Besonders erbittert ist der Kampf der Bäcker Gesellen in Reutlingen. Der Kammerberichterstatter spricht von einer »recht widerlichen Agitation« der Bäcker Gesellen gegen ihre Meister.

Wesentliche Verbesserungen erreichen die Gesellen teilweise auch ohne Kampf, so etwa im Baugewerbe in Wildbad. Sie setzen eine Arbeitszeitverkürzung von elf auf zehn Stunden durch. Daneben geht es ihnen um Mindestlöhne (etwa 40 Pfennig Stundenlohn bei den Maurern in Nürtingen). Während der Streik der Tübinger Maurer fehlschlägt, können ihre Reutlinger Kollegen nach vier Wochen einen Tarifvertrag durchsetzen, der einen Mindestlohn von 42 Pfennig garantiert, die Arbeitszeit auf zehn Stunden festsetzt und die gegenseitige Kündigungsfrist aufhebt.

Bei neuen Versicherungseinrichtungen engagiert sich die Kammer nicht selbst, dies liegt in der Verantwortung des Verbandes württembergischer Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen. Der Verband schafft vor 1914 die Handwerkerkrankenkasse, in deren Ausschuss Kammervertreter sitzen. Die Kammer beteiligt sich zudem beim Unterhalt eines Erholungsheimes für Handwerker; eine Einrichtung, die durch den Kauf eines entsprechenden Gebäudes in Bad Niedernau 1918 eine feste Basis erhält. Dem »Altmeisterdank« trägt die Kammer durch finanzielle Unterstützung in Not geratener Alt-Handwerker Rechnung.

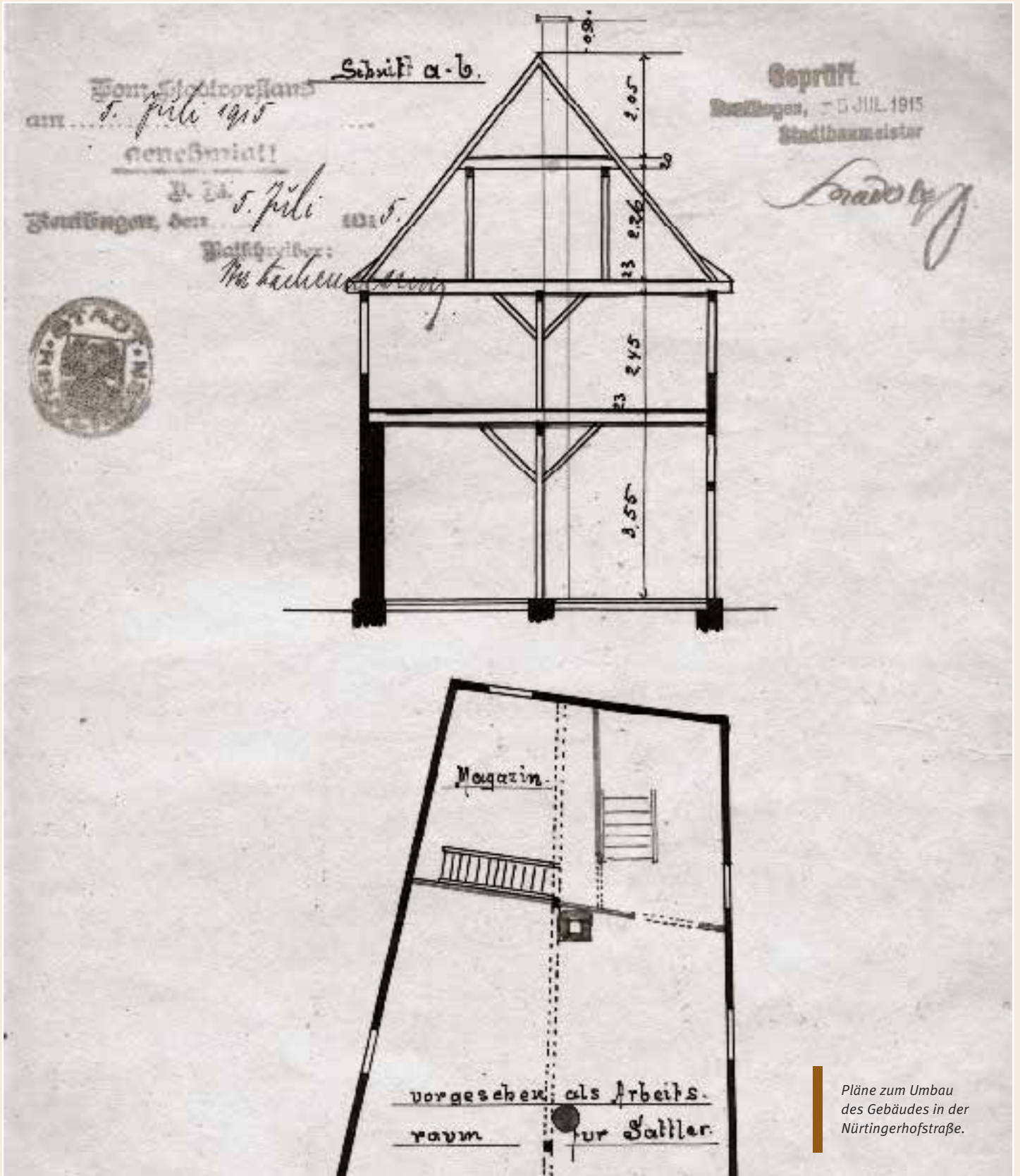
Die Kammer zwischen Gründung und Kriegsausbruch: Ein Fazit

Als im August 1914 der Krieg ausbricht, hat sich die Handwerkskammer in zweifacher Sicht im Wirtschaftsleben des Bezirks und des Königreichs Württemberg etabliert: Zum einen akzeptieren die Handwerker sie als Interessenvertretung, zum anderen spielt sich das Verhältnis zu den staatlichen Stellen immer besser ein. Die Kammer bietet den Meistern tatsächlich Hilfen; die anfängliche Skepsis verschwindet immer mehr. Die Handwerkskammer ist Anlaufstelle für Beratung, Fortbildung und Streitschlichtung – und Instrument, mit dem handwerkspolitische Forderungen direkter an den Staat herangebracht werden können. Kurz: Die Handwerker haben ein Sprachrohr.

Äußeres Zeichen der gewachsenen Bedeutung der Kammer in Reutlingen ist der geplante Neubau eines Kammergebäudes, 1914 von der Vollversammlung beschlossen. Doch dieses Vorhaben verhindert der Krieg.

1913:
Die Reutlinger Kammer richtet aus eigenem Entschluss ein Verdingungsamt ein, das die Vergabe bei öffentlichen Aufträgen regelt.

28. Juni 1914:
Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo.



Pläne zum Umbau des Gebäudes in der Nürtingerhofstraße.



DER ERSTE WELTKRIEG

Die Meister kämpfen an der Front – und die Kammer ums Überleben des Handwerks

Der Krieg greift immer stärker in die Strukturen des Handwerks ein, ändern kann er sie aber nicht grundlegend. Alte Handwerke verschwinden, immer mehr neue kommen hinzu. Und: die Betriebe werden größer, es gibt mehr selbstständige Handwerksbetriebe und immer weniger »Alleinmeister«.

Nach dem Krieg nehmen Lehrlingsbeauftragte die Nachwuchssituation in 2.321 Betrieben im Kammerbezirk unter die Lupe. Von den Betriebsinhabern haben 1.891 Kriegsdienst geleistet, über 700 davon mehr als vier Jahre lang. 121 haben im Krieg bleibende körperliche und seelische Schäden davongetragen. Auch die Kammer bringt Opfer – der Stellvertreter des Vorsitzenden, Flaschnermeister Henne, wird als Landsturmmann zum Landsturm-Infanterie-Bataillon Horb eingezogen. An seine Stelle tritt Obermeister Zech aus Reutlingen.



Otto Henne
Präsident
(1922–1933)

Der personelle Aderlass beschränkt sich nicht auf die Meister. Gesellen und Lehrlinge sind nicht vom Kriegsdienst ausgeschlossen. 1914 sind rund 4.400 Lehrlinge bei der Kammer gemeldet, 1917 nur 3.314. Eine Zahl, die sich bis 1924 auf 8.113 mehr als verdoppelt. Die Qualität der Ausbildung leidet; manche Lehrlinge müssen zu einem anderen Meister gehen, nachdem ihr Lehrherr zur Fahne eilt.

Wie sehr der Nachwuchs im Handwerk durch den Krieg betroffen ist, machen die Zahlen der Gesellenprüfungen deutlich: 1914: 1.601, 1915: 1.483, 1916: 1.422, 1917: 1.234, 1918: 1.069. Immer mehr Lehrlinge gehen entweder an die Front oder wandern in die Industrie ab, die weit höhere Löhne zu bieten hat. Meisterprüfungen werden während des Krieges nicht durchgeführt; Ausnahmen gelten nur für Gesellen, die als Kriegsbeschädigte heimkehren. Die Prüfungszahlen sinken auch deshalb kontinuierlich, weil viele Meister ihren Betrieb

nicht weiterführen können. Die Zahl der selbstständigen Handwerker im Kammerbezirk geht rapide zurück: 1914: 22.771, 1915: 19.295, 1916: 17.342, 1917: 16.638, 1918: 14.752.

Weit mehr als ein Drittel der Meister und Betriebsinhaber wird eingezogen. Die Ehefrauen führen dann den Betrieb notdürftig weiter. Auf dem Land gibt es nicht so viele kriegsbedingte Betriebsstilllegungen. Meist wird nebenher Landwirtschaft betrieben, das Handwerk ist nicht der einzige Broterwerb. In der Stadt müssen die Geschäfte oft geschlossen werden, sobald der Meister zu den Waffen gerufen wird. Allerdings tendieren die Militärbehörden eher dazu, »Alleinmeister« einzuberufen als solche, die einen größeren und damit auch lei-

»Die Meister kämpfen an der Front – und die Kammer ums Überleben des Handwerks.«

stungsfähigeren Betrieb führen. Zur Verringerung der Meisterzahl und der Zahl der Selbstständigen im Handwerk trägt auch der Beschluss vom September 1914 bei, zunächst keine Meisterprüfungen mehr durchzuführen.

Die Stilllegungen betreffen im Kammerbezirk eher den Bau- und Metallbereich, als das Nahrungsmittelhandwerk. Von 27 Baugeschäften 1914 gibt es 1918 nur noch zwölf; von 13 Dachdeckerbetrieben sind 1918 vier übrig geblieben, von 54 Gas- und Wasserinstallateuren 30, von 1.743 Mauern 827, also kaum die Hälfte. Die Zahl der Bäcker ist dagegen nur von 1.703 auf 1.243, die der Metzger von 1.157 auf 825, die der

Konditoren von 153 auf 119 und die der Getreidemüller nur von 360 auf 326 zurückgegangen!

Kriegsdienst und Abwanderung der Handwerker in die Industrie werfen ernste Probleme auf. Viele Familienangehörige sind in materieller Not, die nur teilweise durch staatliche Hilfen ausgeglichen werden kann. Die Qualität der Ausbildung nimmt stark ab. Das Handwerk kann sich so noch weniger gegen die industrielle Konkurrenz behaupten.

Ziel der Kammer muss sein, die soziale Not der Handwerker zu lindern, die Stilllegung der Betriebe zu verhindern, die Ausbildung aufrechtzuerhalten, vor allem aber: das Handwerk mit Aufträgen und dringend benötigten Rohstoffen zu versorgen. Diesen Herausforderungen stellt sich die Kammer mit großer Opferbereitschaft und unter Aufbietung aller Kräfte.

Zur Verblüffung der Handwerker zeigt sich zu Beginn des Krieges, dass viele Kunden – auch Gemeindeverwaltungen – der Ansicht sind, jetzt seien bestimmte Aufträge oder Zahlungsvereinbarungen hinfällig. Die Kammer ruft mit einer Pressekampagne die Schuldner auf, offene Rechnungen unverzüglich zu bezahlen. Meinungsverschiedenheiten werden durch das von der Kammer eingerichtete »Einigungsamt« geschlichtet.

Besondere Bedeutung kommt der gutachterlichen Beurteilung von insgesamt 2.592 Gesuchen um Befreiung vom Kriegsdienst, Beurlaubungen etc. zu. Die Kammer setzt sich vehement für ihre Mitglieder ein.

Das Hilfsdienstgesetz von 1916 macht Stellungnahmen der Kammer erforderlich: Männer im Alter von 17 bis 60 Jahren können für die Rüstungsproduktion dienstver-

1. August 1914:
Ausbruch des
1. Weltkriegs.

1. Januar 1916:
Gründung des württembergischen Handwerks-
tags mit allen vier
Kammern als Mitglied.

pflichtet werden. Davon sind Lehrlinge in der Regel nicht betroffen. Trotzdem lösen viele ihre Lehrverträge und wechseln – wie viele Gesellen – in die Industrie. Das »Lockmittel« sind wohl die höheren Löhne. Die Kammer schickt Gutachter in die Einberufungsausschüsse um sicherzustellen, dass vor allem Handwerker aus solchen Gewerben eingezogen werden, deren Aufrechterhaltung nicht kriegsnotwendig ist.

Auch der sozialen Fürsorge und Unterstützung von Kriegsverletzten und aus dem Kriegsdienst Entlassenen widmet sich die Kammer. Es gilt vor allem, die Heimkehrer



rasch wieder in ihren Beruf einzugliedern. Oft gelingt das nur durch Weiterbildung und Umschulung (z. B. in Kriegsinvalidenschulen). In vielen Fällen werden Ausbildungszeiten bzw. Vorbereitungszeiten für Meisterprüfungen gekürzt und Kriegsbeschädigte in geeignete Berufe vermittelt. Auch werden – z. T. aus Überschüssen aus Heereslieferungen – finanzielle Beihilfen zur Existenzgründung und zu Heilzwecken gewährt. Wie auch bei der Kreditvermittlung und der Beschaffung von Wohnraum arbeitet die Kammer eng mit staatlichen Stellen zusammen, z. B. im Rahmen der »Württembergischen Mittelstands-(Kriegs-)hilfe« oder des »Schwäbischen Bürgerheims« (Wohnraumbeschaffung).

Aufträge des Heeres: Rüstungsaufträge halten das Handwerk am Leben

Von 1915 an wird es vor allem wichtig, dem Handwerk Rüstungsaufträge zu verschaffen. Die Beschaffungsstellen der württembergischen Heeresverwaltung haben Bedenken, ob handwerklich angefertigte Rüstungsgüter qualitativ ausreichen und ob das Handwerk flexibel und schnell genug ist, um auf die Bedürfnisse des Heeres reagieren zu können. Aufträge sollen auch nicht an zu viele kleine Betriebe vergeben werden, um nicht die einheitlichen Standards der Ausrüstung zu gefährden. Der Vorstand der Kammer kommt 1914 zu einem verheerenden Fazit in einem wohlweislich nicht veröffentlichten Bericht: *»Bis jetzt zeigten die vergebenden Militärbehörden verdammt wenig Entgegenkommen gegenüber dem Handwerk.«*

Die Kammer steht vor der Alternative, entweder auf Aufträge für das Handwerk zu verzichten, oder aber das »Verdingungsamt« als Mittler gegenüber dem Heer einzuschalten, wobei auf der anderen Seite die Innungen als Partner fungieren. Etwas mehr als ein halbes Jahr später ist es schließlich gelungen, große Heereslieferungen für die verschiedenen Handwerkszweige sicherzustellen. Die Kammer setzt sich dafür ein, dass Mehlhöchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden, Bäcker erhalten höhere Brotpreise bei Heimatgarnisonen, Metzger Lieferaufträge für Reservelazarette.



Vor allem aber werden Aufträge über Rüstungsgüter verschafft: Schneider stellen Uniformen her, Sattler fertigen für Kavalleriepferde Sättel und Zaumzeug und Schreiner bauen Möbel für die Garnisonen. Allein diese drei Handwerke bekommen Aufträge in Höhe von 2,19 Millionen, 1,8 Millionen und 930.000 Mark. Schmiede beschlagen Militärpferde, Tapezierer fertigen Brotbeutel und Zeltbahnen, Putzmacherinnen Halsbinden, Korbmacher Geschosskörbe, Wagner Feldwagen. Insgesamt werden für das Handwerk im Kammerbezirk während des Krieges Aufträge in Höhe von fast sieben Millionen Mark beschafft.

Möglich wird dies auch durch die auf Wunsch des königlichen Kriegsministeriums 1916 ins Leben gerufene »Verdingungsstelle«. Diese Behörde soll die Interessen des Handwerks bei der Verteilung von staatlichen Aufträgen berücksichtigen. Zuvor war es in erster Linie die württembergische Industrie, die sich den Löwenanteil der fünf Prozent Rüstungsaufträge sicherte, die die Feldzeugmeisterei in Berlin der württembergischen Wirtschaft zuweist. Die Verdingungsstelle für das Handwerk funktioniert ähnlich wie das kammereigene »Verdingungsamt«; sie überwacht die Kalkulation der Aufträge und prüft Abschlüsse und Rechnungen.

**Tägliches Thema Rohstoffmangel:
Die Kammer verschafft dem Handwerk
dringend benötigtes Arbeitsmaterial**

Zu Beginn des Krieges kann sich das Handwerk noch mit Vorräten über Wasser halten. Ab 1915 werden Rohstoffe staatlich erfasst und beschlagnahmt, Preise festgesetzt und

Winter 1917/18:
Im Kammerbezirk haben Genossenschaften die Arbeit aufgenommen.

1918:
In Bad Niedernau wird ein Gebäude für das von der Reutlinger Kammer finanziell unterstützte »Erholungsheim für Handwerker« gekauft.

die Verteilung organisiert. Die Industrie wird besonders bevorzugt. Erst die Maßnahmen der Kammer ermöglichen es, dem regionalen Handwerk einen Platz in der Rüstungsproduktion zu verschaffen. Dabei ist es Aufgabe der Kammer, Anträge einzelner Handwerke auf Zuteilung von Zucker, Ölen, Leder, Tuch, Chemikalien oder Kupfer dadurch zu fördern, dass sie Bescheinigungen über die Kriegswichtigkeit der damit hergestellten Waren und Produkte ausstellt. Die Kammer wird auch damit beauftragt, mehrere Hundert Kupferdächer im Bezirk auszumachen, deren Abdeckung die Metall-Mobilmachungsstelle in Berlin angeordnet hat. Erfasst werden auch rund 70 Millionen Türklinken und Fenstergriffe im Kammerbezirk, die den Metallmangel beheben sollen.

Viele Handwerker sind gezwungen, die Produktion mit Ersatzstoffen aufrechtzuerhalten. Schuhmacher erhalten kaum noch Leder für private Kunden. Auch bei Leim und Textilien sinkt die Qualität der Waren. Man behilft sich sogar mit Frauenhaar als Rohstoff. Umständlich ist das Bezugssystem: die Betriebe melden ihren Rohstoffbedarf mit speziellen Formularen an, die auf Ortsebene gesammelt und an die Genossenschaft weitergeleitet werden. Diese reichen die Scheine an die zentralen Versorgungsstellen in Berlin weiter, die wiederum die für die einzelnen Regionen bzw. Gewerbe vorgesehenen Gesamt mengen aufteilt.

Die Handwerksorganisationen: Nur gemeinsam sind die Handwerker stark genug

Was bis 1914 zwar nicht ohne Erfolg, aber doch mühsam versucht wird, kommt durch den Krieg in Schwung: Der Organisations-

grad des Handwerks wächst. Das hat einen ganz einfachen Grund – die zunehmende Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe macht es dem einzelnen Handwerker immer schwerer, sich auf eigene Faust zu versorgen. Jetzt wird deutlich, dass der genossenschaftliche Zusammenschluss tatsächlich große Vorteile bringt. Viele Meister und Betriebsinhaber stellen ihren schon traditionellen Egoismus hinten an und verbünden sich.

Dennoch beklagt sich die Kammer rückblickend über mangelnden Organisationsgrad und Solidarität der Handwerker. Denn, so die Ansicht der Kammer, wenn sich die Handwerker unter Zurückstellung egoistischer Interessen geschlossener gezeit hätten, wären mehr Rüstungsaufträge in das Handwerk geflossen. Das führt auch zur Gründung einer Wirtschaftsstelle im Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen. Im Februar 1918 unterbreitet Syndikus Hermann der Vollversammlung einen entsprechenden Antrag.

Hermann geht von der Erfahrung aus, dass der Krieg »das Handwerk in Beziehung auf wirtschaftliche Organisation ziemlich unvorbereitet« überrascht habe. Da die Heeresverwaltung mit vielen hundert kleinen Betrieben hätte verhandeln müssen, vergab sie Aufträge lieber an die Industrie. Zwar habe hier das Eingreifen der Kammer als »Generalunternehmer« gegenüber den staatlichen Stellen Erfolge gebracht, doch müsste jetzt und in Zukunft – Hermann denkt bei seiner Idee einer Wirtschaftsstelle auch an die Probleme der Zeit unmittelbar nach Kriegsende – diese Funktion durch genossenschaftliche Lieferungsverbände übernommen werden. Kammer und Verdingungsamt sollten nur mehr als Vermittler

von Aufträgen auftreten, das Geschäftsrisiko aber bei den Genossenschaften liegen. Im Winter 1917/18 haben schon eine ganze Reihe solcher Genossenschaften ihre Arbeit aufgenommen, etwa der Lieferungs- und Rohstoffbezugsverband für das Schneider-, Wagner-, Schreiner- und das Sattler- und Tapezierergewerbe. Auch Buchdrucker, Schuhmacher, Metzger und Bäcker haben sich in Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften organisiert.

Ende 1918 wird die von Hermann geforderte Wirtschaftsstelle in Form eines gemeinnützigen Vereins Wirklichkeit. Sie ist laut Satzung zuständig für die Übernahme von öffentlichen Aufträgen und deren Verteilung an die im Kammerbezirk ansässigen Organisationen und Einzelhandwerke, Förderung des Absatzes, Vermittlung von Maschinen und Verbreitung technischer Fortschritte, wirtschaftliche Beratung, Durchführung der Rohstoff- und Materialversorgung des Handwerks während der Übergangswirtschaft.

Übrigens: 1913 hatten Gewerbebanken als Kreditinstitute der Genossenschaften 60.000 Mitglieder (davon rund ein Drittel Handwerker), 1918 schon 95.000. Im gleichen Zeitraum wächst ihre Gesamtbilanzsumme von 149 Millionen auf 315 Millionen Mark. Kreditmangel jedenfalls hat das Handwerk während des Krieges nicht zu leiden.

Der Zuwachs an Genossenschaften während des Krieges ist jedoch nur eine Notmaßnahme auf Zeit. Viele verschwinden nach 1918 wieder, als es nicht mehr darum geht, sich einen möglichst großen Anteil an den Heereslieferungen zu sichern. Anders die Innungen: 1917 gab es nur zehn Neugründungen und 1918 fünfzehn, 1919 werden über 100 zumeist freie Innungen ge-

gründet. Die Innungen übernehmen während des Krieges die unmittelbare Fürsorge für ihre Mitglieder, etwa durch Betreuung von Betrieben, deren Inhaber ins Feld gerückt war, aber auch durch Paketsendungen an die Front. Heimkehrende Handwerker mögen die Innungen als Bindeglied zur Heimat kennen und schätzen gelernt haben und stehen vielleicht deshalb dem Innungsgedanken zunehmend offener gegenüber.

Das Handwerk überhaupt am Leben und leistungsfähig zu erhalten, ist die Hauptaufgabe der Kammer von 1914 bis 1918. Sie beschränkt sich dabei nicht nur auf die Wahrung des *status quo*, sondern reagiert im Interesse ihrer Mitglieder flexibel auf die Herausforderung. Kurz: Sie besteht die »Feuertaufe« des Ersten Weltkrieges überzeugend.

Ende 1918:

Die Wirtschaftsstelle im Bereich der Handwerkskammer Reutlingen wird gegründet.

9. November 1918:

Kaiser Wilhelm II. dankt ab.



Die Weimarer Republik

» *Aus der Rezession wird
eine tiefe Krise.*

*Von Monat zu Monat
verschlechtert sich die
Lage des Handwerks.* «



Den Stand der Berufsgruppe sichern

Das Handwerk in der Weimarer Republik

Nach dem 1. Weltkrieg steht dem Wandel in Deutschland ein Handwerk gegenüber, das dem traditionellen berufsständischen Denken verhaftet ist. *»Dem Handwerk inmitten der freiheitlichen kapitalistischen Wirtschaftsentfaltung einen Bezirk berufsständisch gebundener Kooperationswirtschaft«* zu sichern scheint dem Handwerk die einzig mögliche Reaktion auf die Neuerungen in Staat, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Mit dem »Reichsverband des Deutschen Handwerks«, gegründet im Oktober 1919, bekommt das Handwerk eine »Organisation der Organisationen«. Im Mitgliederverzeichnis finden sich binnen kürzester Zeit alle Handwerksorganisationen, Handwerkskammern und Fachverbände, Gewerbevereine, Genossenschaften, Handwerksbünde und Fürsorgeversicherungen.

Trotzdem dauert es zehn Jahre, bis mit Einführung der »Handwerksrolle« erste Erfolge verzeichnet werden.

Am 11. Februar 1929 verpflichtet der Reichstag die Handwerkskammern zur Führung der Handwerksrolle als Verzeichnis »derjenigen Gewerbetreibenden, die im Bezirk der Kammer selbständig (...) ein Handwerk ausüben«. Die Abgrenzung zu den Handelskammern wird deutlicher. Und: das Wahlrecht schreibt vor, dass alle Berufsgruppen einen Sitz in der Vollversammlung einer Handwerkskammer haben sollen.

Der »Schwarze Freitag« am 25. Oktober 1929 stürzt die Wirtschaft weltweit in die Krise – und zwingt das Handwerk in die Knie. Arbeitslosigkeit, Umsatzrückgang um 50 Prozent und Schwarzarbeit im großen Stil treiben viele Betriebe in den Ruin. Hoffnungslosigkeit, Resignation und heftige Kritik an der offensichtlich ohnmächtigen Regierung sind der ideale Nährboden für die Nationalsozialisten.

Immense Probleme auf allen Ebenen: Kammer und Handwerk sind nach dem Krieg gefordert

Die Probleme nach Kriegsende sind immens. Betriebe, die stillgelegt wurden, müssen wieder in Gang gebracht, überschüssiges Heeresgerät und Rohstoffe verteilt, im Krieg verwundete Handwerker eingegliedert werden. Die Nachwuchsausbildung liegt am Boden, das Bauhandwerk muss buchstäblich wieder aufgebaut werden. Bei alledem können die Handwerker auf eine Reutlinger Kammer setzen, die schon während des Krieges zu einer regelrechten *pressure group* geworden ist.

Nützlich dabei: Verdingungsstelle und Wirtschaftsstelle bleiben bestehen. Anders als bei Kriegsausbruch, als das gewerbliche Leben fast zusammenbrach, können sich die Handwerksbetriebe nach Kriegsende mit Ausbesserungsarbeiten und Umarbeitung von überflüssigem Rüstungsgerät recht gut über Wasser halten.

Die Handwerkskammer hat ihre Einflussmöglichkeiten gegenüber staatlichen Stellen erweitert. Der am 1. Januar 1916 gegründete württembergische Handwerkstag vereinigt alle vier württembergischen Kammern. Die Reutlinger Kammer hat Vertreter im Gesamtkollegium der Zentralstelle für Handel und Gewerbe (seit 1920 Landesgewerbeamt), im Beirat der Verkehrsanstalten, im staatlichen Preis- und Schiedsamt, im Finanzgericht Stuttgart, im Aufsichtsrat der Neckar AG und im Landesfachausschuss für das Bäckergewerbe. Syndikus Hermann wird 1921 zum Generalsekretär des Deutschen Handwerks berufen.

SPD und Gewerkschaften ist es gelungen, bedeutende arbeitsrechtliche Forde-

rungen durchzusetzen: den 8-Stunden-Tag und bezahlten, tariflich abgesicherten Urlaub. Die Meister im Kammerbezirk sehen dies mit gemischten Gefühlen. Sie klagen darüber, dass die viele Freizeit der Gesellen nur zur Zunahme von Schwarzarbeit führe; bestes Mittel zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sei die Rückkehr zum Zehn-Stunden-Tag. Außerdem halten sie eine rigorose Arbeitszeitbeschränkung und das Sonntagsarbeitsverbot für das stark ländlich geprägte Handwerk der Region nicht für sinnvoll; viele Bauern könnten oft nur am späten Abend oder am Sonntag die Dienste von Handwerkern in Anspruch nehmen.

Der Generalsekretär des Deutschen Handwerks, der Reutlinger Karl Hermann, warnt beim 25-jährigen Jubiläum der Kammer im November 1925 vor ernstem wirtschaftlichen und sozialen Konflikten im Deutschen Reich. Diesen gelte es vorzubeugen: *»Es muss zu einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen auf den verschiedensten Gebieten unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, weil es sonst letzten Endes beiden schlecht geht.«* Das Protokoll verzeichnet hier übrigens keinen Beifall.

Die Meister stellen sich nach Kriegsende auf die Seite der Unternehmer. Antikapitalistische Töne sind aus dem Handwerk nicht mehr zu vernehmen – zumindest nicht von den Betriebsinhabern. Die Gesellen wählen zum Teil USPD, den radikaleren Flügel der Sozialdemokraten.

Industrie und Handwerk haben sich im Krieg angenähert. Beide wehren sich zunehmend gegen staatliche Eingriffe und setzen auf freies Unternehmertum und freien Markt. Das Handwerk hält auch in der neuen Republik an alten Forderungen

1919:
Gropius gründet in Weimar das Bauhaus.

19. Januar 1919:
Reichstagswahlen, erstmals nach Verhältniswahlrecht, erstmals mit Frauen.

11. Februar 1919:

Die Nationalversammlung in Weimar wählt Ebert zum ersten Reichspräsidenten.

28. Juni 1919:

Unterzeichnung des Versailler Vertrags.

fest: Einschränkung der Gewerbefreiheit, Einführung des großen Befähigungsnachweises, umfassende Pflichtorganisation des Handwerks, weitere Verbesserung des Submissionswesens, Beseitigung kommunaler Regiebetriebe und ein »Preisfestsetzungsrecht« der Kammern.

Die nach langen Verhandlungen endlich zu Stande gekommene Novelle zur Handwerksordnung 1928 ist nur »ein milder Abglanz dessen, was dem Handwerk ursprünglich vorgeschwebt hatte«, so das Urteil des Historikers Heinrich August Winkler. Quasi als Trostpreis wird am 11. Februar 1929 die »Handwerksrolle« eingeführt. Jetzt muss sich jeder, der einen Handwerksbetrieb eröffnen will, bei der zuständigen Kammer

registrieren lassen. Die Meisterprüfung ist aber noch immer nicht obligatorisch. Trotzdem ist die Handwerksrolle ein bedeutender Schritt hin zur Einschränkung der Gewerbefreiheit; die Kammern sichern sich formal das Einspruchsrecht, die Kontrolle über das Handwerk wächst.

Gegen die Forderungen der Arbeitnehmer will sich das Handwerk mit Hilfe des Staates zur Wehr setzen. Logische Folge ist die Annäherung an Parteien, die die Ziele des gewerblichen Mittelstandes durchzusetzen bereit sind. Ab 1930 scheint vor allem die NSDAP Ansprechpartner zu sein – ein fataler Irrtum, dem nicht nur das Handwerk erliegt.

Kriegsende, Inflation und Umwälzungen: Die Kammer lernt aus der Vergangenheit – und für die Zukunft

Zwischen 1918 und 1933 lösen sich bei der Handwerkskammer Reutlingen Erfolge und Rückschläge ab. Als Erfolg verbucht wird die Verfügung des Arbeitsministeriums, dass öffentliche Aufträge, die handwerksmäßig herzustellen sind, ausschließlich an Handwerksbetriebe vergeben werden dürfen (zuvor hieß es »vorzugsweise«). Außerdem müssen jetzt die Behörden Aufträge öffentlich bekannt machen. Unternehmen, die keiner handwerklichen Organisation angehören, müssen sich mit den Fachverbänden in Verbindung setzen. Kammer und Innungen können sicherstellen, dass tatsächlich Handwerksbetriebe staatliche Aufträge bekommen.

Die Umwälzung in Deutschland seit November 1918 bringt eine Fülle neuer Verordnungen und Gesetze. Die Einführung des





8-Stunden-Tages zum Beispiel oder eine Reform des Finanz- und Steuerwesens. Der schwäbische Finanzminister Erzberger (Zentrum) hat eine umfassende, längst fällige Reichsfinanzreform ausgearbeitet. Jetzt ist der Gesamtstaat Empfänger der Steuereinnahmen – an Stelle der Einzelstaaten, die im Kaiserreich quasi Steuerhoheit hatten. Die Kammer richtet eine Steuerberatungsstelle für Handwerker ein. Dazu wird eigens ein vom Staat für ein halbes Jahr beurlaubter Obersteuersekretär angestellt. Er hält Vorträge, Einzelberatungen kann er aber wegen der Fülle der Interessenten und der oft mangelnden Buchführungsunterlagen der Handwerksbetriebe nicht machen.

Insgesamt rettet sich das regionale Handwerk, wenn auch angeschlagen, über die Inflation. Syndikus Eberhardt bringt das in der Vollversammlung im Juni 1924 zum Ausdruck. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind betrüblich; die Folgen des verlorenen Krieges zeigen sich immer deutlicher, die Inflation macht der Kammerverwaltung

Schwierigkeiten bei der Haushaltsdeckung. Aber: *»Es ist Gott sei Dank gelungen, über diese schwierigen Verhältnisse hinwegzukommen. So war es auch bei vielen Geschäftsleuten, bei den Organisationen, den Innungen und Gewerbevereinen wie bei den Fachverbänden. Wir müssen auch jetzt die Organisationen von unten wieder aufbauen und neu stärken.«*

Die Geldentwertung vernichtet keine Sachwerte, sondern vor allem Ersparnisse. Beim Mittelstand steht dem Verlust durch Geldentwertung oft ein Gewinn durch Entschuldung gegenüber – wenn auch nicht in dem Umfang, wie bei der Industrie. Sie setzt durch Entschuldung und umfangreiche Reichsbeihilfen einen wahren Modernisierungsschub in Gang.

Besonders gebeutelt werden die Genossenschaftsbanken. Während des Krieges hatten sie mehr Gelder zur Verfügung als sie zur Deckung des Kreditbedarfs brauchen, so wirkt sich für sie die Inflation schlimm aus. Nach Kriegsende ist das Ver-

25-jähriges Jubiläum der Handwerkskammer Reutlingen

Gedichtvortrag von

Schuhmachermeister Schuler aus Calw

zur 25-jährigen Jubiläumsfeier

*Heut ist im schönen Schwarzwaldkreise
Das ganze Handwerk auf der Reise
Die Schlosser, Flaschner, Schmied und Bäcker,
Die Metzger ließen sich nicht necken,
Friseur, Schneider, Seifensieder
Sind all erfasst vom Reisefieber.
Auch Schreiner, Gipser, Schornsteinkehrer,
Ja, selbst die Herrn Gewerbelehrer,
Erscheinen heut als frohe Gäste
Beim schönen Jubiläumsfeste.*

*Einst war das Handwerk bös zersplittert,
Vom Daseinskampfe schwer erschüttert.
Hilflos dem Zufall preis gegeben
Kämpft jeder nur ums nackte Leben.
Heillos war die Zersplitterung.
Doch plötzlich kam ein neuer Schwung:
Wir blicken dankbar und verwundert
Zurück zum Jahrgang 1900.
Gehoben wurde aller Jammer
Durch Gründung unserer Handwerkskammer.
(Heiterkeit)*

*Was früher fast unmöglich war,
Jetzt ward geeint die Handwerksksschar.
Die Meister all in Stadt und Land
Vereint in Innung und Verband.
Und den verschiedenen Gewerben,
War jetzt geholfen vom Verderben.
Männer mit viel Entschlossenheit
Erkämpften eine bessere Zeit.
Lernten uns wieder kalkulieren
Und Preistarife durchzuführen*

*Ehrenwerte, tüchtige Geister
Prüfen wieder Gesellen und Meister.
Wir Jüngeren blicken stolz zurück
Aufs wohl gelungene Meisterstück.
Jeder, der fleißig, strebsam und wief,
Bekam zum Lohn seinen Meisterbrief.*



mögen der Genossenschafts- und Gewerbebanken schwer angeschlagen, dem Handwerk der Region drohen zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Kammer appelliert an ihre Mitglieder, sich wieder verstärkt an den Genossenschaftsbanken zu beteiligen. Aber: die Handwerker müssen die Ersteinlagen erneut aufbringen. Nur mit Hilfe der württembergischen Staatsregierung, die eine Fünf-Millionen-Bürgschaft übernimmt, gelingt es, die Genossenschaftsbanken über die Inflationszeit zu retten.

Alles in allem behauptet das Handwerk trotz Krieg, Übergangswirtschaft, politischer Umwälzung und Inflation seine Position. 1924 hat die Zahl der selbstständigen Handwerker im Bezirk wieder den Stand von 1914 erreicht, nämlich rund 20.000. Die Zahl der Lehrlinge ist überdurchschnittlich angewachsen, auf bis zu 8.100 im Jahr 1924. Die Zahl der Gesellenprüfungen hat sich im Vergleich zu 1918 (1.069) bis 1924 fast ver-

dreifacht auf 2.763. Dass das Handwerk der Region die Inflation recht gut übersteht, zeigt die Zahl der Handwerkerkonkurse 1913–1924. 1913 gehen 41 Betriebe in Konkurs, 1923 kein Einziger und 1924 zwölf.

Zwischen Stabilität und Wirtschaftskrise: Das Handwerk stellt sich den Anforderungen der Zeit

Entgegen aller Prophezeiungen hat sich das Handwerk gegen die industrielle Konkurrenz behauptet. Das Handwerk hat Zukunft. Die Industrie ist in vielen Bereichen auf das hochspezialisierte Handwerk angewiesen. Nicht alle Produkte eignen sich für die industrielle Fertigung. Der individuell arbeitende Handwerker wird weiter gebraucht. Umgekehrt ist das Handwerk von der Industrie abhängig – sowohl konjunkturell, als auch bei technischen Anforderungen, die von der Industrie vorgegeben werden.



1921:

Der Reutlinger Syndikus Hermann wird zum Generalsekretär des Deutschen Handwerks berufen.

Positiv vermerkt im Bericht der Reutlinger Kammer für 1927 und 1928: der starke Ausbau der Verkehrswege wirkt sich günstig für das Handwerk aus. Der Aufschwung des Handels wird nicht mehr nur bedrohlich gesehen; durch die Anpassung an die »Anforderungen der Zeit«, d. h. durch eine moderne Ausstattung von Verkaufsräumen oder verstärkte Reklame, geht mancher Auftrag an das Handwerk. Unter dem Strich kommt die Kammer aber zum Fazit, dass es dem Handwerk nicht so gut geht, wie es angesichts der gesamten Wirtschaftslage hätte der Fall sein müssen: *»Im allgemeinen kann man feststellen, dass die etwas bessere Beschäftigung des Handwerks nicht zu einer entsprechenden Steigerung des Geschäftsertrages geführt hat.«*

Die Liste der Gründe ist lang: Schwarzarbeit, Einkauf in weit entfernten Orten und nicht bei den örtlichen Handwerkern, Konkurrenz durch Konsumvereine, Mängel in der Vergabe öffentlicher Aufträge und kommunale Regiebetriebe, Gefängnisarbeit, hohe Rohstoff- und Produktionskosten, die 1926 neu geordnete Gewerbesteuer wird als sehr bedrückend empfunden, höhere Löhne, hohe Zinsen und mangelnde Zahlungsmoral privater und öffentlicher Auftraggeber.

Die 1926 vom Reichstag veranlasste reichsweite Betriebserhebung ergibt für den Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen: bei rund 600.000 Einwohnern der 17 Oberämter, die den Bezirk bilden (mit einer Gesamtfläche von 4.775 qkm) gibt es am 1. Oktober 1927 insgesamt 21.681 Handwerksbetriebe; sie beschäftigen 18.713 Gesellen, 7.773 Lehrlinge und 542 Angestellte, insgesamt rund 40.000 Menschen. Im Kammerbezirk gibt es vor allem kleine und kleinste Handwerksbetriebe.

Im reichsweiten Vergleich der Beschäftigten pro Betrieb liegt der Kammerbezirk weit unter dem Durchschnitt. 1926 werden reichsweit 1,3 Millionen selbständige Handwerker mit 2,4 Millionen Beschäftigten gezählt. Aber: 17.232 der Betriebe im Kammerbezirk beschäftigen keinen Gesellen. 2.445 Betriebe haben einen Gesellen, 1.207 zwei bis drei und 311 vier bis fünf Gesellen. Die vier Betriebe, die mehr als 50 Gesellen beschäftigen, können das Gesamtbild nicht mehr grundlegend ändern.

Das Bekleidungs-gewerbe ist mit 4.792 Betrieben am weitesten verbreitet, gefolgt vom Holz verarbeitenden Gewerbe mit 4.330 und vom Baugewerbe mit 4.220 Betrieben. Ebenfalls stark: das Nahrungsmittelhandwerk mit 3.418 und das Metall verarbeitende mit 3.054.

Die Tendenz zu »modernen« Handwerken und effizienteren Betriebsgrößen zeichnet sich erst in Ansätzen ab. Beispiel Elektroinstallateure: Im Oberamtsbezirk Balingen gibt es 18 Betriebe mit 76 Gesellen und Arbeitern und 23 Lehrlingen; im Oberamtsbezirk Nagold zwei Betriebe mit zwei Gesellen und im Reutlinger Oberamt zehn Betriebe mit 14 Gesellen und 16 Lehrlingen. 1926 arbeiten insgesamt 135 Elektroinstallateure im Kammerbezirk – ein Wachstumsberuf mit 316 Gesellen und 120 Lehrlingen.

Ein Beispiel in anderer Richtung: die Korbmacher. Im Balingen Oberamt arbeiten fünf, ohne Gesellen und mit nur zwei Lehrlingen, im Nagolder Oberamt acht mit insgesamt einem Gesellen und keinem Lehrling und in Reutlingen schließlich zwölf Korbmacher mit insgesamt einem Gesellen und einem Lehrling. Insgesamt gehen im Kammerbezirk noch 164 Korbmacher ihrem Beruf nach, unterstützt von 26 Gesellen und 16 Lehrlingen – eine aussterbende Profession.



L. v. Deger-Horn Reutlingen

16. November 1922:

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag wird öffentlichrechtliche Körperschaft.

August 1923:

Referentenentwurf einer Reichshandwerksordnung.

Interessenvertretungen: Präsident und Syndikus fordern zu mehr (Innungs-) Organisation auf

Im Juli 1919 richtet die Kammer ein Rundschreiben an die Elektroinstallateurmeister des Bezirks: *»Der Neuaufbau unserer Wirtschaft verlangt auf Seiten des Handwerks gebieterisch einen beruflichen Zusammenschluss. Auf Wunsch mehrerer Elektroinstallateure berufen wir deshalb auf nächsten Samstag, den 12. Juli, vormittags neun Uhr in den Gasthof zum Lindenhof in Horb a. N. eine Versammlung der Elektroinstallateur- und Elektromechanikermeister des Schwarzwaldkreises. Es liegt in Ihrem Interesse, an dieser Versammlung teilzunehmen, weshalb wir bestimmt auf Ihre Anwesenheit rechnen.«* Der Aufruf hat Erfolg. Am 29. August 1919 teilt die württembergische Regierung für den Schwarzwaldkreis der Handwerkskammer Reutlingen mit, dass sie die Satzung der Elektroinstallateur- und Elektromechaniker-Innung für den Schwarzwaldkreis genehmigt hat. Der Innungsgründung steht nichts mehr im Weg.

Besonders gefährdet ist Lage der Schmiede, Wagner, Schneider und Schuhmacher. Darauf weist Präsident Henne bei der 50. Vollversammlung der Reutlinger Kammer am 9. Juli 1928 hin. Er fordert den Staat auf, Aufträge vor allem an diese Handwerke zu vergeben und nicht an die Industrie oder Generalunternehmer. Henne mahnt die Handwerker, die innere Zerrissenheit des Handwerks zu überwinden. Er spricht die sich ausbreitende Müdigkeit beim Ausbau der Innungen, Genossenschaften und Fachvereine an und macht Konkurrenzneid und mangelnde Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, dafür verantwortlich.

Den Gedanken, die politische Verfassung wieder mehr in Richtung einer ständischen Interessenvertretung zu lenken, lehnt Henne ab; doch fordert er die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten auf, den wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes wieder mehr Beachtung zu schenken. Und: der Präsident rät den Handwerkern, in den Parteien selbst auf eine bessere Vertretung der Handwerksinteressen zu drängen.

Damit stellt er sich gegen diejenigen, die dem Parteienstaat eine Absage erteilen wollen. Henne fordert allerdings auch einen starken, regulierenden Staat, der die gegensätzlichen Interessen der einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen ausgleichen soll: *»Im besonderen soll und muss deshalb der Staat die oberste regulierende Macht gegenüber übermächtig werdenden privatwirtschaftlichen Gruppen bleiben, da sonst in dem immer schwieriger sich gestaltenden Kampf zwischen Arbeit und Kapital die Mittelschicht gänzlich aufgerieben würde.«*

Weltwirtschaftskrise: Massenarbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust drücken viele Handwerker zu Boden

Der Wirtschaft geht es 1929 schlecht – erste Hinweise stehen schon im Bericht über die Jahre 1927 und 1928. Das Bauhandwerk berichtet von Auftragsrückgängen, die Zahl der Konkurse hat 1928 mit 26 Betrieben einen neuen Höhepunkt erreicht. Besonders betroffen: die Schreiner im Schwarzwald. 1927 und 1928 gehen fünf Schreiner im Nagolder Oberamt, drei im Neuenbürger und zwei im Freudenstädter in Konkurs. Die schwere Rezession in Deutschland schlägt

sich auch im Kammerbezirk nieder. Im Rückblick auf 1929 hält die Kammer fest: »Der schon seit längerer Zeit zu beobachtende allgemeine Konjunkturrückgang machte sich im Handwerk schon von Beginn des letzten Jahres [1929] ab in steigendem Maße bemerkbar und brachte eine fortschreitende Verschlechterung des Beschäftigungsgrades mit sich.«

1930 ist aus der Rezession eine tiefe Krise geworden. Von Monat zu Monat hat sich die wirtschaftliche Lage des Handwerks verschlechtert. Immer weniger Aufträge gehen ein, die Arbeitslosigkeit im Handwerk

nimmt zu, wie auch die Konkurrenz der Meister untereinander. Unterbietungen sind an der Tagesordnung; Aufträge werden zu Preisen angenommen, die keine Verdienstmöglichkeiten mehr bieten. Der von der Kammer seit langem geforderte »angemessene Preis« ist am Markt nicht mehr zu erzielen – zumal viele Gemeinden, die ebenfalls massiv unter der Krise leiden, die Notlage des Handwerks ausnutzen.

Besonders betroffen vom Umsatzrückgang ist das Landhandwerk. Die Landwirte leiden stark unter dem Preisrückgang ihrer Produkte und können dem Handwerk kaum

noch Aufträge erteilen. Die Massenarbeitslosigkeit in der Industrie mit dem damit verbundenen Kaufkraftschwund belastet die Handwerker zusätzlich. Schwarzarbeit und mangelnde Zahlungsmoral (und -fähigkeit) als alte Gegner des Handwerks haben Hochkonjunktur. Dass zugleich die Betriebskosten – Strom, Miete, Steuern – weitgehend konstant bleiben (lediglich Rohstoffpreise und Löhne gehen leicht zurück), trägt ein Übriges zur Rezession im Handwerk bei. Beredter Ausdruck der Krise seit 1929: die 55 Konkurse dieses und die 37 Konkurse des Jahres 1930.



1. November 1923:
Höhepunkt der Inflation
in Deutschland;
das Pfund Brot kostet
260 Mrd. Mark.

1924:
Im Reutlinger Kammer-
bezirk sind rund
20.000 selbständige
Handwerker registriert.



Das Baugewerbe wird besonders hart getroffen. Flaschner und Elektroinstallateure bekommen weder private, noch öffentliche Bauaufträge. Noch stärker von der Krise betroffen ist das Bekleidungshandwerk, allen voran die Schneider. Schuhmacher sind wenigstens in der wärmeren Jahreszeit beschäftigt. Das Schreinerhandwerk muss oftmals unter Wert verkaufen. Neue Bautechniken gefährden Steinhauer und Steinbildhauer in ihrer Existenz. Schmiede und Wagner gehen vor der zunehmenden Motorisierung und Mechanisierung in die Knie.

Auch Bäckern und Metzgern geht es schlecht. Alle müssen sparen – das tägliche Stück Brot auf dem Teller wird kleiner. Konsumvereine locken mit billigen Brotpreisen Kunden in ihre Warenhäuser. Es wird weniger Fleisch gegessen; Feinkostläden machen den Metzgern Kunden abspenstig. Kleinmüller spüren den Kaufkraftverlust und die Konkurrenz von Großmühlen. Nur wenig besser geht es in dieser Krise dem Reini-

gungsgewerbe – das Glasreinigergerbe wird 1930 als selbstständiges Handwerk anerkannt – oder anderen Dienstleistern, wie Friseuren.

Alles in allem verkraftet der Mittelstand der Region die Krise doch noch besser als in anderen Gebieten des Reiches. Die Kammer berichtet in Bezug auf reichsweite Untersuchungen über das Handwerk: »Die vom Enquête-Ausschuss angestellten Erhebungen über das Handwerk zeigen, dass in Württemberg nächst Bayern die meisten Handwerksbetriebe sind. Daran hat wieder der Handwerkskammerbezirk Reutlingen mit den größten Anteil im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Zusammen mit dem stark kleinbäuerlichen Einschlag wirkt sich das Vorhandensein eines kräftigen Handwerkerstandes für die wirtschaftliche Entwicklung sehr vorteilhaft aus, indem die in anderen Gegenden vorkommenden erheblichen Schwankungen wirksam gemildert und abgeschwächt werden und der Wirt-

schaftsprozess in ruhigeren und gleichmäßigeren Bahnen sich bewegt.« In der Tat erweist sich im Rückblick, dass das Handwerk in Deutschland die Krise weit besser verkraftet als die Industrie. Im Handwerk gibt es weniger Arbeitslosigkeit, Umsatzrückgang und Konkurse. Das Handwerk zeigt sich, wie schon während der Inflationszeit, als widerstandsfähiger als andere Wirtschaftszweige.

Staat, Parlament und Politik in der Kritik: Kammer drängt auf staatliche Regelungen im Sinne des Handwerks

Die Forderungen der Kammer an die Politik machen Präsident Henne und Syndikus Eberhardt bei der 54. Vollversammlung der Kammer am 30. Oktober 1930 deutlich. Sie treten dafür ein, das Vergabewesen endlich so zu regeln, dass Qualität und angemessener Preis zur Grundlage von Vergaben im öffentlichen Sektor werden. Steuererleichterungen werden gefordert und die Senkung der Soziallasten. Die Förderung des Woh-



nungsbaus (man geht bis 1933 reichsweit von einem Bedarf von jährlich 250.000 neuen Wohnungen aus) ist eine Aufgabe, die das Handwerk dem Staat zuweist. Die von der Regierung angekündigte Drosselung der Wohnbauförderung wird vom Handwerk heftig kritisiert – ebenso wie Überlegungen, der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung beizukommen.

Im regionalen Handwerk wird die Kritik an den politischen Verhältnissen im Reich lauter. Syndikus Eberhardt: *»Wir wissen, dass in Deutschland zwei Weltanschauungen miteinander ringen. Das zeigt sich bei jeder Gelegenheit sehr deutlich. Ich habe mich sehr gefreut über die Ausführungen des Herrn [Präsidenten] Henne, dass das Handwerk den Mittelpunkt dafür abgeben müsse, dass die Gegensätze im Volk mehr und mehr ausgeglichen werden. Wenn es so weiter geht, wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert, dann wird eben auch der gewerbliche Mittelstand weiter absinken. Wir sind verloren, wenn nicht endlich die führenden Menschen in den verschiedensten Lagern zur Besinnung kommen. Man braucht nur auf die Frage der Preispolitik und der Lohnpolitik hinzuweisen. Die Gewerkschaften erklären: Die Preise müssen herunter, dann erst können die Löhne gesenkt werden. Das Großkapital sagt, zuerst müssen die Löhne gesenkt werden, dann können die Preise nachfolgen. Das sind Gegensätze, dass man überhaupt nicht mehr weiß, was werden soll.«*

Dass angesichts der verworrenen Situation die Unfähigkeit der Regierung immer größer erscheinen muss und der Ruf nach einer anderen Politik, nach einer anderen Staatsform, auch im Handwerk laut wird, kann kaum überraschen. Die Handwerker

26. April 1925:
Hindenburg wird Reichspräsident.

17. November 1925:
In der Bundeshalle in Reutlingen wird das 25-jährige Gründungsjubiläum der Kammer gefeiert.

1926:

Die Betriebserhebung ergibt für den Bezirk Reutlingen: bei 60.000 Einwohnern sind 21.681 Handwerksbetriebe mit 18.713 Gesellen, 7.773 Lehrlingen und 542 Angestellten gemeldet.

können kaum noch etwas mit der Weimarer Republik und der Demokratie anfangen; zu groß sind nach zwölf Jahren die Enttäuschungen. Der Anteil der Handwerker an der Wählerschaft der Nationalsozialisten wächst. Die Nationalsozialisten verstehen dabei durchaus, sich als Interessenvertreter des Mittelstandes zu präsentieren. Die eindeutig antisozialistische, anti-

marxistische Position der NSDAP macht diese Partei für den handwerklichen Mittelstand attraktiv.

Die Parteien- und Politikverdrossenheit auch im Handwerk des Reutlinger Kammerbezirks artikuliert Kammerpräsident Henne so: *»Wir besitzen in unserer Technik und Geisteswissenschaft, in unserem hoch qualifizierten Unternehmertum, in unserem*



fachlich gut und glänzend ausgebildeten Arbeitnehmertum eine Goldreserve, die uns alles Mögliche erdulden lässt, die uns wieder vorwärts und aufwärts bringen kann, wenn endlich das deutsche Volk einsieht, dass nur einmütiges Zusammenhalten ihm helfen kann. Aber: Ich bin überzeugt, dass gerade die Politik es ist, die den Wirtschaftsträgern aller Art diesen Weg verbau-

en will. Es ist mit eine Aufgabe des Handwerks, wie der übrigen Wirtschaftsträger, mit aller Macht darnach zu streben, die Widerstände in der Politik zu überwinden, die uns an dem einmütigen Zusammenhalten verhindern.» An dieser Stelle verzeichnete das Protokoll: »Bravo – Fort mit den Parteien!«.

1928:

Schmeling wird Boxweltmeister; Brechts Dreigroschenoper uraufgeführt.

9. Juli 1928:

Unter Vorsitz von Präsident Henne findet in Reutlingen die 50. Vollversammlung statt.



17. Februar 1929:

Die Handwerksrolle wird eingeführt.

25. Oktober 1929:

Schwarzer Freitag an der Wall Street.

»Die Zeit des Niedergangs«: Das Handwerk der Region am Vorabend der Machtergreifung der Nationalsozialisten

»Die Zeit des Niedergangs« ist Titel des Berichts, den die Kammer am 20. Januar 1933 nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten veröffentlicht. Inhalt: die Entwicklung des Handwerks im Kammerbezirk in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1932 und dem 30. Juni 1933. In der Tat kann nichts den weiteren Einbruch der Handwerkswirtschaft seit 1929 aufhalten. Reichsweit ist der Umsatz des Handwerks von 20 auf knapp elf Milliarden Reichsmark zurückgegangen. Das und der Preisverfall für handwerkliche Leistungen bringt viele Betriebe an den Rand des Ruins, Gewinn ist kaum mehr zu machen. Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit nehmen zu, viele Gemeinden greifen zum Mittel der Regiebetriebe. Der Zahlungseingang ist schleppend, die Konkurrenz untereinander wächst. Die Steuerbelastung bleibt hoch, die hohen Zinsen sind nicht mehr zu erwirtschaften.

Das Handwerk in der Region bricht ein. Der Anteil des Handwerks am Gewerbesteuerkataster aller Oberämter des Kammerbezirks geht 1932 von 9,1 Millionen RM (1930) auf 7,1 Millionen zurück. Am 31. Dezember 1931 sind 6.065 junge Menschen in die Lehrlingsrolle der Kammer eingetragen, ein Jahr später nur noch 4.866. Damit hat sich die Lehrlingszahl gegenüber 1927 (9.716) halbiert. Gründe sind der Geburtenrückgang wegen des Krieges, die Vorschriften zur Beschränkung der Lehrlingszahlen pro Betrieb und die wirtschaftliche Rezession. Viele Meister können sich schlicht keine Lehrlinge mehr leisten.

Weniger dramatisch ist der Rückgang der Meisterprüfungen: 490 im Jahr 1930, 448 im Jahr 1931 und 364 im Jahr 1932. Bereits 1933 steigt die Zahl wieder auf 417, ein Zeichen, dass man wieder Hoffnungen auf den Aufschwung im Handwerk setzt. Trotzdem melden zahlreiche Betriebe Konkurs an: 54 Betriebe sind 1931 betroffen, 53 im Jahr 1932.

In den Augen des Handwerks hat der Staat versagt. Dass es das Handwerk als Wirtschaftszweig überhaupt noch gibt, rechnet man sich als eigenen Verdienst an: *»Nur seiner allerdings mit größten Opfern und Einschränkungen verbundenen Anpassungsfähigkeit, verbissener Entschlossenheit und unerschütterlicher Ausdauer ist es zuzuschreiben, wenn es dem Handwerk trotzdem möglich war, seinen Bestand im Großen und Ganzen zu erhalten«*, erklärt die Kammer 1933, nach der Machtergreifung.

Die Verbitterung der Handwerker über die politische, geistige und wirtschaftliche Krise in Deutschland kommt bei der letzten Vollversammlung der Kammer vor der Machtergreifung zum Ausdruck. Präsident Henne greift zu eindrücklichen Worten: *»Im Leben (...) unseres deutschen Volkes hat sich eine so nachhaltige, alle Kreise umfassende geistige und soziale Umstellung vollzogen, die (...) für den Staat, für die Staatsordnung wie für die Wirtschaft große Gefahren in sich birgt. Neben dem erschütternden Bild der Proletarisierung und Vernichtung weitester Kreise des deutschen Mittelstandes, bei der (...) eine Existenz um die andere zu Grunde geht, neben der drohenden Vernichtung des deutschen Bauernstandes, neben dem Heer von Millionen arbeitsloser Menschen (...) zeigt sich in Deutschland eine immer mehr um sich greifende Entartung*



1929/30:

Die Weltwirtschaftskrise wird auch in Reutlingen spürbar; 1929 melden 55 Betriebe Konkurs an.

unseres Volkslebens, eine Verwilderung von Sitte und Moral, zugleich aber auch ein krankhaftes Abirren von den sittlichen Grundsätzen der Pflicht, durch Selbstlosigkeit, Fleiß und Verantwortlichkeit sich in allererster Linie in den Dienst des Volksganzen zu stellen.«

Der Langmut des Mittelstandes sei nunmehr am Ende angelangt: *»Allzu lange hat man auf die Gutmütigkeit des Handwerks gepocht, allzu lange hat man diesen Berufsstand mit Versprechungen und schönen Worten getröstet, ohne auch nur im geringsten in der Gesetzgebung und Verwaltung seinen berechtigten Interessen irgendwie Rechnung zu tragen.«* Henne wirft den Machthabern in Deutschland vor, seit Kriegsende den deutschen Mittelstand planmäßig in eine »Aschenbrödelstellung« hineingedrängt zu haben.

Vergleicht man die Reden des Präsidenten zwischen 1924 und 1932, so darf man ruhig von einer zunehmenden Radikalisierung sprechen, die aus der blanken Angst geboren ist. Henne hütet sich, Hoffnung auf Besserung mit einer bestimmten politischen Richtung zu verbinden. Aber seine Wortwahl ist verräterisch; noch sei es nicht zu spät, so der Präsident, Glauben und Vertrauen im deutschen Mittelstand wieder zu wecken, sich der eigenen Kraft bewusst zu werden. Aber: *»Dazu bedarf es nicht nur der Arbeit der Führer, sondern es bedarf dazu der Mitarbeit aller in der deutschen Mittelschicht. Vor allem aber bedarf es des Willens der Führer, unbeschadet aller Anfechtungen, mögen sie kommen, woher sie wollen, den Mut der Verantwortung, der Entschlossenheit und der Tat für die politische Führung des Mittelstandes zur berufsständischen Macht aufzubringen, der letzten*

Endes wirksamer werden und wirksamer sein kann als der heute so stark vorhandene Pessimismus. Es muss unser Ziel sein, mit Einheit und Geschlossenheit, durch Stählung der leiblichen und seelischen Kräfte nunmehr in den Kampf einzutreten, um mit der ganzen verfügbaren Kraft den Lebensraum für den deutschen Mittelstand auch für die Zukunft zu erkämpfen, den man uns leider in den Nachkriegsjahren bis heute in Deutschland streitig gemacht hat.«

Dass die Hoffnungen des regionalen Handwerks tatsächlich vor allem auf die Nationalsozialisten gerichtet sind, macht der achtzigjährige Ehrenpräsident der Kammer Vollmer mehr als deutlich. Er pflichtet dem amtierenden Präsidenten bei, dass der Mittelstand in sich selbst die Kräfte habe, wieder den Aufschwung zu schaffen. *»Aber, meine Herren, eine Hauptfrage ist die: Sagen Sie mir, wo ist der Führer, wo ist die starke Hand, die das Millionenvolk im Deutschen Reich führt? Es fehlt uns, mein lieber Freund Henne, eine starke, führende Hand. Wir wissen heute nicht, wem wir gehören. Der Führer fehlt uns. Wenn ein starker Führer kommt für das deutsche Volk, der Interesse hat an diesem Millionenvolk, dann ist es möglich, dass wir in eine andere Lage kommen. So lange wir aber nicht wissen, wo wir hingehören, ob links oder rechts, ist es ein Chaos. Meine Herren, sorgen Sie dafür, dass wir in der nächsten Zeit eine Führung für das deutsche Volk bekommen.«*

Der Wunsch Vollmers wird nur ein halbes Jahr später erfüllt; Deutschland bekommt seinen Führer...



Das Handwerk im Nationalsozialismus

»» Auch das Handwerk bekommt zu spüren, was mit den Begriffen »Führerprinzip« und »Gleichschaltung« gemeint ist. ««



Die Gleichschaltung

Das Handwerk im Nationalsozialismus

Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers am 23. März 1933 bekommt auch das Handwerk zu spüren, was mit den Begriffen »Führerprinzip« und »Gleichschaltung« gemeint ist. Präsidenten und Obermeister in den Handwerkskammern werden durch NSDAP-Mitglieder ersetzt; wo es Widerstand gibt, werden »unliebsame« Amtsträger ihres Amtes enthoben. Der Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks wird erweitert, jetzt sind NSDAP-Mitglieder in der Mehrheit. »Um die Organisation neu zu regeln und das Handwerk im neuen Geist zu erziehen« wird der »Reichsstand des Deutschen Handwerks« gegründet.

Die Nationalsozialisten verstehen es, die Vorarbeit des Handwerks für die eigene Politik zu nutzen. Mit »neuen« Gesetzen erfüllen sie jahrzehntealte Forderungen des

Handwerks. Ein Beispiel: Der Große Befähigungsnachweis wird Gesetz.

Grund zum Optimismus gibt es für die Handwerkskammern dabei nicht. Sie werden gezielt zu Instrumenten der staatlichen Planwirtschaft umfunktioniert – ihre Aufgaben sind stark eingeschränkt und sie unterstehen der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Mit Fortschreiten des Krieges werden die Handwerkskammern immer mehr zu Marionetten und Handlangern der Nationalsozialisten. Die Handwerker führen »Erzeugungsschlachten« in der Heimat, um die »Materialschlachten« an der Front zu gewinnen.

Gesetze und Verordnungen sind nicht mehr das Papier wert, auf dem sie stehen. Am 1. April 1943 werden alle Handwerkskammern und der Deutsche Handwerks- und Gewerbeammertag aufgelöst.

Erste Reaktionen und Maßnahmen: Kammern stellen sich der »Nationalen Revolution«

Die »Nationale Revolution« begrüßen zumindest die Führungsgremien der Kammer – darauf jedenfalls lassen die Reden von Präsident und Ehrenpräsident bei der letzten Vollversammlung vor der Machtergreifung schließen. Und: der Württembergische Handwerkstag erklärt Ende März 1933, die Handwerkskammern würden den neuen Staat bei seiner Aufbauarbeit unterstützen. Die Reutlinger Kammer steht voll hinter dieser Position.

»Der Anbruch der neuen Zeit, neue Hoffnungen und neuer Glaube« lautet der Reutlinger Bericht über die Lage des Handwerks zwischen Juli 1932 und Juni 1933: *»Ein neuer Geist, neue Ideen sollen die treibenden Kräfte an dem Aufbau einer besseren sozialen und Wirtschaftsordnung sein, die auch dem Handwerk seinen gebührenden Platz,*

seinen Lebensraum im Kreise der deutschen Berufsstände zuweist. Neue Hoffnung zieht wieder durch seine Reihen. Der Glaube an seine Sendung, seine Aufgabe stärkt sich wieder. Entschlossen will das Handwerk seine Kraft dafür einsetzen, bereit, sein Teil beizutragen zum Gelingen dieses großen Werkes der Schaffung eines gesunden und unzerreißbaren Staates.«

Kaum ist Adolf Hitler an der Macht – 17 Millionen Stimmen am 5. März 1933 für die Nationalsozialisten, »Ermächtigung« am 23. März – bekommt das Handwerk zu spüren, was die Nationalsozialisten unter einem Neuaufbau verstehen. Von März bis Juni werden in allen Bereichen der Handwerksorganisationen Führungspositionen durch NSDAP-Mitglieder besetzt. Die Vorgaben dafür liefern die beiden »Kommissare für Gleichschaltung in den Fachverbänden des Deutschen Handwerks«, Carl Celeny und Dr. Heinrich Schild. Schild wird am 29. März 1933 vom Deutschen Handwerks-

20. Januar 1933:
»Zeit des Niedergangs« ist Titel des Berichts, den die Reutlinger Kammer nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten veröffentlicht.

30. Januar 1933:
Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.

27. Februar 1933:
Reichstagsbrand.



31. März 1933:
Ermächtigungsgesetz.

19. April 1933:
»Richtlinien für die
Gleichschaltung der
Innungen«.

3. Mai 1933:
Gleichschaltung des
Reichsverbandes des
deutschen Handwerks
durch Proklamation
des Reichsstandes des
deutschen Handwerks.

und Gewerbekammertag zum Nachfolger des verstorbenen Reutlinger Generalsekretärs Karl Hermann bestellt. In ihren am 19. April 1933 herausgegebenen »Richtlinien für die Gleichschaltung der Innungen des Deutschen Handwerks« empfehlen die Kommissare folgendes Verfahren:

Freiwilliger Amtsverzicht »am zweckmäßigsten«

»Wie bei den Spitzen- und Bezirksorganisationen des deutschen Handwerks, soll auch die Gleichschaltung bei den örtlichen Organisationen, den Innungen und Innungsausschüssen, erfolgen. Gleichschaltung bedeutet, dass die Mehrheit der Vorstandsmitglieder einer Innung eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind. Es ist also erforderlich, in diesem Sinne die Neubesetzung durchzuführen.

Das Amt des Obermeisters ist, wenn irgend möglich, mit Nationalsozialisten zu besetzen.

Am zweckmäßigsten wird bei der Gleichschaltung so verfahren, dass der alte Innungsvorstand seine Ämter freiwillig niederlegt. Der neue Innungsvorstand ist dann im Benehmen mit dem Ortsgruppenleiter des Kampfbundes bzw. Kreiskampfbundleiter zu bilden. Bis zur Neubildung des Vorstandes und seiner Anerkennung und Genehmigung durch die Mitgliederversammlung der Innung ist ein Innungsmitglied, welches der NSDAP angehören muss, mit der kommissarischen Leitung der Innung zu beauftragen.

Die kommissarischen Innungsleitungen oder die gleichgeschalteten Innungsvorstände haben mit allen Kräften darüber zu wachen, dass die Innungsorganisationen

intakt bleiben. Auflösung der Innungen kommt nicht in Frage, da die Innungsorganisation die örtliche Grundform für den organisatorisch-berufsständischen Aufbau des deutschen Handwerks sein wird. Ebenso haben die verantwortlichen Personen darauf zu achten, dass die korporative Mitgliedschaft der Innung zu übergeordneten Organisationen (Innungsausschüssen, Landesfachverbänden bzw. Innungsverbänden, und Reichsfachverbänden) bestehen bleibt. Austrittserklärungen und Beschlüsse von Innungsversammlungen über Austritte der Innungen aus übergeordneten Organisationen dürfen überhaupt nicht erfolgen.«

Gleichschaltung: »Alte Kämpfer« rücken an die Kammerspitze

In Reutlingen muss Präsident Henne seinen Posten räumen – wie alle vier württembergischen Handwerkskammerpräsidenten. Henne wird im Juli 1933 zum Ehrenpräsident ernannt. Sein Nachfolger: der Nagolder Schreinermeister Philipp Baetzner. Baetzner ist ein »alter Kämpfer«, der schon lange vor der »Machtergreifung« Hitlers für die NSDAP aktiv war. Er ist SA-Mitglied, Mitglied des Landtages (später auch des Reichstages) und Leiter des regionalen »NS-Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes« sowie Kreisleiter in Horb. Darüber hinaus ist er Landeshandwerksmeister für Südwestdeutschland, gehört dem Beirat des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages an und ist stellvertretender Leiter der Wirtschaftskammer für Württemberg, Gauamtsleiter für Handel und Handwerk für Württemberg und stellvertretender



1. Oktober 1933:
Auflösung des
Reichsverbandes.

29. November 1933:
Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks.

1934:
Im Reutlinger
Kammerbezirk legen
306 Handwerker die
Meisterprüfung ab.

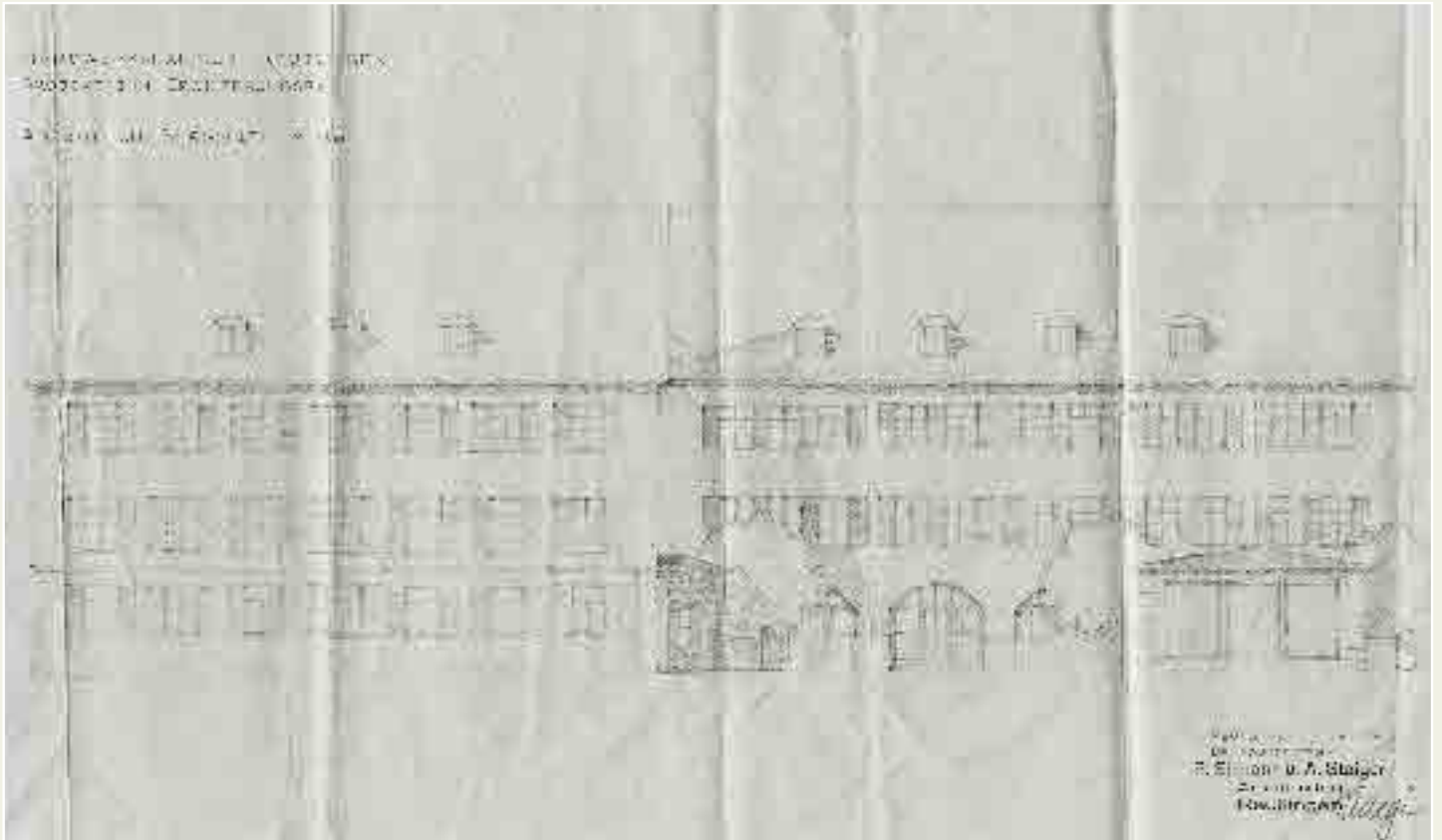
Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront in Württemberg – eine typische Karriere, die weniger auf Qualifikation beruht denn auf Parteizugehörigkeit.

Nach dem Krieg wird Baetzner vom Landgericht Tübingen für die Teilnahme an der Zerstörung einer Synagoge in der »Reichskristallnacht« verurteilt.

Im März 1939 wird Klempner- und Elektromeister Eugen Vogt Baetzners Nachfolger. Vogt stammt aus Hochdorf bei Nagold. Seine »Qualifikation«: im Januar 1933 lässt er den örtlichen SPD-Bürgermeister von einem mit Maschinengewehren ausgerüsteten Horber SA-Trupp verhaften. Vogt bleibt bis zur Auflösung und Eingliederung in die Gauwirtschaftskammer Vorsitzender der Kammer. Dieser Wechsel in der Führung lässt die Struktur der Kammer weitgehend unberührt. Syndikus Eberhardt bleibt im Amt, ebenso wie die anderen Kammerbediensteten. Die neuen Machthaber können auf altgediente Fachleute nicht verzichten.

Großer Befähigungsnachweis und Zwangsinnungen: Das NS-Regime verschafft sich Kontrolle über das Handwerk

Zunächst scheint die neue Regierung tatsächlich die Erwartungen des Handwerks zu erfüllen. Mit einer ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 15. Juni 1934 werden Pflichtinnungen und Kreishandwerkerschaften eingeführt. Allerdings: dieses »Geschenk« ist keineswegs das, was das Handwerk immer gewünscht hat – eine bessere Selbstverwaltung durch seine Organisationen – vielmehr verschafft sich das Regime eine bessere Kontrolle des Handwerks. Die Selbstverwaltung des Handwerks wird immer weiter zurückgedrängt. Der Staat übernimmt die Lenkung des Handwerks. Zudem sind die Pflichtinnungen ein Mittel, die Meister politisch zu indoktrinieren, sie entweder dem Nationalsozialismus näher zu bringen oder aber dafür zu sorgen, dass sie im Notfall »unschädlich gemacht« werden.



Oben: Erweiterungsplan des Gebäudes der Handwerkskammer am Burgplatz.
Unten rechts: Das Gebäude in späterer Zeit mit Erweiterungsbau.

Vorarbeit des Handwerks geschickt nutzen: Neue Machthaber greifen auf alte Forderungen zurück

Aus der demokratisch von unten aufgebauten Handwerksorganisation wird eine Zwangsorganisation, die den Weisungen von Staat und Partei bis hin zum letzten Handwerksbetrieb Geltung zu verschaffen hat. Rechtlich untermauert wird dies mit dem »Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks« vom 29. November 1933, der »Ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks« vom 15. Juni 1935 und den am 18. Januar 1935 erlassenen Verordnungen Nr. 2 und 3.

Unter geschickter Ausnutzung der seit 1921 von der Berufsorganisation ausgearbeiteten Gesetzentwürfe (Bildung einer Pflichtorganisation und vor allem um die Einführung des Großen Befähigungsnachweises), werden damit alte, bis ins Revolutionsjahr 1848 zurückzufolgende handwerkspolitische Wünsche und Forderungen erfüllt.

- ▶ Freie Innungen und Zwangsinnungen werden zu Pflichtinnungen verschmolzen – als örtliche Zusammenschlüsse aller in die Handwerksrolle eingetragenen Gewerbetreibenden des gleichen Handwerkszweiges oder verwandter Handwerkszweige.
- ▶ Die Handwerkskammern haben die bestehenden Handwerker-, Fach- und Gewerbevereine aufzulösen und deren Vermögen den Pflichtinnungen zu übertragen oder einem guten Zweck zuzuführen.
- ▶ Die Aufgaben der Innungsausschüsse werden an Kreishandwerkerschaften in der Rechtsform von Körperschaften des

öffentlichen Rechts als obligatorische Vereinigungen aller Handwerksinnungen eines von der Handwerkskammer zu bestimmenden Bezirks übertragen.

- ▶ Unter Gewährung voller berufsständischer Selbstverwaltung im Bereich der Innungs- und Kammerorganisation werden die Handwerkskammern mit der Dienstaufsicht über die nachgeordneten Innungen und Kreishandwerkerschaften beauftragt.

Der Große Befähigungsnachweis wird Gesetz: Das Handwerk ist Handlanger staatlicher Kriegswirtschaft

Der seit Generationen angestrebte Große Befähigungsnachweis, mit der Meisterprüfung als Voraussetzung für die selbstständige Tätigkeit im Handwerk und die Ausbildung von Lehrlingen, wird mit der »Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Handwerks« gesetzliche Wirklichkeit. Die Erfüllung der alten Handwerksforderungen übertüncht allerdings hohe Qualitätsverluste im Bereich der Selbstverwaltung. In Vollzug des Führerprinzips wird die Aufsicht über die Handwerkskammern dem Reichswirtschaftsminister übertragen, die Handlungsspielräume der Kammern sind eng begrenzt.

Die Handwerksorganisationen werden zu Instrumenten der staatlichen Planwirtschaft. Mit dem erklärten Ziel der »optimalen kriegswirtschaftlichen Nutzung« wird auch die Leistungskraft des Handwerks umfunktioniert. Die Handwerkskammern werden zu Handlangern einer rigorosen »Arbeitskräftebeschaffung« für die Rüstungsbetriebe degradiert. Sie haben »Er-

24. Januar 1934:
Ernennung eines Reichshandwerksführers.

März 1934:
Baubeginn an der Reichsautobahn.

15. Juni 1934:
Erste Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks; Zwangsinnungen und Kreishandwerkerschaften werden eingeführt.

August 1934:

Tod Hindenburgs,
Hitler »Führer und
Reichskanzler«.

18. Januar 1935:

Einführung des Großen
Befähigungsnachweises.

März 1935:

Aus Berlin wird das
erste Fernsehprogramm
ausgestrahlt.



zeugungsschlachten« in der Heimat zu führen, um die »Materialschlachten an der Front« zu gewinnen – so die Propagandasprüche jener Zeit.

Trotzdem: Der große Befähigungsnachweis führt zur sprunghaften Zunahme der Meisterprüfungen im Kammerbezirk. Hatten in 1933/34 bzw. 1934/35 noch 306 bzw. 327 Handwerker die Meisterprüfung abgelegt, so steigt diese Zahl bis 1937 auf fast 600 an.

Das regionale Handwerk bis zum Kriegsausbruch: Rohstoffe sind knapp, die Betriebe machen sich gegenseitig Konkurrenz

Die bis 1939 veröffentlichten Geschäftsberichte der Handwerkskammer sind zweifel-

los geschönt. Kritik am Wirtschaftssystem ist nicht erwünscht und wird auch nicht geübt.

Im Mai 1937 veröffentlicht die Reutlinger Kammer den ersten Geschäftsbericht seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Nach einer Lobrede auf den Führer, der den wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Verfall gestoppt habe, heißt es im Vorwort: »Dank der umfassenden und durchgreifenden Maßnahmen gegen das gefährlichste Übel, die Arbeitslosigkeit, [...] belebte sich die Geschäftstätigkeit im Handwerk zusehends und die Aufträge nahmen erheblich zu. [...] Namentlich in den beiden letzten Jahren stieg die Zahl der in den Handwerksbetrieben beschäftigten Gesellen rasch an. In manchen Berufen ist der Arbeitsanfall so geworden, dass sich ein Mangel an Fach-

kräften bemerkbar macht, wenigstens in einigen Gegenden des Kammerbezirks, vor allem da, wo die Industrie besonders viel Arbeit hatte und manchen Handwerker an sich zog.« Kurz: das Handwerk sieht sich in derselben Situation wie schon um die Jahrhundertwende – als Anhängsel der Industrie. Geht es ihr gut, so geht es auch dem Handwerk gut und umgekehrt. Damit hat sich auch unter den Nationalsozialisten, die sich vor 1933 als besonders mittelstandsfreundlich gebärdeten, die wirtschaftspolitische Schwerpunktverteilung nicht geändert.

Geringe Verdienstspannen plagten das regionale Handwerk. Die Auftragslage ist schlecht, die Handwerker unterbieten sich gegenseitig. Hohe Rohstoffpreise, die von der Industrie, aber nicht vom Handwerk gezahlt werden können, drücken außerdem auf die Gewinne. Rohstoffe sind nicht nur teuer, sie sind auch schwer zu bekommen, die Lieferfristen sind lang – also lassen auch handwerkliche Leistungen lange auf sich warten, die Kunden werden unzufrieden.

Alles in allem bietet das Handwerk im Kammerbezirk nach vier Jahren Nationalsozialismus kaum ein besseres Bild als in den Jahren davor. Im Gegenteil: betrachtet man den Anteil des Handwerks am Gesamtsteueraufkommen im Kammerbezirk, so steht es 1935 schlechter da als 1932! Damals betrug das Gesamtsteueraufkommen für den Kammerbezirk 26 Millionen RM, der Anteil des Handwerks daran 7,2 Millionen. 1935 ist das Gesamtsteueraufkommen auf 24,6 Millionen abgesunken, der Anteil des Handwerks aber auf 5,8 Millionen, also überproportional stark. Auch die Zahl der selbstständigen Handwerker geht zurück.

Die Kammer beklagt denn auch in ihrem Jahresbericht für 1937/38, die Verdienstmöglichkeiten im Handwerk seien nach wie vor begrenzt; darunter leide die Kapitalbildung und damit die wirtschaftliche Beweglichkeit der Handwerkerschaft.

Wirtschaftlicher Aufschwung:

Ab 1936 profitiert das Handwerk von der Rüstungskonjunktur

Doch spätestens 1936/37 ändert sich dieses negative Gesamtbild. Jetzt profitiert auch das regionale Handwerk zunehmend von der Rüstungskonjunktur. Im Geschäftsbericht vom 1. April 1937 bis 31. März 1938 wird der im Sommer 1937 einsetzende Aufschwung im regionalen Handwerk vor allem auf die Auswirkungen des Vierjahresplans zurückgeführt, der (dies ist allerdings geheim) alle personellen, finanziellen und ökonomischen Ressourcen Deutschlands für den kommenden Krieg mobilisieren soll. Es müssen Devisen dadurch gespart werden, dass man den Import drosselt und Ersatzstoffe entwickelt, kurz gesagt: die Regierung versucht, die deutsche Wirtschaft autark zu machen. Im Geschäftsbericht für 1938 allerdings wird der Vierjahresplan etwas anders begründet: *»Der Vierjahresplan wurde ja nicht proklamiert, um den fremden Volkswirtschaften zu schaden, sondern war zunächst ein Akt der Notwehr. Wenn man uns nichts abkauft und damit auch keine Devisen in die Hand gibt, können wir auch vom Ausland nichts kaufen. Bei unserem Mangel an gewissen natürlichen Rohstoffen mussten wir einmal sparsam mit diesen umgehen und zum anderen darnach trachten, sie durch vollwertige heimische Roh-*

23. September 1935:
Einzug ins »Haus des deutschen Handwerks in Berlin.

Februar 1936:
Der erste Volkswagen rollt.

Juni 1936:
Max Schmeling schlägt Joe Louis.

1937:

Fast 600 Meister legen in Reutlingen die Prüfung ab.

Mai 1937:

Zeppelin Hindenburg explodiert in Lakehurst.

Mai 1937:

Die Kammer bemerkt in ihrem Geschäftsbericht, dass das Handwerk in der Region von der Konjunktur der Wirtschaft profitiert.

stoffe zu ersetzen oder für sie neue zu erfinden. Wenn man aber etwas weiter denkt, wird man zu der Erkenntnis kommen, dass sich ein Staat selbst bei normalen wirtschaftlichen Beziehungen nicht auf die Rohstoffe anderer Länder verlassen kann, ohne sich in die politische Abhängigkeit dieser Länder zu begeben. Zur Erringung der politischen Freiheit ist neben einem scharfen Schwert auch eine starke und gut ausgebaute Binnenwirtschaft, die sich notfalls mit allem selbst versorgen kann, erforderlich.» Diese »Aufklärung« der Handwerksmeister lässt darauf schließen, dass sich in ihren Reihen Unmut äußert über die negativen Auswirkungen des Vierjahresplans. Denn Rohstoffmangel, Qualitätsminderung, Facharbeitermangel, Bevorzugung der Industrie und Nachwuchssorgen werden im Handwerk wohl direkt mit den Belastungen durch den Autarkiekurs des Reiches in Verbindung gebracht.

Die Kammer berichtet jetzt jedenfalls von einer guten Beschäftigungslage im Handwerk; manche Handwerksmeister sind sogar »sehr gut beschäftigt«. Im Allgemeinen ist der Umsatz derselbe wie 1936, doch »nicht selten« erhöht er sich um bis zu zehn Prozent. Besonders begrüßt wird, dass jetzt auch die Landwirtschaft wieder verstärkt handwerkliche Leistungen nachfragt. Jetzt profitiert auch das Landhandwerk, das seit langem gegenüber dem städtischen zurücklag, vom Aufschwung.

Aber es gibt nach wie vor dunkle Punkte. An erster Stelle steht der Rohstoffmangel, besonders bei Eisen und Stahl. Die Verwendung von Ersatzstoffen ist problematisch. Handwerksarbeit ist nach wie vor individuell und geringere Rohstoffqualität bedingt geringe Produktqualität. Die Erfah-

rungen mit den neuen Werkstoffen sind nicht allzu gut, die Bevölkerung müsse sich erst langsam an sie gewöhnen, wie es im Geschäftsbericht heißt.

Die auf immer höheren Touren laufende Rüstung bedingt zudem einen Facharbeitermangel. Die Industrie zahlt weit höhere Löhne als das Handwerk. Vor allem junge Handwerker erliegen den Verlockungen. Dem tritt das Handwerk mit der verstärkten Lehrlingsausbildung entgegen. In der Tat steigt die Zahl der Lehrlinge im Kammerbezirk seit 1933 stark an. Waren es damals insgesamt 4.071, so sind es 1936 bereits 5.647.

Viele Meister sind gezwungen, höhere Löhne zu zahlen, um Facharbeiter halten zu können. Das darf sich aber nicht auf die Preise auswirken, denn seit November 1936 besteht die Preisstoppverordnung. Trotz hohem Auslastungsgrad wird der Profit der Handwerker immer kleiner.

Metall verarbeitende Handwerker profitieren überdurchschnittlich von der Rüstung, besonders Mechaniker und Maschinenbauer. Diese Branche leidet kaum unter Rohstoffmangel, da sie vor allem Export- und Heeresaufträge erledigt. Auch das Bauhandwerk ist sehr gut beschäftigt. Die anderen Handwerke sind weniger stark am Aufschwung beteiligt. Das Nahrungsmittelhandwerk, Schneider und Schuster berichten über gleich bleibenden Geschäftsgang. Als Zeichen für die Erholung des Handwerks seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 wird aufgeführt, dass die Zahl der Handwerker-Konkurse 1937 nur 13 beträgt gegenüber über 55 im Jahr 1929 und 26 im Jahr 1936.

Vor Kriegsausbruch: Die überhitzte Konjunktur bereitet der Kammer Sorgen

Im Juni 1939, wenige Wochen vor Kriegsausbruch, zeigt sich die Kammer in ihrem Geschäftsbericht besorgt darüber, dass der zuvor noch begrüßte Aufschwung in eine völlig überhitzte Konjunktur umzukippen droht. Sie spricht davon, dass die Aufgaben des zweiten Vierjahresplans »höchste Anforderungen an die Leistungsfähigkeit von Mensch und Maschine« stellen. Der Facharbeitermangel habe trotz erhöhter Arbeitszeit und Rationalisierung nicht behoben werden können; der Bedarf an Rohstoffen sei um ein Vielfaches gestiegen und habe nur durch den »Einsatz deutscher Werkstoffe« »verhältnismäßig« gedeckt werden können.

Besonders betroffen von Material- und Arbeitskräftemangel ist das Bauhandwerk. Manche Bekleidungshandwerke können trotz »deutscher Fasern« nicht alle Aufträge erledigen. Dem Metall verarbeitenden Handwerk fehlt es nicht an Arbeit, sondern an Arbeitskräften und Rohstoffen.

Der Ersatz bisher importierter Rohstoffe durch »deutsche Werkstoffe« ist kurz vor Kriegsausbruch in vollem Gange. Die Umstellung auf neue Textilfasern ist noch nicht abgeschlossen, die Handwerker müssen die neuen Stoffe erst kennen lernen. Metzger ersetzen Naturdärme durch Kunstdärme, Elektriker Eisen, Stahl und Kupfer durch Aluminium und Pressstoffe. Dabei müssen sich nicht nur die Handwerker auf Lehrgängen über die Arbeit mit den neuen Stoffen informieren; auch die Kunden müssen über Vor- und Nachteile der »Ersatzstoffe« aufgeklärt werden. Die Arbeitsbelastung der Handwerker nimmt zu, immer häufiger müssen Familienangehörige mithelfen, etwa im Büro.

Als einzigen Ausweg sieht die Kammer den verstärkten Einsatz von Maschinen und den Zusammenschluss in Produktionsgenossenschaften. Allerdings besteht die Gefahr, dass der Materialmangel die Ausnutzung der Maschinen unmöglich macht. Zudem ist dies nur scheinbar ein Ausweg: die Lieferung von Maschinen dauert lang, sie werden, wie auch Rohstoffe, bevorzugt an die Industrie abgegeben. Das Gleiche gilt übrigens für Holz; die Produktion der Sägewerke im Nordschwarzwald ist oft auf Monate hinaus im Voraus verkauft, Kleinverbraucher unter den Handwerkern sitzen auf dem Trockenen.

12. März 1938:
Anschluss Österreichs.

9. November 1938:
»Reichskristallnacht«.

21. Dezember 1938:
Gesetz zur pflichtmäßigen Altersversorgung der Handwerker.

Gertrud Weiß aus Tübingen, erste Schlossermeisterin in Deutschland (1934).



1938:

Neue Aufgaben bedeuten für die Reutlinger Kammer erhöhten Personalbedarf; jetzt arbeiten 6 Beamte für die Kammer, der Haushalt beträgt 190.000 RM.

11. August 1938:

Reichswirtschaftsministerium genehmigt Erweiterungsbau der Reutlinger Kammer.

Der Papierkrieg für den einzelnen Betrieb nimmt zu. Die Obermeister werden zudem durch die Verteilung von Kontrollnummern belastet. Eine Stichprobenerhebung zeigt, dass zwölf Betriebe 1936 zusammen 800 t Eisen und Stahl verbraucht haben, 1938 nur noch 600 t bei einem tatsächlichen Bedarf von 900 t. Manche Handwerksbetriebe drohen damit, zur Industrie überzutreten, falls sie als Handwerker nicht genügend Metall erhalten. Andere versuchen, durch unerlaubte Anforderungen in den Besitz von Rohstoffen zu kommen.

Wenige Wochen, nachdem die Reutlinger Kammer dieses Bild einer vollkommen überlasteten Handwerkswirtschaft zeichnet, bricht der Krieg aus.

Kammeralltag von 1933–1939: Neue Verordnungen bringen eine Menge Arbeit – und die Kammer an den Rand ihrer Kapazität

Die Kammer muss viel Alltagsarbeit leisten. Die Einführung der Handwerksrolle im Januar 1935 etwa bringt eine Menge Verwaltungsaufwand. Außerdem muss jetzt jeder Handwerker, der einen Betrieb führen oder Lehrlinge ausbilden will, einen Ausweis beantragen und bei Gewerbebehörde und Steuerbehörde vorlegen. Auch der große Befähigungsnachweis ist mit viel Aufklärungs-, Auskunfts- und Schreibearbeit verknüpft.

Die gelenkte Wirtschaft will nicht, dass viele Jugendliche in Modeberufe drängen – wie etwa Konditor, Friseur, Elektromechaniker und Metzger –, während andere, gesamtwirtschaftlich wichtige Bereiche unter Nachwuchsmangel leiden. In Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern versuchen Kam-

mer und Innungen, die Lehrlinge in Berufe zu vermitteln, an denen (so heißt es in den im August 1935 verabschiedeten »Richtlinien zur Lehrlingsauslese«) die Wirtschaft besonderen Bedarf hat. Dieser Grundsatz steht gleichberechtigt neben der Eignung des Lehrlings für den jeweiligen Beruf. Um der Wirtschaft genügend Lehrlinge in Berufen mit Facharbeitermangel zur Verfügung stellen zu können, werden sogar die Verordnungen über Lehrlingshöchstzahlen gelockert – was aber zur Folge haben kann, dass die Ausbildung nicht mehr auf höchstem Niveau stattfindet. Um die Qualität der Ausbildung trotzdem kontrollieren zu können, wird in allen Handwerken die Zwischenprüfung für Lehrlinge eingeführt.

Nach der Einführung des großen Befähigungsnachweises wächst der Bedarf an Meistervorbereitungskursen. In Reutlingen wird deshalb eine »Meisterschule mit lagermäßiger Unterbringung« eingerichtet. Außerdem müssen sich die Handwerker mit neuen Werkstoffen vertraut machen, es gibt neue Verordnungen zur Buchführungspflicht und Kalkulation. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist mit sechs Unterrichtsstunden Bestandteil der Meistervorbereitung.

Das Handwerk scheint endgültig in die Ideologie des Nationalsozialismus eingebunden. Es bleibt die Frage, wie sehr die Handwerker diese Vorgaben und Bedürfnisse verinnerlichen. Zweifellos sind gerade junge Menschen, die schon einige Jahre in der Hitlerjugend indoktriniert wurden, bereit, diese Werte auch als junge Handwerker für sich zur Maxime zu machen. Andererseits sind viele Gesellen eher am besseren Verdienst in der Industrie und die Meister am Profit interessiert. Man wird

wohl mit einiger Sicherheit sagen können, dass das Handwerk der Region der Ideologie des Nationalsozialismus insoweit fern steht, als es wie eh und je am wirtschaftlichen Ergebnis seines Tuns interessiert ist – und weniger an hohlen Phrasen.

In den Bereich neue Ideologie gehört wohl auch die Einrichtung von »Ehengerichten« für das Handwerk. Hier sollen Meister abgestraft werden, die sich einer »unanständigen Gesinnung« schuldig gemacht haben. In der Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom Januar 1934 wird der Begriff der »handwerklichen Ehre« wieder in den Vordergrund gestellt. Was allerdings genau eine »unanständige Gesinnung« ausmacht, das wird nicht klar.

Die Handwerksarbeiten sollen im Nationalsozialismus »deutsches Wesen« versinnbildlichen. Im Geschäftsbericht der Kammer von 1937 heißt es hierzu: *»Ein so gewaltiger Umbruch des deutschen Lebens, wie ihn der Nationalsozialismus vollzogen hat, muss sich natürlich auch im handwerklichen Schaffen bemerkbar machen. Der Handwerker von heute hat den Grundstock zu legen und in ehrlichem Bemühen bestrebt zu sein, Fremdes aus unserem Denken und Schaffen auszuschalten. Das bedeutet eine radikale Abkehr von allen gleichmachenden, typisierenden Tendenzen und eine Hinwendung zu den schöpferischen Kräften des Handwerkers.«* Da der einzelne Meister mit diesen schwammigen Aussagen womöglich nur wenig anfangen kann, ernennt die Reutlinger Kammer einen Kulturwart. Er soll zum Beispiel darauf achten, dass keine Wohnungseinrichtungen hergestellt werden, die nicht dem deutschen Wesen entsprechen. Und um ganz

sicher zu sein, versichert sich die Kammer der Mitarbeit des »hervorragenden Kenners und Vermittlers deutscher Volkskultur«, Professor Bebermeyer aus Tübingen.

Die Kammer kommt auch in anderen Bereichen in engen Kontakt mit wissenschaftlichen Instituten. So versucht der Reichsstand des Deutschen Handwerks, sich einen genauen Überblick über die reichsweite Verteilung des Handwerks zu verschaffen. Mit Kartenwerk aus statistischen Erhebungen der Kammern will man Neugründungen von Betrieben in Gebieten verhindern, die bereits übersetzt sind, während in anderen, vor allem ländlichen, die Versorgung mit handwerklichen Produkten und Dienstleistungen immer mehr nachlässt.

Juni 1939:

Die Reutlinger Kammer zeigt sich besorgt über den Facharbeiter und Rohstoffmangel.

1. September 1939:

Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.



22. Dezember 1939:
Otto Hahn berichtet über die erste Kernspaltung.

22. Juni 1941:
Beginn des Feldzuges gegen die UdSSR.

An der Universität Tübingen macht sich Ernst Schwenk vom Institut für württembergische Wirtschaft daran, die Lebensbedingungen des Handwerks im Kammerbezirk zu untersuchen. Er kann auf eine Fülle statistischen Materials zurückgreifen, das zum Teil von der Kammer erhoben wurde. Wieder wird deutlich, dass die Ressourcen der regionalen Handwerkswirtschaft im Interesse der Gesamtwirtschaft besser nutzbar gemacht werden sollen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind nicht nachprüfbar, ebenso wenig, wie genau und zuverlässig die Daten sind, die zum großen Teil aus einer Fragebogenaktion der Kammer gewonnen wurden. Einige offensichtliche Charakteristika des regionalen Handwerks, wie sie Schwenk zu Tage bringt: die Handwerkerdichte im Kammerbezirk ist sehr hoch. Der Reichsdurchschnitt liegt bei 24,3 (Betriebe auf 1000 Einwohner), der württembergische bei 34, der Reutlinger jedoch bei 37. Das ist auf

die Tatsache zurückzuführen, dass in dem nach wie vor ländlich geprägten Bezirk sehr viel Kleinlandwirte Nebenberufshandwerker sind. Es gibt auch innerhalb des Bezirks bedeutende Unterschiede; so beträgt die Handwerkerdichte im Raum Reutlingen 26,9, im Raum Nagold jedoch 44.

Erstaunlich ist der Grad der Motorisierung im regionalen Handwerk. So verwenden 88,1 Prozent der Nahrungsmittelhandwerke im Reutlinger Raum Motoren (im Reichsdurchschnitt 65,0 Prozent), 70,4 Prozent der Holzhandwerker (52,0 Prozent), 68,4 Prozent der Metallbetriebe (38,0 Prozent), 24,3 Prozent der Bauhandwerker (11,0 Prozent) und 16,8 Prozent der Betriebe im Bekleidungshandwerk (9,0 Prozent). Eigentlich müsste dies auf eine bessere Ertragssituation der regionalen Betriebe hinweisen, was aber scheinbar nicht zutrifft. Vielleicht ist es nur der schwäbische Tüftlergeist, der hier zum Ausdruck kommt.



Traditioneller Bereich der Kammerarbeit ist die Gewerbeförderung. Öffentliche Aufträge sind in den Augen der Reutlinger Kammer die beste Gewerbeförderung überhaupt; sie versucht daher, den Betrieben im Bezirk so viele Aufträgen wie möglich zu sichern.

Beim Landesgewerbeamt in Stuttgart wird eine »Betriebswirtschaftsstelle des württembergischen Handwerks« eingerichtet. Unter deren Leitung werden im Kammerbezirk Vorträge zur technischen Betriebsführung, Buchführung, Kundenwerbung und -behandlung gehalten, es gibt Film- und Elektroschweißvorführungen und Auskunft über Rohstoffe, Betriebsumstellungen oder Austauschstoffe. Der Gewerbeförderung sollen auch Sonderaktionen dienen. Zum Beispiel die »Sonderwerbung zu Weihnachten« 1937, für die der Reichsstand des deutschen Handwerks Plakate zur Verfügung stellt und die Handwerker des Kreises Freudenstadt Spielzeug aus Abfällen basteln, das von der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) verteilt wird. Damit, so lobt der Kammerbericht, wird der Blick der Öffentlichkeit auf die Belange des Handwerks gerichtet.

In Zusammenarbeit mit der »Ausfuhrförderungsstelle des deutschen Handwerks« in Berlin fördert die Kammer den Export aus regionalen Betrieben. Traditionell gehen vor allem chirurgische Feininstrumente und Messgeräte für Kliniken ins Ausland. Auch Zubehörteile für Textilmaschinen, Brauereieinrichtungen, Textilien, Handschuhe, Präzisionswerkzeuge werden exportiert. Möbel und Sportgeräte (Skier aus dem Schwarzwald) gehen vor allem in die Schweiz und

nach Frankreich. Regionale Handwerksbetriebe verkaufen Produkte bis nach Ägypten und Japan, die USA und China. Die Kammer versucht, Betriebe auf die Möglichkeit des Exports hinzuweisen. Sie leistet Hilfestellung bei Zollfragen, der Beschaffung von Bescheinigungen oder Beglaubigung von Rechnungen.

Die Zeiten, in denen der Syndikus zusammen mit einem Hilfsbeamten und zwei Schreibkräften die gesamten Aufgaben erledigen konnte, sind vorbei. 1937 arbeiten fünf Beamte und zehn Angestellte, 1938 sechs Beamte und zehn Angestellte und im Jahr vor Kriegsausbruch fünf Beamte und 14 Angestellte bei der Kammer.

Der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt beläuft sich auf rund ein Drittel – deutlich weniger als in den 20er Jahren, als der Anteil bis zu zwei Drittel betrug. Dafür wachsen sachliche Verwaltungsausgaben und vor allem Beiträge zu Organisationen immens: 1938 auf über 20.000 RM bei einem Gesamthaushalt von 190.000 RM!

Der Kammerhaushalt steigt kontinuierlich. Für das Geschäftsjahr 1933/34 beläuft er sich auf 140.000 RM, für 1938/39 auf fast 190.000 RM. Dadurch steigt auch der durch Beiträge der Betriebe zu deckende Abmangel von etwa 100.000 RM auf 150.000 RM. Da bis 1936 die Ertragslage nicht sehr gut ist, ist dies zweifellos eine immense finanzielle Belastung der Betriebe. Jeder Betrieb muss einen Grundbetrag zahlen, der zudem bis 1938 von drei auf vier Mark angehoben wird.

2. Februar 1943:
Die 6. Armee kapituliert in Stalingrad.

1943:
8.000 Betriebe im Kammerbezirk arbeiten ausschließlich für die Rüstung.



1. April 1943:

Die Handwerkskammer Reutlingen wird aufgelöst und geht in der Gauwirtschaftskammer auf.

27. April 1943:

Auflösung des Deutschen Handwerks und Gewerbetagess; Eingliederung in die Reichswirtschaftskammer.

Die wachsende Bedeutung der Kammer für das regionale Handwerk zeigt sich in dem am 11. August 1938 vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Erweiterungsbau der Kammer. Der 80.000 RM teure Bau wird notwendig vor allem wegen der steigenden Zahl von Meisterprüfungen und Vorbereitungskursen.

Die alte Verwaltungseinteilung nach Oberämtern wird zum 1. Oktober 1938 aufgehoben. Es entstehen neue Kreiseinteilungen, die bis in die 1970er Jahre hinein gültig bleiben. Aufgehoben werden im Kammerbezirk Reutlingen die Oberämter Herrenberg, Naggold, Neuenbürg, Oberndorf, Rottenburg, Spaichingen, Sulz und Urach. Die Kammer wird zuständig für die neuen Kreise Balingen, Calw, Freudenstadt, Horb, Nürtingen, Reutlingen, Rottweil, Tübingen und Tuttlingen. Damit ändern sich auch die Zuständigkeitsbereiche der Kreishandwerkerschaften und der Innungen. Die Zahl der Kreishandwerkerschaften sinkt nach der Neueinteilung von 17 auf neun und die der Innungen von 355 auf 254.

Die Kammer zwischen Machtergreifung und Kriegsausbruch: Ein Fazit

Die sechseinhalb Jahre zwischen Machtergreifung und Kriegsausbruch fallen eher zum Nachteil des Handwerks aus. Zwar sind unter der NS-Herrschaft wichtige Forderungen des Handwerks erfüllt worden, etwa die Pflichtinnungen (zusammengefasst in Kreishandwerkerschaften) und der große Befähigungsnachweis. Auch profitiert das Handwerk seit etwa 1936 vom wirtschaftlichen Aufschwung. Aber: das Handwerk verliert viel an Selbstständigkeit – nicht zuletzt durch die Fülle

neuer Verordnungen. Im wirtschaftlichen Gefüge des Reiches hat das Handwerk eher weniger Einfluss auf staatliche Maßnahmen als in der Zeit zuvor.

Rohstoffbewirtschaftung, Ersatzstoffe, Exportförderung und Importdrosselung, Verteilung der Lehrlinge nach Bedarf, zunehmende Kontrolle der Handwerker durch Pflichtinnungen und Handwerksrolle, Raumplanung, statistische Erfassung, ideologische und ästhetische Vorgaben – das alles sind Grundlagen für die »gelenkte« Planwirtschaft. Der Handlungsspielraum des Handwerks und der Meister wird immer enger. Diese Entmündigung des Handwerks kommt zwar erst während des Kriegs zum Durchbruch; die Fundamente werden schon jetzt gelegt.

Das Handwerk im Krieg: »Kriegsunwichtige« Firmen werden ausgetrocknet

Der Krieg bricht im September 1939 aus. Anders als im Ersten Weltkrieg wird versucht, durch Streuung der Aufträge auch die mittleren und kleinen Betriebe zu beschäftigen. Denn die NS-Führung befürchtet, dass der radikale Rückgang ziviler Verbrauchsgüter und Dienstleistungen zu Unruhen in der Bevölkerung führen könnte. Aber: diese Zurückhaltung bei der Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft lässt sich nicht lange durchhalten. Die Bedürfnisse der Wehrmacht werden immer dringender.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr werden »kriegsunwichtige« Betriebe stillgelegt, desto mehr werden Personal und Kapazitäten der Rüstung und der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Rohstoffe

werden immer stärker vom zivilen auf den militärischen Sektor umgelenkt. Das Handwerk wird doppelt getroffen – zum einen von der personellen Mobilisierung, zum anderen vom regelrechten »Austrocknen« vieler kleiner Betriebe.

Seit der Jahreswende 1941/42 ist klar, dass der Krieg langwierig sein, einen immensen Bedarf an Rüstungsgütern und immer mehr Soldaten fordern wird. Ende 1941 wird bestimmt, dass die Wirtschaft auf allen Ebenen durch Konzentration von Betrieben und Produktion nicht nur mehr Güter herstellen, sondern auch Personal sparen soll. Insgesamt sinken die Beschäftigtenzahlen bis zum Sommer 1942 in jenen Wirtschaftszweigen besonders stark, die eng mit handwerklicher Produktion zu tun haben: Bau, Textil, Leder, Lebensmittel und Holzverarbeitung. Gleichzeitig wachsen die Beschäftigtenzahlen in der Rüstungsindustrie. Anders gesagt: immer mehr Handwerker sind entweder beim Militär, arbeiten in der Schwerindustrie oder ihr Betrieb wird geschlossen. Zwischen 1942 und 1944 sinkt die Zahl der im Handwerk Beschäftigten reichsweit um 222.000.

Handwerksbetriebe werden bei so genannten »Auskämm- und Stilllegungsaktionen« nach brauchbaren Maschinen durchsucht, die in der Industrie eingesetzt werden können. Da das württembergische Handwerk besonders stark motorisiert ist, ist es besonders hart betroffen. Ziel der Aktion: Menschen, Räume und Energie für den totalen Kriegseinsatz zu sparen. Die Handwerkskammern müssen den Landesarbeitsämtern Betriebe benennen, die stillgelegt oder mit anderen zusammengelegt werden sollen. Dass dies nicht immer glatt abläuft und so mancher Meister gegen die verord-

nete Schließung protestiert, zeigt ein Artikel im »Württembergischen Handwerk« im Oktober 1944: *»Es lassen sich zahllose Beispiele aus dem Handwerk anführen, die zeigen, dass gerade in diesem Berufszweig viele betagte Arbeitskräfte eine wichtige Tätigkeit im Interesse der Kriegswirtschaft ausüben, die in der Industrie nicht mehr eingesetzt werden können.«* Das ist mehr als nur leiser Protest; es ist ein Signal, dass man an den Rand des Erträglichen gekommen ist. Weitere Aktionen dieser Art würden dem Handwerk für die Zeit nach dem Kriege endgültig den Boden entziehen.

Laut Angaben des ehemaligen Reutlinger Kammervorsitzenden und Gauhandwerksmeister Baetzner sieht es für das regionale Handwerk nicht allzu schlecht aus. Anfang 1943 arbeiten 8.000 Handwerksbetriebe ausschließlich für die Rüstung, weitere 11.000 sind mit Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten beschäftigt (solche Betriebe sind von der Stilllegung verschont). Trotzdem: die Betriebs- und Mitarbeiterzahlen gehen zurück.

Die Kammer wird aufgelöst: Als Gauwirtschaftskammer ist sie nur Handlanger staatlicher Planung und Kriegswirtschaft

Am 1. April 1943 wird die Reutlinger Handwerkskammer aufgelöst und geht in der neuen »Gauwirtschaftskammer« auf. Die Reform des Kammersystems in Deutschland mit dem Ziel der Vereinfachung und Einsparung wird seit 1940 diskutiert. 1941 gibt es in Deutschland 105 Industrie- und Handelskammern und 71 Handwerkskammern neben 29 Landwirtschaftsämtern, 24 Reichswirtschaftsstellen und 7 Reichs-

gruppen mit 52 Wirtschaftsgruppen und 240 Fachgruppen. Der Widerstand bei den Betroffenen kann aber vom Reichswirtschaftsministerium gebrochen werden. Besonders widerspenstig: das Handwerk – es ist am wenigsten bereit ist, seine noch verbliebenen Selbstverwaltungsrechte aufzugeben.

Hinter der Idee, die bisherigen Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern in einer Gauwirtschaftskammer zu vereinigen, steht nicht nur die Vorstellung, so zu einer straffen, Personal und Kosten sparenden Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu kommen. Dahinter verbirgt sich vor allem die Absicht der Nationalsozialisten, die bislang noch selbstverwalteten Wirtschaftsvertretungen zu Befehlsempfängern der Partei zu machen. Von nun an melden Partei – der Gauleiter hat in den Gauwirtschaftskammern Mitbestimmungsmöglichkeiten –, Wehrmacht und Staat ihre Ansprüche an die Wirtschaft direkt über die Gauwirtschaftskammern an und lenken Produktion, Rohstoff- und Arbeitskräftezuteilung. Dies hat nichts mehr mit der Selbstverwaltung der Wirtschaft, wie sie 1897 für das Handwerk geschaffen wurde, zu tun. Die Kammern sind nur noch Ausführungsorgane staatlicher Planung.

Die Aufgaben der Handwerkskammer Reutlingen übernimmt zum einen die Abteilung Handwerk der Gauwirtschaftskammer Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart (deren Vizepräsident der Landeshandwerksmeister und ehemalige Reutlinger Kammervorsitzende Baetzner wird). Zum anderen erhält die Zweigstelle der Gauwirtschaftskammer in Reutlingen ein »Handwerksreferat«. Damit hat sich auch der Zuständig-

6. Juni 1944:

Die Alliierten landen in der Normandie.

März 1945:

Reutlingen wird von Bomben schwer getroffen; die Kammer weicht vor der französischen Armee nach Willmandingen aus und erlebt dort das Kriegsende.

keitsbereich, wie er seit 1938 bestand, geändert. Jetzt kommt auch der hohenzollerische Kreis Hechingen in den Bereich der Zweigstelle Reutlingen und ihres »Handwerksreferats«, daneben die Kreise Balingen, Reutlingen, Nürtingen, Tübingen, Rottweil, Horb und Tuttlingen.

Das Handwerk im Reich hegt starke Bedenken gegen die neuen Gauwirtschaftskammern. Vor allem Reichshandwerksmeister Schramm kämpft entschlossen, wenn auch erfolglos, für die Selbstständigkeit des Handwerks. Im Mai 1942 teilt er den Präsidenten der Handwerkskammern mit, er werde sich, gestützt auf die einheitliche Zustimmung der Kammern, weiterhin für die Selbstständigkeit und Selbstverwaltung der Handwerkskammern einsetzen, »weil es sich hier m. E. um die entscheidende Frage für das Handwerk handelt.« Schramm kündigt an, gegenüber Reichswirtschaftsminister Funk die Belange des Handwerks zur Geltung bringen zu wollen. Er fordert die Kammern auf, keine Vorbereitungen für ihre Eingliederung in die Gauwirtschaftskammern zu treffen. Dennoch: Der Widerstand des Reichshandwerksmeister rettet die Handwerkskammern nicht. Dass die Handwerksabteilungen der künftigen Gauwirtschaftskammer wie bisher in den Gebäuden der Handwerkskammern residieren darf, wird bereits als Erfolg gewertet.

Über die Arbeit der Handwerksabteilung in der Gauwirtschaftskammer Württemberg-Hohenzollern ist wenig bekannt. In den noch fast zwei Jahren bis Kriegsende muss ein totaler Papierkrieg geführt werden, etwa bei der Rohstoffzuteilung, Stilllegungsaktionen, Rationalisierung und Einsatz von Ersatzstoffen, Einberufungen und u.k.-Stel-

lungen, bei Preis- und Lohnbildung. Daneben wird versucht, die »eigentlichen« Aufgaben der Handwerkskammern weiterzuführen, wie die Lehrlingsausbildung. Die Berufsausbildung stößt nach Kriegsausbruch auf große Schwierigkeiten, die mit dem steigenden Personalbedarf der Wehrmacht noch anwachsen. Die Kammer versucht mit ungewöhnlichen Mitteln, diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken, z. B. mit einem Fernkurs zur Meisterausbildung.

Ein Blick allein in eine Ausgabe des offiziellen Organs des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, den R.H.-Nachrichten vom 1. Mai 1942, zeigt, wie viel Bürokratie der Krieg dem Handwerk und seinen Organisationen auferlegt. Es wird über folgende neue Verordnungen informiert: Durchführung des §22 Kriegswirtschaftsordnung für Handwerksbetriebe mit einem Jahresumsatz bis zu 50.000 RM (Gewinnprüfung zum Zweck der angemessenen Preisbildung); Vereinfachung bei der Herstellung von Eisen-, Stahl- und Blechwaren (es dürfen z. B. nur noch elf Arten von Scheren hergestellt werden, darunter eine leichte Damenschneiderschere und eine größere Schneiderschere); neue Bestimmungen zum Bezug von Zinkblech und Schuhzubehör; Ergänzung des Stundenlohnerlasses in der Bauwirtschaft.

In derselben Ausgabe wird auch eine Verordnung veröffentlicht, wonach falsche Angaben über den Bedarf von Rohstoffen mit schweren Strafen geahndet werden – bis hin zur Todesstrafe. Es gibt auch praktische Tipps: »So geht's nicht! Richtige Anträge ersparen Papierkrieg.« Ein weiteres Gesetz regelt die Schaufenstergestaltung: »In den Schaufenstern von Handwerksbetrieben dürfen in der Regel nur solche

Waren ausgestellt werden, die verkäuflich und vorrätig oder in absehbarer Zeit lieferbar sind.»

Nicht nur der Papierkrieg greift nach dem Handwerk; auch der tatsächliche, blutige Krieg. Stuttgart versinkt zunehmend in Schutt und Asche. Im Oktober 1944 muss die Zeitschrift »Württembergisches Handwerk« eine lange Liste mit neuen Adressen veröffentlichen – 40 Bezirksstellen des württembergisch-hohenzollerischen Handwerks, 17 Landesinnungen und 23 Stuttgarter Innungen sowie die Geschäftsstellen von 13 Landeslieferungsgenossenschaften müssen umziehen. Reutlingen, das die Zweigstelle der Gauwirtschaftskammer beherbergt, bleibt relativ lange von Bombenangriffen verschont; im März 1945 wird auch die Stadt unter der Achalm schwer getroffen. Die Räume der Zweigstelle bleiben unbeschädigt, trotzdem weicht man vor der anrü-

ckenden französischen Armee nach Willmandingen auf der Schwäbischen Alb aus. Dort erlebt die Zweigstelle und mit ihr das, was institutionell von der Handwerkskammer Reutlingen übrig geblieben ist, das Kriegsende.

30. April 1945:
Hitler begeht Selbstmord.

April 1945:
Der Kammerbezirk steht unter französischer Militärverwaltung.

7. Mai 1945:
Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht.





Die Nachkriegsjahre

» Die Versorgungslage nach
1945 ist verheerend.

*Verkehrsverbindungen
sind unterbrochen.*

Züge fahren nicht.

Kohle bleibt lange Jahre

absoluter Mangel. «



Die Handwerkspolitik stößt an neue Grenzen

Das Handwerk in den vier Besatzungszonen

Buchstäblich vor dem Nichts stehen viele Handwerker nach der Kapitulation Deutschlands. Viele Meister und Gesellen sind im Krieg gefallen oder in Gefangenschaft. Die Handwerkswirtschaft liegt am Boden. Für Handwerkspolitik bleibt beim Überlebenskampf im täglichen Leben zunächst keine Zeit. Die Besatzungsmächte teilen Deutschland in vier Zonen auf. Die Franzosen übernehmen Südwestdeutschland, also auch den Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen.

In der britischen Besatzungszone wird am 15. September 1945 die NS-»Wirtschaftskammer« aufgelöst und damit für das Handwerk der Weg in die organisatorische Selbstständigkeit geebnet.

In der französischen Zone gestattet die Militärregierung unter Wiedereinführung des demokratischen Wahlverfahrens grundsätzlich die bis dahin bestehenden Organisationsstrukturen. Und: sie hebt die »Wirtschaftskammern« auf und stimmt zu, dass in Freiburg eine Handwerkskammer errichtet werden kann. Widerstand gibt es von den Industrie- und Handelskammern. Sie sehen

sich als Nachfolger der Gauwirtschaftskammern und halten die Handwerkskammern für überflüssig. Trotzdem kann das Handwerk in der französischen Zone auf die »alten« Handwerksrechte bauen. Die am 5. November 1947 in Kraft tretende »Rechtsordnung zur Ordnung des Handwerks« ist wortgleich mit der 1. Handwerksordnung von 1934.

Anders in der amerikanischen Zone: das unter US-Flagge arbeitende Handwerk sieht sich der grenzenlosen Gewerbefreiheit gegenüber; eine wie auch immer lautende Handwerksordnung gibt es nicht.

Verstaatlichung des Handwerks und kommunistisch-zentralistische Planwirtschaft bestimmen das Leben der Handwerker in der sowjetischen Zone (DDR). Handwerkliche Selbstverwaltungsstrukturen gibt es nicht. Die Innungen werden zu »Berufsgruppen«, die Handwerkskammern staatlich gesteuert. Alle anderen Organisationen des Handwerks werden verboten.

Zwischen die Handwerker in Ost- und Westdeutschland senkt sich der Vorhang des kalten Krieges.

Neubeginn unter französischer Besatzung: Verheerende Versorgungslage macht dem Handwerk zu schaffen

Im April 1945 besetzen französische und amerikanische Truppen das Gebiet Württembergs und Hohenzollerns. Für Deutschland schlägt die »Stunde Null«. Viele Handwerksbetriebe stehen aber nicht vor dem vollständigen Neubeginn: es muss Brot gebacken und es müssen Häuser repariert werden, Fahrräder brauchen neue Schläuche. Die Handwerker machen auch nach dem Einmarsch der Franzosen weiter. Vorausgesetzt, sie sind keine ausgesprochenen Nazis, die meist die Flucht ergreifen – wie Baetzner, Landeshandwerksmeister, Vizevorsitzender der Gauwirtschaftskammer und früherer Kammerpräsident. Er setzt sich ins Allgäu ab, wird gefangen und für mehrere Jahre ins Internierungslager Balingen gebracht.

Die Wirtschaftspolitik in der französischen Zone – also auch im Kammerbezirk Reutlingen – unterscheidet sich stark von der in anderen Zonen. Ziel der Franzosen ist, möglichst viel aus ihrem besetzten Gebiet herauszuholen: Fleisch, Holz, Maschinen, Strom, Kohle, Industriegüter. Wohl deshalb nehmen die Franzosen die Entnazifizierung nicht so wichtig, wie die Briten und Amerikaner. Die Wirtschaft muss gut funktionieren, dazu darf sie nicht von massiven personellen Änderungen betroffen sein. Kurz: Wer Nazi war, aber ein guter Wirtschaftsfachmann ist – egal ob Betriebsinhaber, Verbandsfunktionär oder Mitarbeiter einer Kammer – darf bleiben, sein Wissen und Können ist unentbehrlich. Der Reutlinger Bürgermeister Kalbfell erklärt vor Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften des Kreises am 24. September 1945, es gebe zwei Arten von Franzosen; die einen, eher die Ausnahmen, hassten alle Deut-

Mai 1945:

Der »vorläufige Wirtschaftsrat« mit Vertretern aus Industrie, Handel und Handwerk schlägt Franzosen Wiedererrichtung der Kammern vor.

17. Juli 1945:

Potsdamer Konferenz, Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen.

Oktober 1945:

Die französische Militärregierung genehmigt die Wiederrichtung der Handwerkskammer Freiburg.

5. Oktober 1945:

1. Gesamtkonferenz der SPD.



14. Dezember 1945:
Gründung der CDU.

1946:
Nobelpreis für
Hermann Hesse.

1946:
In Reutlingen erscheinen
zum 1. Mal die »Mitteilun-
gen der Handwerks-
kammer« (Startauflage
2.500 Exemplare).

schen. Die anderen handelten nach dem Motto, wenn man etwas von den Deutschen haben wolle, müsse man eben auch miteinander auskommen.

Die Versorgungslage ist nach 1945 verheerend. Verkehrsverbindungen sind unterbrochen. Züge fahren nicht, Autos gibt es nicht, und wenn, dann werden sie beschlagnahmt oder es gibt kein Benzin. Kohle bleibt in der französischen Zone lange Jahre absoluter Mangel. Glück im Unglück: Frühling und Sommer sind warm, eine Besetzung im Winter hätte schlimme Folgen gehabt.

Die Wirtschaft der Zone wird auf industriellen Export ausgerichtet. Das heißt: Rohstoffe gehen zunächst an die Industrie, das Handwerk wird – wie so oft in den letzten Jahrzehnten – unter »ferner liefen« eingestuft. Das betrifft nicht nur Rohmaterial, wie Leder, Eisen, Mehl, Fleisch, Holz, Strom, Leim, Stoff; das gilt auch für die Zuteilung von Arbeitsschuhen, Fahrradschläuchen oder Glühbirnen. Die Reutlinger Glaserinnung berichtet Ende 1945, man habe seit dem Einmarsch nicht eine Kiste Glas erhalten; das Kfz-Handwerk bekommt keine Ersatzteile, weil die meisten Hersteller in der sowjetisch besetzten Zone liegen; Optiker können keine Brillen mehr herstellen, weil in der französischen Zone keine optischen Schleifereien arbeiten. Es ist für Handwerker sogar schwierig, bei der Lebensmittelzuteilung als Schwerarbeiter eingestuft zu werden, wie es in der Industrie gang und gäbe ist.

Zusätzliche Probleme macht die Zoneneinteilung, die auf Grund amerikanisch-französischer Differenzen recht willkürlich ist. Zahlreiche Geschäftsverbindungen sind unterbrochen. Viele Lieferanten liegen plötz-

lich in der amerikanischen Zone, aus der kaum etwas in die französische gelangt, da die Franzosen fast ausschließlich am Export ins Mutterland, nicht aber am Interzonenhandel interessiert sind.

Die französische Militärverwaltung will die Wirtschaftskammern wieder aufleben lassen. Der so genannte »Vorläufige Wirtschaftsrat«, der sich aus deutschen Vertretern aus Industrie, Handel und Handwerk im Mai 1945 in Stuttgart etabliert, schlägt den Franzosen die Wiedererrichtung von Kammern vor. So soll es nicht nur ein Beratungsgremium ohne Weisungsbefugnisse an die angegliederten Betriebe geben, sondern öffentlich-rechtliche Organe, die die Anweisungen der Besatzungsmacht an die jeweiligen Wirtschaftszweige umsetzen können. Maßgeblich wirkt an diesem Erfolg der spätere Leiter der Wirtschaftsdirektion des Landes Südwürttemberg-Hohenzollern, Kilpper, mit. Er übernimmt bis zu seinem Rücktritt Ende 1946 die Leitung der Landesdirektion für Wirtschaft des Landes Südwürttemberg-Hohenzollern und trägt in dieser Funktion wesentlich zum Aufbau des Kammerwesens bei.

Dabei kommt es den Kammern zugute, dass es in Frankreich seit langem vergleichbare Einrichtungen gibt. Die französische Militärverwaltung vor Ort lässt in aller Regel die bestehenden Kammern weiterarbeiten – wenn auch in quasi rechtsfreiem Raum; denn es ist klar, dass die gesetzlichen Grundlagen der Nazizeit bald ersetzt werden müssen. Die Institution Kammer steht aber nicht – anders als in der amerikanischen Zone – zur Debatte.

Politische Säuberung: Parteimitglieder sollen ihre Koffer packen – dürfen aber mangels geeigneter Nachfolger oft bleiben

Nachdem das Intermezzo in Willmandingen beendet ist und die »Handwerksabteilung« der ehemaligen Gauwirtschaftskammer Württemberg-Hohenzollern der Vergangenheit angehört, führt der Syndikus der Reutlinger Kammer, Eberhardt, seine Arbeit fort. Er wird vom neuen Reutlinger Oberbürgermeister Kalbfell berufen. Ein halbes Jahr später muss sich Kalbfell für diese Entscheidung gegenüber der Landesverwaltung Wirtschaft in Tübingen rechtfertigen. In einem Schreiben Kalbfells vom 1. Oktober 1945 heißt es: »[Eberhardts] politische Einstellung war immer die eines anständigen Demokraten mit viel sozialem Verständnis für die Arbeiterschaft.« Er sei zwar Parteimitglied gewesen, was unter dem Vorsitzenden Baetzner auch nicht anders denkbar gewesen sei, doch habe er von 1933 bis 1945 seine demokratische, soziale Haltung behalten und sich gegen alle

Schwierigkeiten »durchgeschlängelt«. Mit diesem »Persilschein« steht der weiteren Tätigkeit Eberhardts nichts mehr im Weg.

Zum zunächst kommissarischen Vorsitzenden der Kammer wird bereits im Mai 1945 der Reutlinger Herrenschnneidermeister Alfred Geisel ernannt. Geisel erweist sich als glückliche Wahl, er führt die Kammer bis 1974. Er ist Vorsitzender des Fachinnungsverbandes Herrenschnneider und ab 1949 Mitglied im Handwerksrat (später Mitglied des Präsidiums) des neugegründeten Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH). Zu den weiteren Ämtern Geisels zählt während seiner Arbeit für die Handwerkskammer Reutlingen der Vorsitz der Arbeitsgemeinschaften der Handwerkskammern in Baden-Württemberg. Und: Geisel wird Präsident des baden-württembergischen Handwerkskammertages. Geisel ist es, der auf der Festveranstaltung der Kammer zum 50-jährigen Jubiläum im Oktober 1950 erklärt: »Nicht minder [als den deutschen staatlichen Stellen] danken möchte ich aber in aller Öffentlichkeit den französi-

21. April 1946:
Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED.

27. Mai 1946:
Die Handwerksinnungen werden in Berufsgruppen ohne Körperschaftsstatus umgewandelt.

1. Oktober 1946:
Urteil im Nürnberger Prozess.

5. November 1946:
Die »neue Handwerksordnung« für das französisch besetzte Württemberg und Hohenzollern beinhaltet Zwangsinnungen und Großen Befähigungsnachweis.



Hermann Eberhardt
Geschäftsführer
(1922–1956)



Alfred Geisel
Präsident
(1945–1974)

6. Dezember 1946:

»Verordnung des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Besatzungszone über den Aufbau des Handwerks« stellt das alte Handwerksrecht wieder her.

Mai 1947:

12.000 Lehrlinge sind im Kammerbezirk gemeldet.

11. – 13. Juni 1947:

Tagung der Handwerkskammern und Fachverbände der britischen und amerikanischen Zone; Verabschiedung von »Grundsätzen der Handwerkspolitik«.

schen Dienststellen, bei denen wir in den vergangenen fünf Jahren im Gegensatz zu anderen Besatzungsmächten immer Verständnis gefunden haben.« 1950 war ein solcher Kniefall vor den Besatzern nicht mehr notwendig; er spiegelt also das ehrliche Gefühl wider, dass das Verhältnis zwischen Handwerk und Militärregierung zwar nicht ungetrübt, aber nicht mit unüberwindlichen Konflikten behaftet ist.

Die Obermeister führen zunächst ihre Ämter weiter. Allerdings kann sich die französische Besatzungsmacht 1946 um die Frage der »politischen Säuberung« nicht mehr herumogeln. Beispiele dieser »Säuberung« zeigen, dass sie weder von der Besatzungsmacht noch von der Kammer mit großem Nachdruck betrieben werden: Im Januar 1946 bedankt sich der bisherige Obermeister der Kfz-Innung Balingen für das ihm von der Kammer auch nach Kriegsende entgegengebrachte Vertrauen. Trotzdem wird er abberufen und sein Sohn als neuer Obermeister vorgeschlagen. Der jedoch hat keine Meisterprüfung. Sein Vater weist die Kammer darauf hin, dass er weder Mitglied der Partei, der SS, der SA oder NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps) gewesen sei. Vielmehr sei er ein verkappter Widerständler: »Anlässlich einer Obermeistertagung war ich der einzige Obermeister, der sich als Nicht-Parteimitglied gemeldet hat. Wenn mich Herr Reichsinnungsmeister Stupp trotzdem als Obermeister beibehielt, so hatte er wohl seine Gründe.« Der Grund liegt vielleicht darin, dass er entgegen seiner Behauptung doch SA-Mitglied war – in seinem Personalbogen steht die SA-Mitgliedsnummer 2162408, SA R II. Die Kammer sieht darin aber keinen Grund, ihn als Obermeister abzusetzen.

Am 8. Januar 1946 teilt sie dem Kreisinnungsverband mit: da der Vorgeschlagene keine Meisterprüfung habe, sei es wohl am besten, seinen Vater weiter als Obermeister zu behalten.

Dass die Säuberung der Wirtschaft von politisch belasteten Persönlichkeiten auf Innungsebene eher lasch gehandhabt wird, zeigt ein weiterer Fall: Am 20. Januar 1947 wird der seit 1934 amtierende Obermeister der Korbmacherinnung des Schwarzwaldkreises seines Amtes enthoben. In einem Schreiben an die Kammer zeigt er sich realistisch; als ehemaliges Parteimitglied habe er – dem Zwang der Zeit folgend – damit wohl rechnen müssen. Schon im Juli 1946 erklärt er, als ehemaliges NSDAP-Mitglied dem demokratischen Wiederaufbau nicht im Wege stehen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt fungiert er inoffiziell als Verbindungsmann der Kammer zu den Innungsmitgliedern. Allerdings setzt er wenig Vertrauen in seinen Nachfolger, der wohl nur eine Notlösung von kurzer Dauer sein könne. Die Kammer bestätigt diese Einschätzung. Am 26. Februar 1947 schreibt sie dem abgelösten Obermeister: »Wir sind uns klar darüber, dass mancher Wechsel in der Innungsführung nicht von Dauer sein kann. Es muss jedoch zunächst den Weisungen von Tübingen [Regierungssitz für das Land Württemberg-Hohenzollern] und Baden-Baden [Sitz der französischen Militärregierung] Rechnung getragen werden.« Der Kreisinnungsverband Horb teilt der Kammer 1950 mit, am 27. März habe die Korbmacher-Innung Horb den 1947 abgelösten Obermeister erneut in dieses Amt gewählt.

Ähnlich ist der Fall des Calwer Obermeisters der Elektroinnung. Auch er war Parteimitglied und sieht im Mai 1946 ein, dass er

sein Amt als Obermeister wohl nicht weiterführen könne. Der Kammer schreibt er, er sei von Innungsmitgliedern als ehemaliger Parteigenosse angegriffen worden; zudem habe ihm die Militärregierung des Kreises Calw auf Grund des ihm vorgelegten Fragebogens (zur Erfassung politisch Belasteter in der Wirtschaft) einen Telefonanschluss verweigert. Er stelle daher freiwillig sein Amt zur Verfügung. Bei der Innungsver-sammlung wird er aber am 1. April 1949 zum Obermeister gewählt.

Mit Tapeziermeister Hans Ballmann wird 1946 ein KPD-Mitglied in den Vorstand der Kammer berufen. Der Calwer Innungsmeister war als Kommunist nach 1933 neun Jahre im KZ inhaftiert. Er bleibt bis Anfang der Fünfzigerjahre im Vorstand der Kammer. In den Protokollen der Vorstandssitzungen der Handwerkskammer tritt Ballmann kaum in Erscheinung. Er beklagt sich u. a. über die Weigerung vieler Kollegen, Kammerbei-

träge zu entrichten und mahnt die organisatorische und geistige Geschlossenheit der Handwerker ein.

Etwas rigoroser wirkt Ballmann auf Kreis-ebene. Der ehemalige Obermeister der Nagolder Schreinerinnung wird von der Kammer gebeten, bei der Tübinger Regierung als Sachverständiger für serienmäßige Möbelherstellung zu fungieren. Er schreibt im Juli 1946, er könne diesen Posten nicht annehmen: »1. weil ich ohne Grund durch den Herrn Ballmann abgesetzt worden bin und 2. Herr Ballmann bei der Tagung wörtlich erklärte, dass man keinen Aktivisten als Obermeister brauchen könne und die Zeit vorbei sei, wo man einen Obermeister bestimme, denn die Mitglieder müssen ihren Obermeister wählen.«

17. Februar 1948:
Bei der Arbeitstagung der Handwerkskammern in der französischen Zone wird der extreme Rohstoffmangel beklagt.

April 1948:
14.469 Lehrlinge sind im Kammerbezirk gemeldet.

Juni 1948 bis Mai 1949:
Berliner Luftbrücke.





20. Juni 1948:

Währungsreform:
40 DM für jeden.

Oktober 1948:

Die Bedürfnisprüfung
wird abgeschafft:
Anträge auf Aufnahme
in die Handwerksrolle
werden direkt an
die Handwerkskammer
Reutlingen weiter-
geleitet.

29. November 1948:

Totale Gewerbefreiheit
in der amerikanischen
Zone.

Kammer findet zurück zur alten Stellung: Rechtsverordnungen schaffen Grundlagen für die Zukunft

Im Großen und Ganzen bleibt die seit 1933 gelenkte Wirtschaft auch nach 1945 weiter bestehen. Beispiele: Zuteilung von Rohstoffkontingenten, die Bedürfnisprüfung bei Neuerrichtung von Handwerksbetrieben, Verordnungen über Preis- und Lohnstopp, Preisbildung. Viele Maßnahmen des Dritten Reiches bleiben unverändert in Kraft. Die französische Besatzungsmacht will an den organisatorischen Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft zunächst wenig verändern. Und so bleibt auch die Handwerkskammer Reutlingen bestehen – besser: ersteht wieder aus den mit Kriegsende de facto erledigten Gauwirtschaftskammern.

Am 15. Juni 1946 beschließt das Landesdirektorium für Württemberg-Hohenzollern eine Rechtsanordnung über Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung und Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft: die oberste Wirtschaftsbehörde des Landes ist die Landesdirektion der Wirtschaft. Ihr unterstellt ist das Landeswirtschaftsamt, das u. a. die Aufgabe hat, die Herstellung von Waren und deren Verteilung zu regeln und zu überwachen. Daneben gibt es ein Landesgewerbeamt, das die Gewerbeförderung übernehmen soll und eine Preisaufsichtsstelle. Paragraph sechs bestimmt, dass die gewerbliche Wirtschaft ihre berufsständische Vertretung in den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Innungen habe. Paragraph acht enthält folgende Regelung: »Die Handwerkskammer Reutlingen ist für das gesamte französische Gebiet Württembergs und Hohenzollerns zuständig. Alle in der Hand-

werksrolle eingetragenen Gewerbetreibenden gehören der für ihren Handwerkszweig errichteten Handwerkerinnung an.« Damit besteht das System der Pflichtinnung weiter.

Die von der Besatzungsmacht freigegebenen Globalkontingente an Rohstoffen werden mit Hilfe der Kammern an die Betriebe verteilt, wobei die Kreisinnungsverbände und die Innungen mitwirken sollen. Die Kammer erhält ihre frühere Rechtsstellung der Zeit vor den Gauwirtschaftskammern zurück. Zudem werden der Kammer im Laufe der Zeit Befugnisse zugewiesen, die sie zuvor nicht hatte, etwa die Bedürfnisprüfung bei Neuerrichtung von Handwerksbetrieben und die Gewährung von Ausnahmen bei der Vergabe von Lehrlingsanleitungsbefugnissen an Nicht-Meister.

Zwar wird bestimmt, dass die Verordnungen über den vorläufigen Aufbau des Deutschen Handwerks von 1934 bzw. 1935 aufgehoben und bis zum Erlass einer neuen Gewerbeordnung der Stand von 1930 gültig seien (also nicht der Große Befähigungsnachweis). Im November 1946 aber wird für Württemberg-Hohenzollern eine neue Handwerksordnung verabschiedet, die den Großen Befähigungsnachweis für die französisch besetzte Zone bestätigt. Die Handwerksordnung legt außerdem fest, dass sich die Vollversammlung aus den 17 Vorsitzenden der Kreisinnungsverbände und acht von den Fachinnungsverbänden gewählten Mitgliedern zusammensetzt. Diese 25 Handwerker wählen am 5. September 1949 Präsident und Vorstand.

Unangetastet bleibt auch die Bestimmung über die Pflichtinnungen, die auf Kreisebene zusammengefasst werden; allerdings heißen die Kreishandwerkerschaften jetzt Kreisinnungsverbände. Nach 1945



muss eine Reihe von Fachinnungsverbänden neu gegründet werden, da die neuen politischen Grenzen die Zuständigkeiten der zuvor landesweiten Fachinnungsverbände ändern. Die Zahl der Innungen bleibt mit etwa 440 nach dem Krieg weitgehend konstant. An der Spitze stehen 1950 die Damenschneiderinnen mit 20, gefolgt von Fleischern, Schreibern, Maurern und Bäckern mit je 19 Innungen, Herrenschneider, Friseure, Schmiede, Stellmacher, Zimmerer, Maler, Sattler, Putzmacher und Küfer mit je 18. Knapp dahinter noch Klempner (17), Elektriker (15) und Schlosser (16). Am Schluss stehen Galvaniseure, Weber, Kupferschmiede, Kürschner, Handschuhmacher, Brauer und Färber mit je einer Innung im Kammerbezirk. Insgesamt spiegeln die Innungszahlen noch die »alte« Handwerksstruktur der Region wider. Trotzdem nimmt der Strukturwandel bereits Gestalt an.

Die Rechtsanordnung der Landesdirektion für Wirtschaft macht deutlich, dass man sich in einer gelenkten Wirtschaft befindet. Es heißt nämlich in einer ergänzen-

den Rechtsanordnung über Maßnahmen der Wirtschaftslenkung auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft: »Die Landesdirektion der Wirtschaft wird ermächtigt, zur Deckung der wirtschaftlichen Bedürfnisse die Herstellung von Waren und den Warenverkehr zu überwachen und zu regeln. Sie kann zu diesem Zweck insbesondere Bestimmungen über die Beschaffung, Herstellung, Verteilung, Lagerung, den Absatz und den Verbrauch von Waren treffen.« Zu ergänzen ist: nach Weisungen der Militärregierung.

Diese gesetzlich geregelte Festlegung einer gelenkten Wirtschaft stößt allenthalben auf Skepsis, doch wird sie als für den Augenblick unumgänglich akzeptiert.

Rohstoffe sind Mangelware, Maschinen werden demontiert: Das Handwerk kämpft um jedes Stück Holz und jede einzelne Schraube

Rohstoffe werden zentral erfasst und nach Bedarf vergeben. Der Bedarf der Militärregierung steht ganz oben, obwohl ziviler Bedarf in größtem Maße besteht. Mancherorts haben die Handwerker zwar geringe Lagerbestände, doch sind diese schon im Krieg stark geschrumpft. Nicht die Handwerker sorgen für Stoff, Holz, Zement, Leder oder Mehl, sondern der Kunde. Oft kommt nur in den Genuss handwerklicher Leistungen, wer eigene Rohstoffe mitbringt.

Die Situationsberichte aus den einzelnen Handwerkszweigen, die in den seit Ende 1946 erscheinenden »Mitteilungen der Handwerkskammer Reutlingen« veröffentlicht werden, haben alle den gleichen Tenor: Es gibt viele Aufträge, aber so gut wie keine Rohstoffe. Viele Lieferanten sind jetzt in

Dezember 1948:

Die Handwerkskammer Reutlingen richtet eine Eingabe an die französische Militärregierung und fordert die Beibehaltung des Großen Befähigungsnachweises.

1. Januar 1949:

Im Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen sind 32.310 Betriebe gemeldet.

15. Mai 1949:

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

23. Mai 1949:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD).

5. September 1949:

Zum ersten Mal nach dem Krieg konstituiert sich in Reutlingen die Vollversammlung der Handwerkskammer.

einer anderen Zone; das betrifft z. B. Schneider, die ihre Stoffe vor allem von Stuttgarter Händlern beziehen. Die Produktion in der französischen Zone wird oft nach Frankreich ausgeführt. Zum Beispiel ist die Produktion der saarländischen Eisenwerke im Frühjahr 1947 auf vierzehn Monate hinaus vergeben. Wenn es Zuteilungen gibt, ist der Transport problematisch. Glühbirnen aus Baden etwa dürfen nur bestellt werden, wenn sicheres Versandmaterial bereitsteht. Viele Handwerke haben so schlechte Rohstoffe, dass sie die Produkte nicht verkaufen können – Bierbrauer werden ihr Getränk noch nicht einmal im heißen Sommer 1948 los, da es offensichtlich für den menschlichen Verzehr ungeeignet ist.

Besonders fatal: die Lage bei Holz. Die französische Besatzungsmacht macht sich durch kaum eine Maßnahme so unbeliebt, wie durch ihre Abholzungsaktionen, die bis zum neunfachen des jahresüblichen Einschlags gehen. Da aber das Holzhandwerk zum wirtschaftlichen Kern des Kammerbezirks gehört, legt sich dieser Raubbau besonders lähmend auf das gesamte Handwerk. Die rigide Bewirtschaftung von Möbeln – ein bei der Besatzungsmacht besonders beliebter Gebrauchs- und Exportgegenstand – tut ein Übriges. Das Schreinerhandwerk versucht sich, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, mit einer Auftragsvermittlungsstelle zu helfen.

Auch Metzger haben Probleme: die Besatzungsmacht requiriert Schlachtvieh entweder für ihre Soldaten oder den Export nach Frankreich. Das Metallhandwerk kann wegen der schleppenden Produktion von Eisen und Stahl kaum arbeiten. Die Flaschner beklagen sich, sie hätten seit Jahren keine Nieten mehr gesehen. Maler melden, es

seien keine Bürsten erhältlich; es werden sogar Borsten in Schlachthäusern beschlagnahmt, um wenigstens das Allernotwendigste an Pinseln und Bürsten herzustellen. Das Bauhandwerk leidet besonders, da es praktisch keine Zuweisungen erhält und Gemeinden und private Bauherren kein Baumaterial mehr zur Verfügung stellen können.

Der Vorsitzende des Fachinnungsverbandes für das Elektrohandwerk, Daub, berichtet im Dezember 1947: *»Das wenige Material, das uns seit 1945 zugeteilt wurde, könnte ein Monteur in einem Tag verarbeiten. Es fehlt bald an jeder Kleinigkeit, die früher nicht beachtet wurde. Ich erinnere hier nur an Rohrschellen und Holzschrauben. Gewiss, wir haben Kontingente für Walzwerkerzeugnisse erhalten, ja sogar für Holzschrauben, aber der Eisenhändler liefert nichts darauf. Für Leitungen wird Altmetall verlangt, für Isolierrohre Altpapier. Woher aber das Altmaterial nehmen, nachdem der Ankauf desselben verboten worden ist? Schalter und Steckdosen werden in unserer Zone in großen Mengen angefertigt, dasselbe gilt auch für Geräte- und Wandstecker, aber wir erhalten davon so kleine Zuteilungen, dass nicht einmal ein Tagesbedarf bestritten werden kann. Wer seinen Betrieb voll im Gang halten wollte, wäre gezwungen, ständig einen Mann auf Reisen zu haben, und das ist heute sehr schwer. Die schlechte Materialversorgung ist ja in allen Berufsarten des Handwerks die gleiche. Aber beim Elektrohandwerk handelt sich um eine ganz besondere Lage. Bei uns geht die Frage nicht allein darum, wie beschäftigen wir unser Personal und wie befriedigen wir unsere Kundschaft, sondern viel wichtiger ist bei uns noch die*

Frage, wie stellen wir die Sicherheit der elektrischen Anlagen wieder her und wie beseitigen wir die immer größer werdenden Gefahren für Menschen, Gebäude und Vieh?»

Die Lage in der französischen Zone verbessert sich kaum; gegenüber der amerikanischen und britischen Zone muss das Handwerk in der französischen Zone befürchten, auf der Strecke zu bleiben.

Die Mangelsituation hat Folgen: Viele Handwerksmeister versuchen, ihre Betriebe als Industrieunternehmen umzuklassifizieren. Meister, Gesellen und Hilfskräfte gehen zur Industrie. Dort gibt es bessere Verpflegung, bessere Kleidung und wohl auch mehr Lohn.

Das größte Problem in der Nachkriegszeit: Es gibt zu wenig Fachkräfte

Viele Handwerker sind im Krieg gefallen oder in Gefangenschaft. Das Handwerk in Deutschland steht vor einem immensen Fachkräftemangel. Vor 1939 wurden weniger Gesellen ausgebildet, weil mehr Industriekräfte gebraucht wurden. Nach 1945 machen sich außerdem viele Gesellen selbstständig

Doch das Handwerk hat es selbst in der Hand, die Personalsituation zu bessern. Wie schon in früheren Krisenzeiten widmet die Handwerkskammer Reutlingen ihr besonderes Augenmerk der Nachwuchsausbildung.

Die Lehrlingsausbildung kommt relativ rasch in Gang. Im Mai 1947 gibt es bereits 12.000 Lehrlinge im Kammerbezirk. Im April 1948 vermeldet die Kammer für das Land Württemberg-Hohenzollern einschließlich Lindau 14.469 Lehrlinge, bei 19.701 Gesel-

len und 8.994 Hilfskräften in insgesamt 30.656 Betrieben (2.619 sind noch stillgelegt). Von den Lehrlingen haben etwa 90 Prozent eine Volksschulbildung, etwa 15 Prozent sind Frauen. Viele junge Menschen drängen ins Handwerk – eine solide Ausbildung ist die beste Zukunftsvorsorge.

Es gibt, wie schon in den 20er und 30er Jahren, »Modeberufe«; vor allem Elektroinstallateure, Bäcker, Metzger, Kfz-Mechaniker, Schreiner und kaufmännische Berufe. Das Bauhandwerk wird vom Nachwuchs regelrecht gemieden. Die Kammer sucht Kontakt mit Arbeitsämtern, Eltern und Meistern und nimmt in Artikeln zur richtigen Berufswahl Stellung. »Richtig« meint Berufe, die »auszutrocknen« drohen, und nicht die, die in der Gunst der Jugendlichen und Eltern an erster Stelle stehen.

Neugründungen von Handwerksbetrieben unterliegen einer Bedürfnisprüfung. Wichtige Einschränkung: der Betriebsinhaber muss politisch zuverlässig, also kein ausgesprochener Nazi sein. Zudem sollen politisch und rassistisch Verfolgte bevorzugt behandelt werden bei der Gewährung von Ausnahmegenehmigungen. Gesellen, die durch Kriegsdienst an der Meisterprüfung gehindert wurden, können vom Großen Befähigungsnachweis ausgenommen werden.

Die Bedürfnisprüfung wird zunächst vom Landkreis vorgenommen, wobei die Kammer gehört werden muss. Im Oktober 1948 wird die Bedürfnisprüfung abgeschafft; Anträge auf Aufnahme in die Handwerksrolle und die Verleihung der Lehrlingsanleitungsbefugnis an Handwerker ohne Meisterprüfung werden nicht mehr vom Landratsamt geprüft, sondern direkt und ohne Stellungnahme an die Kammer weitergeleitet.

30. November 1949:
Gründung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), der »Vereinigung der Handwerkskammern im Bundesgebiet« und der »Vereinigung der Zentralfachverbände des Handwerks«; Richard Uhlemeyer erster Handwerkspräsident; der Reutlinger Vorsitzende Alfred Geisel wird Mitglied im Handwerksrat des ZDH.

1950:
Endgültige Abschaffung der Lebensmittelkarten.

Oktober 1950:

Die Handwerkskammer Reutlingen feiert das 50-jährige Bestehen.

6. Oktober 1950:

Im Bundestag legt Richard Stücklen im Namen der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und DP den Entwurf eines Gesetzes über die Handwerksordnung vor.

26. Oktober 1950:

Erste Lesung zum Gesetz über die Handwerksordnung im Bundestag.

Als im Sommer 1948 die Währungsreform den Abschluss der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung herbeiführt, zieht die Handwerkskammer Reutlingen ein zwiespältiges Fazit der vergangenen drei Jahre. Erfreulich: die »Institution Kammer« wird nicht in Frage gestellt; ja, man hat in den Augen der Handwerker zudem von der Besatzungsmacht eine vorbildliche Handwerksordnung erhalten, die den Großen Befähigungsnachweis und die Pflichtinnung beinhaltet und der Kammer weit mehr Kontrollmöglichkeiten einräumt als zuvor. Nachteil: eine unabhängige Selbstverwaltung unter der gelenkten Wirtschaft ist eigentlich nicht möglich. In gewissem Sinne ist die Kammer Befehlsempfänger der Besatzer. Unter den Bedingungen in der französischen Zone kann kein Wirtschaftszweig wirklich blühen.

Währungsreform Kampf gegen Gewerbe-freiheit: Das Handwerk bekommt mit Ludwig Erhard prominente Unterstützung

Die Währungsreform in den westdeutschen Besatzungszonen macht 1948 den Weg in die Marktwirtschaft frei. Das »Europäische Wiederaufbauprogramm«, der Marshall-Plan, bringt bedeutende Dollar-Kredite nach Europa. Das ist der Startschuss für den wirtschaftlichen Aufschwung.

Für das Handwerk bringt die Währungsreform zunächst mehr Probleme als Gewinn. Zwar ist Geld jetzt wieder »Universaltauschmittel«, aber es ist äußerst knapp. Private Verbraucher müssen sehr genau überlegen, was sie kaufen. Hatte das Handwerk immer darauf hingewiesen, dass es nicht an Aufträgen aus der Bevölkerung

fehle, so ist jetzt allenthalben zu hören, dass kaum jemand das Handwerk in Anspruch nimmt. Plötzlich ist nicht mehr der Handwerker derjenige, von dessen Gnade der Kunde abhängig ist – der Kunde ist es jetzt, von dessen Gunst, sprich: Konsumverhalten der Handwerker abhängig ist. So veröffentlicht die Kammer Vorschläge für das Verhalten gegenüber Kunden. »Immer nur lächeln« ist die Devise, denn »Höflichkeit war vor der Währungsfrage eine Mangelware«, wie die Kammer eingestehen muss. Immerhin kann die Kammer auch mitteilen, dass die Arbeitsmoral, die zuvor zu wünschen gelassen haben muss, wieder steigt. Außerdem, erinnert die Kammer, wird die genaue Kalkulation und Buchführung wichtig. Zu Zeiten der maroden Reichsmark wurde selten nach dem Preis einer Ware oder Dienstleistung gefragt.

Diesen Schwierigkeiten stehen bedeutende Erleichterungen gegenüber. Kurz nach der Währungsreform fordert die Handwerkskammer Reutlingen öffentlich das Ende der Bewirtschaftung. In der französischen Zone gelten die Bewirtschaftungsvorschriften für Holz und Eisen nach wie vor. Die Versorgung mit diesen Rohstoffen ist nach wie vor schwierig, weshalb die Kammer die »Aktion Holz sparen« unterstützt. Baumittel werden schon unmittelbar nach der Währungsreform frei gegeben. Die Preisbindung wird für einige Waren und Dienstleistungen Mitte August 1948 aufgehoben. Doch bleibt die Preisbindung und damit der Preisstopp bei fast allen Textilerzeugnissen, bei technischen Lederwaren und dem Schuhwerk bestehen.

Ende 1948 zieht die Kammer ein leicht optimistisches Fazit. Die Währungsreform habe die Lethargie beseitigt, die seit fast

vier Jahren über dem Handwerk lag. Die Kammer habe das ihre dazu getan, etwa durch Eingaben an die Militärregierung, durch Forcierung der Lehrlingsausbildung und bessere fachliche Ausbildung der Gesellen. Nach wie vor bemühten sich zahlreiche Meister um Aufnahme in die Handwerksrolle. Seit dem 1. Januar 1948 seien 1.989 Anträge eingegangen, 1.006 genehmigt worden, 256 abgelehnt, der Rest in Bearbeitung.

»Wie ein Blitz aus heiterem Himmel« trifft da die Reutlinger folgende Nachricht: Die amerikanische Besatzungsmacht hat für ihre Zone die Gewerbefreiheit eingeführt, der Meistertitel ist nicht mehr Vor-

aussetzung für die Eröffnung eines Handwerksbetriebes. Wie die Handwerker in Nordwürttemberg-Nordbaden setzen sich die Handwerker in der französischen Zone energisch zur Wehr. Die Reutlinger Kammer äußert die Hoffnung, »von solchen Experimenten verschont zu werden«. Der Wegfall des Großen Befähigungsnachweises würde sich durch Pfuscher und Vergeudung von Material verheerend für die Gesamtwirtschaft auswirken.

Beim Kampf gegen die Gewerbefreiheit erhalten die Handwerker prominente Unterstützung. Ludwig Ehrhard, späterer Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler, erklärt beim Handwerkertag im Oktober 1948 in Frankfurt, das Handwerk werde die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhalten, die es wünsche. Eine gewagte Prognose, denn es ist zu diesem Zeitpunkt keinesfalls klar, wer in Deutschland zukünftig die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen vorgibt. Jedenfalls zieht es Ehrhard vor, die amerikanische Initiative nicht kommentarlos hinzunehmen. Ehrhard hält im Übrigen Wort; seine Partei, die CDU/CSU, macht sich nach Gründung der Bundesrepublik zum Sprecher handwerklicher Forderungen, die 1953 gesetzlich festgelegt werden.

1951:

Angesichts der steigenden Zahl von Schulabgängern ruft die Handwerkskammer Reutlingen zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen auf.

14. Februar 1951 –

21. November 1952:

53 Sitzungen des vom Wirtschaftsausschuss des Bundestages mit der Ausarbeitung der »Handwerksordnung« beauftragten parlamentarischen Sonderausschusses Handwerk.



Zwischen Währungsreform und bundesweiter Handwerksordnung: Die Weichen für den Großen Befähigungsnachweis werden gestellt

Die Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 schafft die politischen Grundlagen einer westdeutschen Gesamtwirtschaft ohne trennende Zonengrenzen. In Bonn fällt die

1952:

30.739 Betriebe sind im Reutlinger Kammerbezirk registriert.

26. Mai 1952:

Die DDR riegelt die Grenzen zur BRD ab; die BRD wird Mitglied der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Grundsatzentscheidung für eine freie Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung; was dies konkret bedeutet erfährt das Handwerk bei der Diskussion über die Sozialgesetzgebung, die von den Meistern beim Betriebsverfassungs- und Kündigungsschutzgesetz nur widerwillig nachvollzogen wird.

Die in den amerikanischen Besatzungsgebieten nach wie vor geltende Gewerbefreiheit bereitet dem Handwerk Sorgen. Die Regierung unter CDU-Kanzler Konrad Adenauer greift die Forderungen des Handwerks auf.

Der Kampf für den großen Befähigungsnachweis gewinnt nach Gründung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) an Nachdruck. Im Mai 1950 trifft sich Adenauer mit Vertretern des ZDH in Bonn. Neben Fragen der Kreditversorgung des Handwerks, betrieblicher Mitbestimmung, Lehrstellensituation und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen steht die Gewerbefreiheit im Vordergrund. Adenauer hat für das Handwerk großes Verständnis.

Am 13. September 1951 kommt es erneut zum Treffen zwischen ZDH und Kanzler. Die Handwerksvertreter bringen eine lange



Liste von Forderungen vor. Das »Memorandum zur Krise im Handwerk« schildert die Lage im Handwerk in den düstersten Farben. Besonders die Gewerbefreiheit in der US-Zone wird angeprangert, aber auch die mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung, die seit Ausbruch der Korea-Krise schlechtere Versorgung mit Walzwerkerzeugnissen und Kohle, gestiegene Löhne und geringe Erträge, die Schwierigkeit, ausreichendes Betriebskapital durch Kredite und höhere Gewinne zu schaffen und zunehmende Schwarzarbeit. Der ZDH verlangt, beim Mitbestimmungsgesetz die besonderen Betriebsstrukturen im Handwerk zu berücksichtigen, spricht: einen Betriebsrat erst für Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern einzuführen. Beim Kündigungsschutzgesetz werden ähnliche Sonderbestimmungen für das Handwerk gefordert, ebenso bessere Berücksichtigung bei der Vergabe zentral gelenkter Kredite und stärkere Förderung der Handwerksausfuhr.

Aus Adenauers Rede geht klar hervor, dass er bereit ist, auf das Handwerk zuzugehen. Allerdings warnt er davor, durch Parteien wie dem kurz zuvor gegründeten »Mittelstandsblock« (dem die Handwerkskammer Reutlingen beigetreten ist) in unzulässiger Weise Druck auszuüben. Er warnt die Handwerker davor, sich zum Sprecher von Interessen zu machen, die nicht notwendigerweise ihre eigenen seien. Auch die Forderung nach einem Staatssekretär für das Handwerk im Bundeswirtschaftsministerium – eine Forderung, die schon in der Weimarer Republik vergebens vorgebracht wurde – lehnt Adenauer ab. Der Kanzler gibt aber zu, dass nach 1945 das Handwerk gegenüber der Industrie etwas zurückgeblieben sei. Das Handwerk habe

jedoch nach wie vor eine wichtige, auch ethische Funktion für die Gesamtwirtschaft. Die Gewerbefreiheit nach amerikanischem Muster lehnt Adenauer ab. Er sagt zu, für eine bessere Kreditversorgung des Handwerks und stärkere Wohnbauförderung sorgen zu wollen.

Im Oktober 1950 stimmen außer der KPD alle im Bundestag vertretenen Parteien für eine Handwerksordnung, die den großen Befähigungsnachweis als zentrales Element enthält. Ein entsprechendes Gesetz wird im März 1953 von allen demokratischen Parteien des Bundestag – also außer der KPD – verabschiedet und tritt im September in Kraft.

Zwischen Währungsreform und Wirtschaftswunder: Das Handwerk stellt sich dem Fortschritt

Das Memorandum des ZDH zur Krise im Handwerk schildert ein allenthalben Notleidendes Handwerk. Und das Handwerk im Reutlinger Kammerbezirk? Insgesamt hat sich die Handwerkswirtschaft nach der Währungsreform stabilisiert. Die tiefe Krise der unmittelbaren Nachkriegszeit ist vorbei. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Klagen gibt. Sie decken sich vielfach mit denen des ZDH. Im Geschäftsbericht der Kammer für 1951 und 1952 werden die Forderungen des ZDH Punkt für Punkt wiederholt.

Die Meister im Bezirk leiden unter mangelnder Kreditversorgung und schwacher Zahlungsmoral der Kundschaft; sie machen sich Sorgen über die finanziellen Auswirkungen von Tarifverträgen mit neuen Urlaubsregelungen und über Probleme, die

26. März 1953:
Bundestag beschließt
»Gesetz zur Ordnung
des Deutschen Hand-
werks«.

6. September 1953:
Konrad Adenauer
gewinnt absolute
Mehrheit.

24. September 1953:
Deutsche Handwerks-
ordnung tritt in Kraft.

1954:

Das Blatt »Das Handwerk« (Erstauflage 19.000) löst die »Mitteilungen der Handwerkskammer Reutlingen« ab.

1955:

In den Geschäftsberichten beklagt die Handwerkskammer Reutlingen den Nachwuchsmangel.

5. Mai 1955:

Deutschlandvertrag beendet Besetzungszeit.

sich aus Betriebsverfassungs- und Kündigungsschutzgesetz ergeben; sie wünschen eine Neuregelung der Altersversorgung im Handwerk mit gelockelter Versicherungspflicht; sie beklagen Schwarzarbeit und fühlen sich durch Nichtbefolgung der VOB durch öffentliche Stellen benachteiligt. Nicht zuletzt stöhnen alle unter der Soforthilfeabgabe im Rahmen des Lastenausgleiches und unter zu hohen Steuern.

Die Kammer nimmt sich all dieser Probleme mit Nachdruck an; so werden die öffentlichen Auftraggeber wiederholt daran erinnert, dass nach wie vor die Vergabeordnung Bau (VOB) von 1927 gültig ist. Die Nachkriegsjahre bringen viele Unsitten hervor, die jetzt mühsam zurückgedrängt werden müssen. Besonders bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit, die seit der Währungsreform überhand nimmt, setzt die Kammer auf die Zusammenarbeit mit Behörden.

Vieles geht wieder seinen Gang wie vor 1933: Ähnliche Probleme werden ähnlich angegangen. Der Kontakt zum Handwerk wird intensiviert durch enge Zusammenarbeit mit Innungen, Kreisinnungs- und Fachverbänden, Beschwerden in Gesprächen mit Regierungsstellen weitergegeben. Die Kammer versucht, dem Handwerk Gehör zu verschaffen und hilft die Qualität handwerklicher Arbeit zu steigern: durch Fortbildungskurse, Lehrlingsausbildung, Gewerbeförderung.

Im Kammerbezirk zeigt sich bereits zu Beginn der Fünfzigerjahre eine Entwicklung, die für das bundesdeutsche Handwerk typisch werden soll: Die Zahl der Betriebe nimmt ab, die Zahl der Beschäftigten im Handwerk zu. Das heißt: die Zeit der Alleinmeister und Nebenerwerbshandwer-

ker auf dem Lande ist vorbei – und, wie es die Kammer im Geschäftsbericht formuliert, die Leistungskraft des einzelnen Betriebes steigt. Die technische Ausstattung bessert sich laufend – nicht zuletzt, weil Betriebe, denen Maschinen entnommen wurden, so genannte Remontagekredite zum Kauf moderner Maschinen erhalten.

Ein Blick auf die Betriebsstatistik verdeutlicht den Rückgang der Betriebe bei gleichzeitigem Personalzuwachs. Am 1. Januar 1949 gibt es im Kammerbezirk einschließlich Lindau 32.310 Betriebe mit insgesamt 81.000 Beschäftigten, einschließlich Lehrlingen (rd. 16.000) – ein Jahr später 31.302 Betriebe. Bis Ende 1952 sinkt die Zahl auf 30.739. Aber schon im September 1949 schnellte die Zahl der Beschäftigten auf fast 90.000 hoch. Zwischen 1950 und 1952 übertrifft die Zahl der Betriebsschließungen die der Neugründungen um 4.160, ein Rückgang um 2,7 Prozent. Die Anzahl der Betriebe je 1.000 Einwohner sinkt deutlich. So werden 1950 im traditionell stark besetzten Kreis Calw/Nagold 29,3 Betriebe gezählt, während es in den 30er Jahren noch über 40 waren.

Einzelne Berufe erleben einen intensiven Modernisierungsschub. In den »Mitteilungen der Handwerkskammer Reutlingen« wird im Januar 1950 folgender Bericht veröffentlicht: *»Wenn heute ein 75-jähriger Zimmermeister zurückschaut auf seine berufliche Lebensarbeit, dann sieht er mancherlei berufliche Veränderungen an seinem geistigen Auge vorbeiziehen. Zu Beginn seiner Lehrzeit, Ende der 80er Jahre, war die Zimmerei noch ein reiner Handbetrieb. Das Rundholz wurde mit dem Breitbeil beschlagen, die Zapfenlöcher mit der Queraxt eingeschlagen, alle Hölzer ausgewählt und auf*

dem Werksatz mit Sorgfalt ineinander gefügt, also abgebunden. Die Arbeitszeit begann während der Sommerzeit vielfach um 5 Uhr und dauerte bis abends 7 Uhr. Auch die Zimmerleute waren anders. Sie hatten fast alle einen Vollbart und auf dem Kopf trugen sie Zylinder oder ähnliche steife Hüte. Allerdings auch das 'Blaumachen' am Montag oder bei sonstigen Anlässen war noch in der Mode. Der Lehrling hatte die nicht ganz leichte Aufgabe des 'Vesperholens' für die Gesellen zu besorgen. Wehe, wenn er den falschen Käse brachte oder die Wurst beim falschen Metzger kaufte! Mit langen Beilspänen wurde er drohend auf seine Pflicht hingewiesen. Das ist längst vergessen!»

Seither hat sich manches geändert: Das Holz wird in Sägewerken und mit Hobelmaschinen vorbereitet; Hauskonstruktionen ändern sich, freitragender Holzbau und Eisenbeton bestimmen das Bild. In den 20er Jahren kommen elektrische Handmaschinen auf nach dem Motto »die Maschine zum Holz«, also direkt auf die Baustelle. Die wissenschaftliche Erforschung des Holzbaus hat sich verstärkt, man kann immer häufiger Zimmerleute sehen, die selbst zu Bleistift und Rechenschieber greifen. Der Fachwerkbau verschwindet trotz seiner »ruhmreichen Vergangenheit«, ebenso die Holzbalkendecke, die von der Massivdecke aus Fertigbetonbauteilen verdrängt wird. Dieser Strukturwandel innerhalb der einzelnen Handwerke gilt nicht nur für den Beruf des Zimmermannes, auch andere Handwerke müssen die technische Entwicklung nicht nur nachvollziehen, sondern oft genug vorwegnehmen.



Auf dem Weg nach Europa

» *Neue Techniken
machen eine immer
spezialisiertere
Ausbildung notwendig.
Lebenslanges Lernen
ist gefordert.* «



Mit demokratischen Mitteln auf dem Weg in Richtung Fortschritt

Das Handwerk in der Bundesrepublik Deutschland

Das Handwerk in den westlichen Besatzungszonen arbeitet an der Wiederherstellung des einheitlichen Handwerksrechts. Am 10. Dezember 1947 wird die »Zentralarbeitsgemeinschaft des Handwerks im vereinigten Wirtschaftsgebiet« (ZAG) gegründet, ein Provisorium, das nur bis zur deutschen Wirtschaftseinheit Bestand haben soll. Herausragende Ziele sind die Erhaltung des Großen Befähigungsnachweises und Schaffung eines Bundesverbandes für alle Handwerksorganisationen – am 30. November 1949 wird der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) aus der Taufe gehoben. Richard Uhlemeyer, Präsident der Handwerkskammer Hannover, wird erster Präsident des ZDH.

Ein Ziel des ZDH in der Nachkriegszeit ist das einheitliche deutsche Handwerksrecht nach den Grundsätzen der organisch gewachsenen deutschen Handwerksordnung.

53 Sitzungen des parlamentarischen Sonderausschusses und fast drei Jahre lang dauert der Gesetzgebungsmarathon, bis am 24. September 1953 die »Handwerksordnung« in Kraft tritt. Eng mit der Handwerks-

ordnung verbunden ist Konrad Adenauer – nach Gesprächen mit ZDH und Handwerk setzt sich der Bundeskanzler persönlich für die neue Gesetzgebung ein.

Diese Handwerksordnung ist bis heute das durch das Bundesverfassungsgericht anerkannte Fundament, auf dem die Handwerksorganisationen stehen und somit Basis für die gesunde, leistungsstarke Entwicklung des Handwerks in Deutschland.

In der Handwerksordnung enthalten sind u. a.:

- ▶ der Große Befähigungsnachweis, der zur Eintragung in die Handwerksrolle und damit zur selbstständigen Führung eines Handwerksbetriebs, zur Führung des Meistertitels und zur Ausbildung von Lehrlingen berechtigt;
- ▶ die Anerkennung der handwerklichen Berufsausbildung und -fortbildung mit den drei Stufen Lehrling – Geselle – Meister;
- ▶ die Bestätigung der Handwerkskammern als echte Selbstverwaltungskörperschaften des öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft unter Rechtsaufsicht der obersten Landesbehörde;

- ▶ die Mitwirkung der Gesellen in Vollversammlung und Vorstand der Handwerkskammer in Form der Drittelparität;

Um den Handwerksbetrieben den Anschluss an den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen, tritt am 16. September 1965 das »Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung« in Kraft. Der Große Befähigungsnachweis wird lockerer gestaltet; ohne zusätzliche Meisterprüfung kann der einzelne Handwerksbetrieb auf »verwandte« Handwerke ausgedehnt werden.

Die Ausbildungspolitik steht in den 70er Jahren im Vordergrund. Ohne staatlichen Zwang durch Ausbildungsförderungsgesetze, sondern aus eigener Kraft startet das Handwerk im Selbstverständnis als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Berufsgruppe eine bundesweite Lehrstelleninitiative. Mit Erfolg: von 405.000 Lehrlingen im Jahr 1971 schafft das Handwerk eine Steigerung der Ausbildungsplätze im Handwerk um satte 42 Prozent; 1980 werden 703.000 Jugendliche im Handwerk ausgebildet.

1955 – 1966: Die Handwerkskammer wird zum Dienstleister

Die Nachkriegskrise ist überwunden – zumindest dokumentieren dies diverse Geschäftsberichte jener Zeit. Doch das heißt nicht, dass das Handwerk keine Sorgen mehr hat. Der Geschäftsbericht für 1955 bis 1957 etwa hat zum Generalthema die Nachwuchsausbildung. Das Handwerk leidet schwer unter Nachwuchsmangel, bei allem wirtschaftlichen Erfolg sei deshalb die Zukunft gefährdet. Die schon Ende der 40er Jahre angekündigten »schwachen« Jahrgänge verringern die Zahl der Schulabgänger. 1955 machen 9.742 Jugendliche im Kammerbezirk eine Handwerkslehre, zwei Jahre später nur noch 7.805. Davon streben die meisten in Metallberufe, immer weniger in den Baubereich.

Die in Krisenzeiten so sehr begehrten Nahrungsmittelberufe sind kaum gefragt. 1955 gibt es 425 Bäckerlehrlinge, zwei Jahre später nur 252. Ähnlich sieht es bei den Metzgern, bei Herrenschnidern (116 bzw. 70), Schuhmachern (77 bzw. 44) und Wagern (21 bzw. 8) aus. Im Trend liegen Berufe wie Elektromechaniker, Installateure oder Radio- und Fernselektiker (721 Lehrlinge). Auch Landmaschinenhandwerker (76) und Kfz-Mechaniker haben mehr Auszubildende (651).

Um der drohenden Nachwuchskatastrophe entgegenzuwirken, unternimmt die Kammer große Anstrengungen. Sie sucht den engen Kontakt zu Meistern, Eltern, Schule und Arbeitsverwaltung, macht sich Gedanken über die Qualität der Ausbildung. Nach wie vor sieht das Handwerk die Berufsausbildung nicht nur als rein fachliche Veranstaltung, sondern als Kombination von

beruflicher Bildung und erziehender Lebensphase. Aber nicht jeder alteingesessene Meister kann den Zeichen der Zeit folgen und den kritischer werdenden Jugendlichen ein verständnisvoller Begleiter sein.

Daher wird in der von der Kammer 1953 geänderten Meisterprüfung der Erziehung mehr Raum gegeben. So soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass, so die Erkenntnis des Handwerks, zwischen seelischer und körperlicher Reife der jungen Menschen eine immer größer werdende Lücke klafft, was zu »seelischer Unausgeglichenheit« führe. Das müsse der Meister wissen, um dem Jugendlichen Halt zu sein, ihm Selbstwert zu verleihen und aus seiner jugendlichen Verslossenheit herauszuholen.

»Neue Technologien und Nachwuchsmangel müssen buchstäblich »gemeistert« werden«

Die Weiterbildung wird immer stärker gefördert. Zahlreiche Zusatz- und Vorbereitungskurse werden von Kammer, Gewerbeförderung und Innungen angeboten. Dabei stehen nicht nur fachliche Aspekte auf der Tagesordnung, sondern auch politische. Beispiel: Auf dem Programm der Lehrlingsausbildungswoche in Inzigkofen steht für Dienstag, 14. Januar 1958, 14:00 Uhr: »Bolschewistische Herausforderung«. Die großen politischen Fragen beschäftigen eben auch das Handwerk.

Im neuen Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen – nach Gründung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg (Südweststaat) wird zunächst der frühere Bezirk

1956:

Die Hermann-Eberhardt-Stiftung wird nach Ausscheiden des Namensgebers aus der Handwerkskammer Reutlingen ins Leben gerufen; aus ihr gehen jährlich 2000 Mark an verdiente Obermeister.

21. Februar 1957:

Bundestag verabschiedet Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

25. März 1957:

Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland schließen EWG-Vertrag.

Juni 1958:

Handwerkskammer Reutlingen richtet Betriebsberatungsstelle ein; bis Ende 1961 finden dort 1.445 Beratungen statt.

17. Juli 1961:

Bundesverfassungsgericht bestätigt Verfassungsmäßigkeit der deutschen Handwerksordnung.

13. August 1961:

Bau der Berliner Mauer beginnt.



beibehalten, 1954 wieder geändert, wobei Münsingen, Ravensburg, Ehingen/Donau, Biberach und Saulgau wieder zur Handwerkskammer Ulm kommen – gibt es am 1. Januar 1955 20.024 Betriebe, drei Jahre später nur 18.688. Zugleich nimmt die Zahl der Beschäftigten zu, was den allgemeinen Trend zum größeren Betrieb widerspiegelt. Am meisten hat das Bekleidungshandwerk verloren. Viele Schmiede, Wagner und Sattler, die sich nicht schnell genug auf die neuen Herausforderungen umstellen können, müssen ihren Beruf aufgeben. Einige traditionelle Schwerpunkte weist das Handwerk der Region auch noch Ende der 50er Jahre auf: Chirurgiemechaniker in Tuttlingen, Gerber in Metzingen und Nagold, Handschuhmacher in Balingen und Möbelschreiner im nördlichen Schwarzwald, der Bau von medizinischen Apparaten in Jungingen im Killertal.

Der Export handwerklicher Produkte aus dem Bezirk läuft immer besser, besonders gefördert von Land und Kammer. 1958 werden aus Baden-Württemberg handwerk-

liche Erzeugnisse im Wert von 47 Millionen Mark exportiert, zwei Jahre später Waren im Wert von 60 Millionen DM.

Fazit der Kammer: eine Betriebsgründung im Handwerk lohnt sich. Nur Kapitalbeschaffung, hohe Steuern und Einkaufspreise werden als hemmend genannt, obwohl sich staatliche Stellen (etwa durch »Junghandwerkerdarlehen« und eine Senkung der Umsatzsteuer für mittlere Betriebe um etwa 700 DM pro Jahr) durchaus bemühen, Beschwerden aus dem Mittelstand nachzugehen.

Am Jahrzehntwechsel hat sich an dieser grundsätzlich positiven Lage des Handwerks nichts geändert. Den Geschäftsbericht für 1958 bis 1961 leiten Präsident Geisel und Hauptgeschäftsführer Dr. Beyer (der Syndikus Eberhardt 1956 abgelöst hat) fast schon besorgt über die überhitzte Konjunktur der vergangenen Jahre ein: Der Wirtschaftsablauf der jüngsten Zeit sei durch eine noch nie da gewesene Dynamik gekennzeichnet. Deshalb steht in diesem Geschäftsbericht das Thema »Der Hand-



*Dr. Herbert Beyer,
Hauptgeschäftsführer
(1956–1987)*

werker als Unternehmer« im Vordergrund. Neue technische, aber auch betriebswirtschaftliche Herausforderungen gilt es für den Meister zu bewältigen. Die Wissenschaft bringt neue Technologien, Rohstoffe und Produktionsweisen, die buchstäblich »gemeistert« werden müssen. Daneben wird immer deutlicher, dass sich derjenige, der sich um Kalkulation, Buchführung, Finanzierung oder Investitionen zu wenig kümmert, bald von der Konkurrenz verdrängt wird. War in den Jahren zuvor der Meister als Erzieher gefordert, soll nun seine Qualität als Unternehmer gefördert werden.

Die Kammer intensiviert ihr Beratungs- und Weiterbildungsangebot. So werden von der Kammer spezielle Unternehmensführungslehrgänge durchgeführt, bei denen Fachleute aus Wirtschaft, Finanz und Verwaltung Vorträge halten. Im Juni 1958 wird bei der Kammer eine Betriebsberatungsstelle eingerichtet. Hier können sich Betriebe wertvolle Hilfe in allen Fragen rund um Buchhaltung, Kalkulation, Steuer-

wesen, Kapitalbildung und Recht holen. Bis Ende 1961 werden insgesamt 1.445 Beratungen durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf Buchführung (328 Beratungen), Steuerfragen (292) und rechtlichen Problemen (237) liegt, während z. B. nur 28 Beratungen in Personalfragen durchgeführt werden.

Wie sehr sich das Bild des Handwerks seit Beginn der Fünfzigerjahre gewandelt hat, zeigt die Einrichtung einer Technischen Beratungsstelle im Januar 1963. Handwerker können hier Rat bekommen beim Kauf neuer Maschinen, der Einführung neuer Produktionstechniken, aber auch der Gestaltung des Arbeitsablaufs, des Arbeitsplatzes und der technischen Ausstattung von Werkstattneubauten. Seit 1965 veranstaltet die Kammer spezielle Lehrgänge in Elektronik, die so erfolgreich sind, dass im April 1966 ein eigenes Elektroniklabor mit einem hauptberuflichen Mitarbeiter eröffnet wird.

Die 1960 erstmals durchgeführte Sozialstatistik der Meisterprüfung zeigt, dass von den Meisterprüfungskandidaten nach wie

1963:

Start der Fußball-Bundesliga.

Januar 1963:

In Reutlingen wird die Technische Beratungsstelle der Kammer eingerichtet.

15. Oktober 1963:

Adenauer tritt zurück, Erhard neuer Bundeskanzler.



Seit 1965:

Die Reutlinger Kammer bietet Lehrgänge in Elektronik an.

23. Juni 1965:

Bundestag verabschiedet »Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung«.

April 1966:

In Reutlinger Kammer richtet eigenes Elektroniklabor ein.

Mai 1968:

Die Handwerkskammer Reutlingen und die »Chambres de Métiers« in Roanne und Saint-Etienne unterzeichnen im Reutlinger Rathaus einen Partnerschaftsvertrag.



vor rund 87 Prozent einen Volksschulabschluss haben, nur 5,8 Prozent mittlere Reife und 6,5 Prozent eine abgebrochene Gymnasialausbildung. Nur 0,4 Prozent der Lehrlinge im Handwerk haben Abitur. Der Beruf des Vaters ist nicht mehr ausschlaggebend für die Wahl der Jugendlichen. Im Bau- und Metallhandwerk folgt nur ein Drittel der Meisterprüflinge dem Vater, ein weiteres Drittel sind Söhne und Töchter von »Unselbstständigen aus der Privatwirtschaft«, in der Regel also Arbeiter aus der Industrie. Nur sieben Prozent der Prüflinge stammen aus Flüchtlingsfamilien, was zeigt, dass sich das regionale Handwerk weitgehend aus alteingesessenen Familien rekrutiert.

Nach wie vor problematisch: es gibt zu wenige Facharbeiter. Gastarbeiter bringen dem Handwerk keine Entlastung, da deren Qualifikation meist zu schlecht und die Sprachbarriere gerade im kundenintensiven Handwerk zu hoch ist. Die Lehrlingszahlen sinken weiter. 1958 sind etwa 7.000 Jugendliche in die Lehrlingsrolle eingetragen, 1961 nur noch knapp 5.000. Danach steigen die Zahlen wieder, die starken Jahrgänge verlassen die Schule: 1962 rund

5.400, 1965 rund 7.100. Die Kammer hält 1966 fest: der Bedarf an Facharbeitern wird immer besser gedeckt.

Die Betriebszahl bleibt weitgehend konstant. Zwischen 1962 und 1966 sinkt sie von 18.871 auf 17.416. 1963 gibt es 84.168 Beschäftigte im regionalen Handwerk, die einen Gesamtumsatz von etwa 2,1 Milliarden DM erarbeiten.

Alles in allem steht das Handwerk der Region gut da, auch wenn es nach wie vor auf Bundes- und Landesebene bessere Kreditmöglichkeiten, niedrigere Steuersätze und eine vereinfachte Steuergesetzgebung fordert. Die Industrie wird nicht mehr als Konkurrent angesehen. Im Gegenteil: man gesteht ein, dass das Handwerk von der geradezu stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie profitiert. Die Industrie werde das Handwerk niemals verdrängen können, so lange es gut ausgebildet sei, so die selbstbewusste Aussage der Kammer.

Einige Besonderheiten rund um die Reutlinger Kammer: der Präsident der Kammer, Geisel, wird zum Vorsitzenden des ZDH-Hauptausschusses für Koordinierung der Handwerkspolitik in den Ländern ernannt;

auch in zwei weiteren Hauptausschüssen des ZDH ist die Kammer vertreten: Recht und Steuer- und Finanzpolitik.

Die seit 1946 in einer Auflage von 2.500 herausgegebenen »Mitteilungen der Handwerkskammer Reutlingen« werden 1954 durch das noch heute erscheinende Blatt »Deutsche Handwerks Zeitung« abgelöst (Erstauflage: 19.000). Es wird jedem in der Handwerksrolle eingetragenen Betrieb zugesandt und schafft so eine breite Basis für die Kooperation zwischen Kammer und Betrieb.

Und: aus der Hermann-Eberhardt-Stiftung (die nach dem Ausscheiden des langjährigen, verdienten Geschäftsführers der Kammer 1956 eingerichtet wird) gehen jährlich etwa 2.000 DM an verdiente Obermeister.

Ein neuer Bezirk: Spiegelbild des vielfältigen Handwerks

1973 wird in Baden-Württemberg eine durchgreifende Gebietsreform durchgeführt. Kreise werden zum Zweck der Verwaltungvereinfachung zusammengefasst, Grenzen neu gezogen. Durch diese Reform ändert sich auch der Bezirk der Reutlinger Kammer zum fünften Mal. Jetzt werden die Kreise Calw, Rottweil und Tuttlingen ausgegliedert, hinzu kommen Teile der früheren Kreise Münsingen und Saulgau sowie einzelne Gemeinden der früheren Kreise Stockach und Überlingen. Der Kammerbezirk spiegelt heute die Vielfalt des Handwerks wider, aber auch Eigenheiten und Besonderheiten der fünf Landkreise: Freudenstadt, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und der Zollernalbkreis. Damit reicht er vom Neckar bis an den Bodensee, vom Schwarzwald bis nach Oberschwaben und die Schwäbische Alb.

Die 70er Jahre: Gebremste Konjunktur und technologischer Wandel

Die Hochkonjunktur der bundesdeutschen Wirtschaft seit Mitte der 50er Jahre weicht seit etwa 1965 der Rückkehr zu »normalen« Konjunkturzyklen. Der Boom ist vorbei. Das spürt auch das Handwerk. Die 70er Jahre bringen Stagnation und Einbruch. Im Rückblick auf 1977 konstatiert der seit 1974 amtierende Präsident der Kammer, Ernst-August Karrer: »Das abgelaufene Jahr war für uns Handwerker sicher nicht berauschend, obwohl das Handwerk im Allgemeinen das Jahr 1977 strukturell und konjunkturell besser überstand als zunächst anzunehmen war.«



seit 1971:

Lehrlingsaustausch mit den französischen Partnerkammern.

1971:

Kammer Reutlingen stellt zweiten Betriebsberater ein.

20. Oktober 1971:

Friedensnobelpreis für Willy Brandt.

*Ernst-August Karrer
Präsident
(1974 – 1984)*

Zwar zeigt das regionale Handwerk in den 70er Jahren mitunter Schwächen, aber diese wachsen sich nie zur Krise aus. Im Gegenteil: 1979 vermeldet die Kammer ein deutliches Plus bei allen Konjunkturdaten wie Beschäftigungs- und Auftragslage, Investitionsbereitschaft und Betriebsauslastung.

Dabei fängt zum Beispiel der Zuwachs im Kfz-Handwerk die Flaute im Baubereich auf.

Das Handwerk der Region behauptet seinen Platz in der Wirtschaft des Landes nicht nur, sondern baut ihn aus. Zwar geht die Zahl der Betriebe im Bezirk weiter zurück; 1977 von 10.263 auf 10.082, Ende 1979 auf 9.883. Zugleich hält der Trend zum größeren Betrieb an, die Zahl der Beschäftigten geht nicht entsprechend zurück. Die Verteilung der Betriebe nach Berufen spiegelt grundsätzlich noch die alten Strukturen des Bezirks wider, obwohl Holzberufe und Textilhandwerk an Boden verloren haben die moderneren Berufe die traditionellen ersetzen. Mit 3.046 Betrieben steht der Metallbereich 1977 an erster Stelle, gefolgt vom Bau (2.363), Nahrungsmittelhandwerk (1.264), Bekleidungsbranche (1.152) und Holzberufen (1.103). Die Betriebszahl im Bekleidungs- und Holzhandwerk geht permanent zurück, wie die Eintragungen in der Handwerksrolle zeigen. 1979 geben

16 Schuhmacher ihren Betrieb auf (von insgesamt noch 283), zehn Stricker (von 104) und neun Herrenschneider (von 121). Zugleich wächst die Zahl der Kfz-Betriebe um 15 (insgesamt 504), die der Radio- und Fernsehtechniker um sieben (101).

Der seit den frühen 50er Jahren bestehende Trend zum größeren Betrieb setzt sich ebenso fort, wie der Strukturwandel hin zu »modernen« Berufen im Handwerk. Wie nachhaltig, macht ein Blick auf die Entwicklung der Gewerbegruppen zwischen 1974 und 1987 deutlich. In diesem Zeitraum sinkt die Zahl der Baubetriebe relativ schwach von 2.405 auf 2.256, wobei vor allem kleine Betriebe eingestellt werden. Der Metallbereich nimmt im gleichen Zeitraum von 2.982 auf 3.447 Betriebe zu. Einen massiven Rückgang verzeichnet das Textilhandwerk: Von 1.358 Betrieben auf 745; etwas geringer ist der Rückgang im Bereich Holz: Von 1.215 auf 914. Hier, ebenso wie bei den Nahrungsmittelhandwerken, die zunehmend

den Großbäckereien und den Supermärkten Platz machen müssen, kommt der Zuwachs von Großbetrieben zum Tragen.

Der Wunsch nach Selbstständigkeit im Handwerk bleibt groß. Zugleich erhöhen neue Verordnungen zur Meisterprüfung die technischen Anforderungen, was zum deutlichen Rückgang an Kandidaten führt. Das Ergebnis: viele nicht bestandene Prüfungen – 1977: 104 von 531 Kandidaten (19 Prozent), 1978: 101 von 369 Prüflingen, 1979: 124 von 346, also 23 Prozent!

Die Kammer versucht, durch Ausbau und Verbesserung der Vorbereitungslehrgänge gegenzusteuern. Allerdings zeigt sich schon seit längerem, dass die Räumlichkeiten der Kammer nicht ausreichen. Nicht zuletzt deshalb wird beschlossen, nicht nur ein neues Kammergebäude zu errichten, sondern zudem ein Zentrum für überbetriebliche Ausbildung in Tübingen. Beide Bauvorhaben werden 1979 in Angriff genommen. Damit macht die Kammer





einen entscheidenden Schritt hin zur Qualitätsverbesserung in der fachlichen Ausbildung.

Die Anforderungen wachsen in der Tat sprunghaft. Das Handwerk wird seit Mitte der 60er Jahre vermehrt mit neuen Technologien konfrontiert; vor allem im Bereich Elektronik und Energie. Die »Ölkrise« 1973 führt zur Suche nach neuen Wegen bei der Energieeinsparung. Die angehenden Handwerker müssen sich mit Solartechnik und Wärmepumpen auseinander setzen und die Kammer forciert die Aus- und Weiterbildung in solchen Techniken. Auch die elektronische Datenverarbeitung tritt ihren Siegeszug an. Im Jahresbericht 1979 des kammer-eigenen Lehrinstituts für Elektronik, dessen

Ausstattung laufend dem neuesten Stand angepasst wird, steht der euphorische Satz: »Die Symbiose Mensch-Computer sucht, in optimaler Kybernetik, unsere Evolution genial zu gestalten.« Heute, zwanzig Jahre später, sehen wir Chancen, aber auch Risiken der Computertechnik wohl etwas nüchterner.

Die Lehrlingsausbildung steht weiter im Vordergrund. Dabei macht wohl weniger die Qualität der Ausbildung oder die der Lehrlinge Sorge, sondern eher die seit 1973 stetig steigende Zahl der Schulabgänger. Aus einem »Lehrlingsmangel« wird ein »Lehrstellenmangel«. 1979 wird in enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung versucht, mehr Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Alle Betriebe des Kammerbezirks bekommen einen persönlichen Brief von Wirtschaftsminister Eberle und Kammerpräsident Karrer mit der Bitte, zusätzliche Lehrlinge einzustellen. Der Erfolg kann sich sehen lassen: 1.128 Auszubildende werden im Handwerk zusätzlich untergebracht.

Nach wie vor drängen viele Jugendliche in einige wenige »Modeberufe«. Das Handwerk bietet insgesamt in 115 Berufen eine Lehre an, aber zwei Drittel der Jugendlichen konzentrieren ihre Wünsche auf Berufe wie Friseur, Kfz-Mechaniker, Elektroinstallateur und Maler, Bäcker, Fleischer, Tischler, Mechaniker, Maurer und Gas- und Wasserinstallateur. 1976 machen von insgesamt 5.742 Lehrlingen 3.628 eine Ausbildung in diesen Berufen, ein Jahr später 3.980 (von 6.438). Die vier beliebtesten Berufe bleiben auch in den folgenden Jahren Kfz-Mechaniker, Friseur, Elektroinstallateur und Maler. Die Lehrlingszahlen nehmen insgesamt bis 1979 stark zu: 7.057 im Jahr 1978, 7.425 im Jahr 1979.

5. November 1972:
Terror-Überfall auf das olympische Dorf in München.

1973:
Gebietsreform in Baden-Württemberg; der Reutlinger Kammerbezirk ändert sich zum 5. Mal und erstreckt sich jetzt über die Landkreise Freudenstadt, Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen und den Zollernalbkreis.

Das Handwerk in Europa

Partnerschaften über die Staatsgrenzen hinaus

Partnerschaft mit Frankreich: In der Ära der Freundschaft werden Grenzen immer bedeutungsloser

Die 60er Jahre setzen der »Erbeindschaft« zwischen Frankreich und Deutschland eine neue Ära der Freundschaft entgegen. Die Reutlinger Kammer schließt sich mit großer Überzeugung an. Das Handwerk der Region und des Landes hat immer schon den Blick über die Grenzen gehoben. Der Handwerksexport aus Baden-Württemberg steigt in den 50er Jahren stetig. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) weist zudem den Weg zu wirtschaftlicher Verständigung als Grundlage politischer Freundschaft.

Im Mai 1968 wird zwischen der Handwerkskammer Reutlingen und den »Chambres de Metiers« Roanne und Saint-Etienne (zuständig für das Departement Loire) im Reutlinger Rathaus ein Partnerschaftsvertrag unterzeichnet. Die Partnerkammern verpflichten sich darin zur freundschaftlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit, zu stetem Austausch auf kulturellem und technischem Gebiet.

In den folgenden Jahren wird bei zahlreichen Besuchen und Treffen der Kontakt zwischen schwäbischen und französischen Handwerkern gepflegt und ausgebaut. Das betrifft nicht nur die jeweiligen Präsidenten und Geschäftsführer, sondern vor allem die Handwerker selbst. Besonders im Jugendbereich finden zahlreiche Begegnungen statt. Der Lehrlingsaustausch trägt seit 1971 dazu bei, Verständnis für

Wirtschaft, Kultur und Mentalität der Partner zu wecken und zu vertiefen.

Diese Partnerschaft ist heute noch so lebendig wie vor dreißig Jahren. Sie trägt mit dazu bei, dass viele Handwerker diesseits und jenseits der immer bedeutungsloser werdenden Grenzen das gemeinsame Europa nicht als Bedrohung, sondern als Chance sehen und begreifen.



Das Handwerk wächst über die Staatsgrenzen hinaus zusammen: Das Handwerk in Europa

Ende der 70er Jahre blickt das Handwerk in Deutschland zunehmend über den Teller- rand: Europa wächst zusammen und damit auch das Handwerk der Mitgliedsstaaten. Mit den Verbänden der Klein- und Mittelbetriebe aus Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Frankreich, Italien, Großbritannien und Dänemark gründet der ZDH die Europäische Union des Handwerks der Klein- und Mittelbetriebe (UEAPME). Die europäische Interessenvertretung zeigt sich selbstbewusst und betont beim Antrittsbesuch in Brüssel die europäische Bedeutung des Mittelstandes: »Über 90 Prozent der Unternehmen sind Klein- und Mittelbetriebe.«

Fast zeitgleich mit der Wiedervereinigung des deutsch-deutschen Handwerks wird 1990 in Brüssel das Büro des ZDH eröffnet. Jetzt können vor Ort die Interessen des Mittelstandes und des Handwerks in Europa besser vertreten und auf aktuelle politische Entwicklungen kann schneller reagiert werden.

Das Engagement des deutschen Handwerks endet nicht an den europäischen Grenzen – die deutschen Handwerkskammern und Fachverbände haben weit über 100 Partnerschaften in Mittel- und Osteuropa, in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Die »Sozialstatistik« der Meisterprüflinge von 1979 zeigt keine Änderung im Bildungsstand der Prüflinge. Hatten 1960 rund 87 Prozent der Kandidaten Volksschulabschluss, sind es jetzt sogar 92 Prozent. Die Zahl der Abiturienten ist nur von 0,4 Prozent auf 0,7 Prozent gestiegen. Nach wie vor also ist das Handwerk für Abiturienten unattraktiv.

Neue Techniken machen eine immer spezialisiertere Ausbildung notwendig; die Betriebsberatung nimmt an Bedeutung laufend zu. Die Kammer folgt einem Beschluss des Handwerksrates in Bonn, wonach der rasche Strukturwandel im Handwerk eine Anpassung in betriebswirtschaftlicher, marktwirtschaftlicher, technischer und sozialpolitischer Hinsicht notwendig mache und stellt 1971 einen zweiten Betriebsberater ein; von 267 Beratungen 1971 schnellte die Zahl 1972 auf 417 hoch. Der Schwerpunkt liegt bei Betriebsgründungs- und Finanzierungsfragen; immerhin hat die Konjunkturumfrage für 1979 eine deutlich höhere Investitionsneigung signalisiert. Allerdings beklagt die Betriebsberatungsstelle, dass die große Zahl der Beratungen die Qualität beeinträchtigt. Man wünscht weniger, aber dafür längere und intensivere Beratungen. Ein weiterer Schwerpunkt bei den Beratungen zeichnet sich gegen Ende Siebzigerjahre ab: Immer häufiger wenden sich Handwerker mit Fragen zur Umweltgesetzgebung oder Energiesparmaßnahmen an die Kammer. Auch der heute so aktuelle Bereich der Innovationsförderung nimmt an Bedeutung zu.

In diese Jahre fällt auch die Gründung der »Betriebsbörse« als weiterer Service der Kammer. Ihre Aufgabe: Interessenten für Betriebsnachfolge mit übergabewilligen



Meistern zusammenzubringen. Außerdem werden regionale Beratungstage eingerichtet, um auch denjenigen Handwerkern den Beratungsservice zu bieten, die einen langen Anreiseweg zur Kammer haben.

Das Rechtsreferat meldet in den 70er Jahren ein zunehmendes Qualitätsbewusstsein der Kunden. Das führt dazu, dass immer häufiger Streitigkeiten wegen mangelhafter Arbeit, Terminüberschreitungen oder überhöhter Rechnungen behandelt und geschlichtet werden. Außerdem führt eine Flut neuer Vorschriften dazu, dass die Rechtsabteilung von Anfragen der Betriebsinhaber förmlich überschwemmt wird.

Verstaatlichung des Handwerks

Das Handwerk in der Deutschen Demokratischen Republik

Während die Handwerker im Westen Deutschlands mit einer demokratischen Handwerksordnung rechnen können, werden in der DDR die historischen Strukturen des Handwerks systematisch ausgehebelt. Reiner Hohn scheint das am 9. August 1950 von der provisorischen Volkskammer erlassene »Gesetz zur Förderung des Handwerks«. Das Handwerk wird auf Kleinbetriebe beschränkt: »In den Handwerks- und Kleinindustriebetrieben dürfen nicht mehr als zehn Personen beschäftigt werden«. Außerdem wird der Große Befähigungsnachweis stark eingeschränkt. Die Meisterprüfung berechtigt nicht mehr ohne weiteres zur selbstständigen Ausübung eines Handwerksberufs, sondern ist nur noch Voraussetzung für die Erteilung einer entsprechenden Genehmigung. Mit enorm hoher Besteuerung, strengen Vorschriften für Preiskalkulation und Materialeinkäufe wird jeglicher privatwirtschaftlicher Initiative ein Riegel vorgeschoben.

Die Aufgaben der Handwerkskammern werden stark eingeschränkt. Die Lehrlingsausbildung und die Abnahme der Gesellen- und Meisterprüfungen wird mit der »Verordnung über die Umbildung der Vertretungen des Handwerks« vom 20. August 1953 unter die Kontrolle des Volksbildungsministeriums gestellt.

Der Druck auf das Handwerk, sich in Produktionsgemeinschaften zusammenzuschließen, wird immer größer. Mit der Verordnung über die Produktionsgemeinschaften des Handwerks (PGH) vom 18. Au-

gust 1955 werden die noch privatwirtschaftlich arbeitenden Handwerker vor die schlichte Wahl gestellt, zu Lohnempfängern des Staates zu werden, oder durch systematischen Ausschluss von Aufträgen und Materiallieferungen in den sicheren Ruin getrieben zu gehen. Wie stark der Druck auf das Privathandwerk ist (für das Betriebsgenehmigungen aus »volkswirtschaftlichen Gründen« übrigens jederzeit widerrufen oder verweigert werden können), zeigt die Geheimanweisung des Ostberliner Oberbürgermeisters Ebert vom Januar 1956: *»..., dass es zu den selbstverständlichen Pflichten aller Organe der Staatsmacht (...) gehört, Aufträge (...) grundsätzlich nur volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben zu erteilen.«*

Bis 1960 steigt die Zahl der PGH von 75 auf 3.878. Fast 75.000 private Handwerksbetriebe geben auf. Über 8.500 Handwerksmeister fliehen bis 1960 in den Westen.

Der Verfall und Mangel wegen fehlender Handwerksarbeit wird von der Bevölkerung – teils in Leserbriefen – heftig kritisiert. Mit Erfolg: bis 1972 wird die Verstaatlichung des Handwerks nur halbherzig betrieben. Dann aber werden rund 8.000 PGH in »Volkseigene Betriebe« (VEB) umfunktioni-ert. Die Handwerkskammern werden vollkommen der SED-Wirtschaftspolitik untergeordnet, ihre Aufgaben auf die Führung der Handwerksrolle, der Gewerberolle oder auch des Verzeichnisses der PGH beschränkt. Bei der Meisterprüfung wirken sie nur noch mit.

Die Wende im DDR-Handwerk bezeichnet der Politbüro-Beschluss vom 12. Februar 1976. Durch Erteilung der Gewerbe-genehmigungen soll die Zahl der Betriebe erweitert und die Ausbildung von Lehrlingen besonders gefördert werden. Selbst Erich Honecker bekennt sich 1977 gegenüber dem Zentralkomitee der SED zum »unentbehrlichen Handwerk«.

Schon vor der Wiedervereinigung stehen die Reutlinger Handwerker den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite

Die Wiedervereinigung 1990 wird vom Handwerk der Region mit großer Begeisterung aufgenommen. Noch vor dem endgültigen staatlichen Zusammenschluss macht es sich die Reutlinger Kammer zur Aufgabe, über die noch trennenden Grenzen hinweg den Handwerkern in der DDR mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Besonders Hauptgeschäftsführer Roland Haaß macht sich dieses Tätigkeitsfeld zum persönlichen Anliegen.

Schon bei der Herbstvollversammlung 1989 des DHKT in Reutlingen spricht sich die Handwerksorganisation für eine wirkungsvolle Unterstützung von Handwerk und Mittelstand in der DDR aus. Dieser Entscheidung liegt die Überzeugung zu Grunde, dass der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in der DDR auf Dauer nur gelingt, wenn ein breites Fundament aus Klein- und Mittelbetrieben aufgebaut werden kann. Das Engagement der

Reutlinger Kammer – unter der Devise »Hilfe zur Selbsthilfe« – umfasst schwerpunktmäßig die Beratung im betriebswirtschaftlichen Bereich, der beruflichen Aus- und Fortbildung, dem Aufbau einer handwerklichen Selbstverwaltungsorganisation sowie die Hilfestellung bei der Ausrüstung der DDR-Handwerksbetriebe.

Bereits Anfang 1990 reist Kammerpräsident Günther Hecht in den Handwerkskammerbezirk Dresden, um erste Kontakte zu Handwerksmeistern und Handwerksvertretern zu knüpfen. Es wird ein großer Bedarf an Informationen deutlich, den die Reutlinger Kammer durch Einladungen zu Schulungen zu decken versucht. Erste Seminare finden im April 1990 in Reutlingen und Tübingen statt. In Anlehnung an bisher schon durchgeführte Existenzgründungslehrgänge wird versucht, vor allem die Defizite im Bereich Unternehmensführung, Betriebswirtschaft und soziale Marktwirtschaft zu lindern. Dabei wird auch der persönliche Kontakt mit Obermeistern, Betriebsinhabern und Innungsvertretern hergestellt.

Zuvor schon, im Februar und März 1990, unterstützt die Kammer ähnliche Aktivitäten in Thüringen und Sachsen. Diese sind zum Teil gekoppelt mit Aktionen der Städte Albstadt und Reutlingen sowie des Landkreises Reutlingen. Schwerpunkt ist der Landkreis Pirna, wo im Februar 1990 eine Reutlinger Delegation, u. a. mit Hauptgeschäftsführer Haaß, weilt. Beim Gegenbesuch im März 1990 können 18 Handwerksvertretern aus dem Raum Pirna erste Informationen über Betriebswirtschaft, Betriebsorganisation sowie handwerksrelevante Themen vermittelt werden.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend wird ebenfalls 1990 ein Kooperationsvertrag zwischen dem baden-württembergischen Handwerkskammertag und dem sächsischen Handwerk abgeschlossen. In der Folge finden weitere Schulungsmaßnahmen statt, zunächst oft in Reutlingen und Tübingen, später vermehrt vor Ort. Allein zwischen März und Juni 1990 werden sieben Seminare im Kreis Pirna und in Dresden durchgeführt, die von 321 Teilnehmern besucht werden.

Ein weiterer Schwerpunkt wird in Kooperation mit dem Landkreis Reutlingen gesetzt: Die Schaffung eines Systems der beruflichen Aus- und Weiterbildung nach bundesdeutschem Muster. Ein besonderes Anliegen der Reutlinger Kammer ist es dabei, den Handwerksvertretern aus der noch bestehenden DDR das bewährte System der dualen Berufsausbildung zu erläutern und darauf zu achten, dass beim Neuaufbau des Berufsschulwesens in den neuen Bundesländern der Kooperation zwischen Schulaufsicht (Land), Schulträger (Kreis) und den Handwerkskammern besondere Beachtung geschenkt wird.

Auch bei der Gründung von Unternehmensverbänden in Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei wirkt die Kammer beratend mit. Zehn junge Handwerker aus Litauen absolvieren im BTZ ein vierwöchiges Praktikum. Damit und mit vielen weiteren Aktivitäten stellt die Kammer unter Beweis, dass sie die grundlegenden politischen Umwälzungen in Europa seit 1989 aktiv mitgestalten will – im Interesse des Zusammenwachsens mit Berufskollegen in Ost und West.

**»Ein Handwerk – Eine Stimme!«:
Die Wiedervereinigung des deutschen Handwerks**

Lange vor der politischen Einheit praktizieren Handwerker in Ost und West (hier mit Handwerkspräsident Heribert Späth und ZDH-Generalsekretär Hanns-Eberhard Schleyer an der Spitze) die Zusammenarbeit über die deutsch-deutsche Grenze hinweg. Schon am 30. Mai 1990 treten die damals 15 Handwerkskammern der DDR dem ZDH bei, ihnen folgen im Juni die Fachverbände des DDR-Handwerks. Das gemeinsame Manifest wird am 21. Juni 1990 in Zwickau verkündet: »Ein Handwerk – Eine Stimme!«

Aller staatlichen Willkür zum Trotz hatten die ostdeutschen Handwerksbetriebe über 40 Jahre hinweg die traditionellen Werte des Handwerks weitergetragen. Die »Wende im Handwerk« geht derart schwungvoll vonstatten, dass sie zur treibenden Kraft des Umschwungs wird. In einer überwältigenden Welle der Solidarität gehen Handwerker aus Ost und West aufeinander zu. Am 27. Juli 1990 wird die Handwerksordnung auf das Gebiet der DDR übertragen.

1993 wird die Handwerksordnung vom Deutschen Bundestag in 64 Positionen geändert. Damit reagiert das Handwerk aus eigener Kraft und ohne politischen Druck auf die technischen, wirtschaftlichen, strukturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Neu ist: wer bereits ein Handwerk betreibt, kann jetzt auch Arbeiten in anderen Handwerken ausführen, wenn sie das Angebot ergänzen.

Mit der novellierten Handwerksordnung wird auch die Rechtsstellung der Arbeitnehmer verbessert. ZDH, DGB und Kolping setzen sich dafür ein, dass jetzt nicht nur Gesellen, sondern auch Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung wahlberechtigt für Ausschüsse und Organe der Handwerkskammern sind. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht länger Voraussetzung für die Wahl in die Gremien.

Die vorerst letzte Novelle der Handwerksordnung tritt 1998 in Kraft. Aus 127 Handwerksberufen werden 94, die handwerksähnlichen Gewerbe erhöhen sich auf 57. Für ein Handwerk können mehrere Ausbildungsordnungen erlassen werden, d. h. es gibt insgesamt im Handwerk mehr Ausbildungsmöglichkeiten.

6. Mai 1974:*Willy Brandt tritt zurück.***16. Mai 1974:***Helmut Schmidt
Bundeskanzler.***10. Mai 1975:***Gründung der Euro-
päischen Union des
Handwerks und der
Klein- und Mittel-
betriebe (UEAPME).***25. November 1975:***Erster autofreier
Sonntag wegen der
Ölkrise.***Die 80er Jahre: Auf dem Weg zum
modernen Dienstleister für das Handwerk**

Mit der Fertigstellung des neuen Kammergebäudes und dem Zentrum für Überbetriebliche Ausbildung (jetzt Bildungs- und Technologiezentrum, BTZ) in Tübingen-Derendingen, tritt die Handwerkskammer Reutlingen auch äußerlich in eine neue Ära ihres Bestehens. Förderung, Ausbildung und Beratung sind Hauptthemen des modernen Dienstleistungsunternehmens. Daneben vertritt die Kammer unter Führung ihres Präsidenten Günther Hecht (seit 1984) und Hauptgeschäftsführer Roland Haaß (seit 1987) mit Nachdruck handwerkspolitische Themen gegenüber der Politik: dazu gehören Mittelstandsförderung, verbesserte Schulbildung, Diskussion über den Befähigungsnachweis im Rahmen der Europäischen Union, Steuerreform und Lohnnebenkostensenkung, die Einführung des Euro, Novellierung der VOB.

Die wirtschaftliche Entwicklung des regionalen Handwerks in den letzten zehn Jahren zeigt, dass das Handwerk wie seit 30 Jahren

jeweils Opfer und Nutznießer des konjunkturellen Auf- und Ab war und ist. Aber, auch dies eine Lehre aus der historischen Betrachtung, es war und ist bei allem strukturellen Wandel in fast 100 Jahren stets ein Stabilitätsfaktor der Gesamtwirtschaft in Krisenzeiten, regional und landesweit.

1987 teilt die Kammer mit, dass die in der gesamten Wirtschaft anhaltende gute Konjunktur auch das heimische Handwerk erfasst habe, allerdings mit den üblichen saisonalen und konjunkturellen Verzögerungen. Denn vielfach kommt das Handwerk erst dann in den Genuss des Aufschwungs, wenn er sich in höherer Beschäftigung und damit stärkerer privater Kaufkraft niederschlägt. Direkter profitiert das Handwerk (u. a. im Metallbereich) durch seine immer wichtiger werdende Funktion als Zulieferer für die Industrie.

Die Gesamtentwicklung des regionalen Handwerks im längerfristigen Vergleich, kurz skizziert: die Zahl der in der Handwerksrolle eingetragenen Baubetriebe sinkt von 2.405 im Jahr 1974 über 2.297 im Jahr 1984 auf 2.256 im Jahr 1987 um dann bis 1991



*Hauptgeschäftsführer
Roland Haaß und
Präsident Günther Hecht.*



konstant zu bleiben. Demgegenüber steigt die Zahl der Metallbetriebe von 2.982 über 3.364 auf 3.447 und schließlich 3.716 im Jahr 1991. Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der Holz verarbeitenden- und der Textilbetriebe. Demgegenüber steigt die Betriebszahl der Gesundheitsberufe und die der Gewerbegruppe Glas/Papier. Hier spiegelt sich eine stetige Umschichtung hin zu mehr Dienstleistungsbetrieben. Die Zahl der Beschäftigten und der Betriebe im Handwerk bleibt weitgehend konstant.

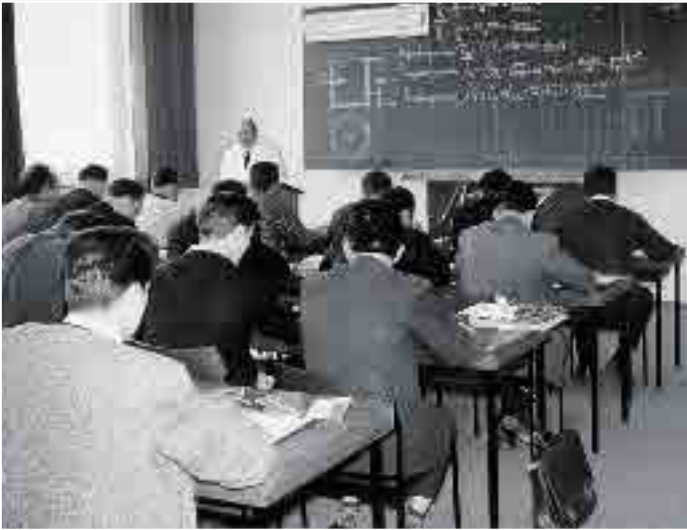
Angesichts des immer rasanter werdenden technologischen Fortschritts in fast allen Berufszweigen (auch der Friseur kommt mittlerweile ohne Computer mit entsprechender Software nicht aus, computergestütztes Design (CAD) gehört beim Me-

tallbauer zum grundlegenden Rüstzeug), bekommt der Bereich Aus- und Fortbildung einen immer höheren Stellenwert. Im 1982 eingeweihten Bildungs- und Technologiezentrum der Kammer werden allein 1988 452 Kurse in überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung in 20 Berufen mit 5.114 Teilnehmern durchgeführt. Drei Jahre später – bei insgesamt sinkenden Teilnehmerzahlen auf Grund rückläufiger Entwicklung der Lehrlingszahlen – 519 Kurse mit 4.625 Teilnehmern. Die überbetriebliche Ausbildung soll dabei im dualen System (betriebliche und schulische Ausbildung) Defizite kleiner Betriebe ausgleichen, die in der Ausbildung nicht alle Möglichkeiten bieten können. Wie bedeutend dieser Bereich für Gegenwart und Zukunft des regionalen Hand-

werks ist, wird in der Ende der 80er Jahre getroffenen Entscheidung deutlich, das BTZ zu erweitern.

Neben der überbetrieblichen Ausbildung laufen Fortbildungsmaßnahmen weiter. 1988 werden 29 Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung angeboten, die von 706 Teilnehmern in insgesamt 315.000 Unterrichtsstunden genutzt werden. Dass das Ziel »Meister im Handwerk« mit seinen Chancen auf Selbstständigkeit gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten attraktiv ist, zeigen die Teilnehmerzahlen bei den Vorbereitungskursen: 1991 drücken 837 Meisterschüler die Schulbank.

Seit Mitte der 80er Jahre hat das Handwerk zu wenig Fachkräfte; der Lehrlingsmangel schlägt als Folge der rezessiven Ge-



*Weiterbildung in der Gewerbeakademie
und die Entstehung des Bildungs- und
Technologie-Zentrums (BTZ) in Tübingen.*



*Neubau der Handwerkskammer Reutlingen
in der Hindenburgstraße.*



9. April 1976:

Bundestag verabschiedet Berufsbildungsgesetz.

14. Mai 1976:

Bundesrat lehnt Berufsbildungsgesetz ab.

7. Juli 1976:

Bundespräsident Scheel setzt »Ausbildungsplatzförderungsgesetz« trotz fehlender Zustimmung des Bundesrats in Kraft.

19. Oktober 1977:

Hanns-Martin Schleyer ermordet.



samtwirtschaft zu Beginn der 80er Jahre in einen Lehrstellenmangel um. Vor allem in der Industrie und im öffentlichen Dienst werden Ausbildungsplätze abgebaut. Demgegenüber bildet das Handwerk über seinen Bedarf hinaus Lehrlinge aus.

Die konjunkturelle Entwicklung der einzelnen Branchen im Handwerk ist in den 80er und 90er Jahren unterschiedlich. Während das Kfz-Handwerk etwa kaum wirkliche Einbrüche erlebt, leidet das Bauhandwerk unter der rückläufigen Bautätigkeit der Öffentlichen Hand. Die handwerklichen Zulieferer der Metallindustrie schneiden immer dann gut ab, wenn der traditionell starke Export der Bundesrepublik floriert.

Umfangreich bleibt das Fortbildungsangebot der Kammer, das seit einigen Jahren in der »Gewerbeakademie« konzentriert ist. Sie bietet z.B. Kurse in Betriebswirtschaft, EDV, Export- und Marketingfragen, Elektronik, Schweißkurse, Metallverarbei-

tung, Energietechnik, Betonschutz und -instandsetzung. Dieses Angebot steht nicht nur am Sitz der Kammer zur Verfügung. 1987 wird die Akademie des Handwerks in Albstadt eröffnet; weitere Standorte der Gewerbeakademie sind – neben Reutlingen und Tübingen-Derendingen – Sigmaringen, Freudenstadt und Pfullingen. So erfüllt die Kammer ihren Anspruch, dezentraler Dienstleister für das Handwerk zu sein, was durch die regionalen Beratungstage unterstrichen wird. 1996 führt die Gewerbeakademie 868 Lehrgänge mit 9.665 Teilnehmern und 1,27 Millionen Teilnehmerstunden durch.

Nachdem 1991 für das regionale Handwerk vor allem im Kfz-Handwerk und Baubereich mit bis zu zehnpromzentigen Zuwachsraten recht erfolgreich verläuft, folgt nach dem Wiedervereinigungsboom ein bundesweiter gesamtwirtschaftlicher Abschwung. Gründe: die Kosten der Einheit,

deutliche Steigerung der Lohnnebenkosten und wachsende Billiglohnkonkurrenz aus Osteuropa. Das regionale Handwerk kann sich trotz negativer Daten gut halten. Dennoch treffen industrielle Rezession und Kaufkraftschwund auch das regionale Handwerk. Gerade der Bausektor leidet bis heute unter dem Rückgang der öffentlichen und privaten Bautätigkeit. Fehlende Binnennachfrage – unter der das Handwerk traditionell stärker leidet als die exportorientierte Industrie – werden von der Reutlinger Kammer zusammen mit den hohen Kosten für Handwerksleistungen dafür verantwortlich gemacht, dass das regionale Handwerk nach wie vor von einem guten Geschäftsklima weit entfernt ist. Insofern stellt sich das Handwerk am Ende des Jahrhunderts keinesfalls sorgenfrei dar. Trotz aller grundsätzlichen Stabilität ist die besondere Berücksichtigung des Mittelstandes auch heute noch eine Forderung an die Politik.

Beratung der Kammer für ihre Mitglieder ist auch am Ende einer hundertjährigen Geschichte tragende Säule der Verbindung zwischen Handwerksbetrieb und handwerklicher Selbstverwaltung. Ob in Rechtsangelegenheiten, bei betriebswirtschaftlichen Fragen oder Finanzierungs-, Planungs- und Strukturfragen oder bei Betriebsgründung bzw. -übernahme, Export und – ganz aktuell – bei Fragen der Währungsumstellung – die Kammer bietet kompetente Hilfestellung. Dabei nehmen Umweltschutz, Qualitätssicherung und Technologietransfer an Bedeutung zu. Die immer komplexere Umweltgesetzgebung macht dies ebenso erforderlich wie neue Technologien. 1996 finden über 600 persönliche Beratungen der betriebswirt-

schaftlichen Beratungsstelle der Kammer statt, 150 einzelbetriebliche Beratungen der Technologie-Transferstelle und ebenso viele bei der Umweltberatung. 375 Anfragen bearbeitet die Rechtsberatung. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wird das Fortbildungs- und Beratungsangebot von rund 12.000 Betrieben im Kammerbezirk mit etwa 90.000 Beschäftigten in Anspruch genommen, die einen Gesamtumsatz von 12,5 Milliarden Mark erwirtschaften.

Entwicklungshilfe: Hilfe zur Selbsthilfe

Die Kammer engagiert sich seit vielen Jahren in der Entwicklungshilfe. Im BTZ werden gewerblich-fachliche Weiterbildungsmaßnahmen für Ausbildungsfachleute aus Schwellen- und Entwicklungsländern angeboten. An diesen Lehrgängen nahmen im Laufe der Zeit hunderte von Gästen aus aller Herren Länder teil: Von Korea über Indien und vor allem aus verschiedenen afrikanischen Staaten und aus Staaten des vorderen Orients.

13. Juni 1978:
Mit Gründung der »Grünen Aktion Zukunft« treten die »Grünen« ins politische Leben der BRD.

1979:
Die Kammer Reutlingen vermeldet ein deutliches Plus bei allen Konjunkturdaten.

1979:
Die Kammer beschließt den Bau eines neuen Gebäudes und des Zentrums für überbetriebliche Ausbildung in Tübingen (heute: BTZ).



30. November 1981:
*Feierliche Einweihung
 des Neubaus der
 Handwerkskammer
 Reutlingen in der
 Hindenburgstr. 58.*

1. Januar 1982:
Bundestag verabschiedet Berufsbildungsförderungsgesetz.

Zwei Projekte stehen seit einiger Zeit im Vordergrund. Zum einen die Partnerschaft mit einer lokalen Handwerkervereinigung im tansanischen Rombo-Distrikt, zum anderen das »Thai-German-Projekt«.

Das Thai-German-Institute hat die Aufgabe, den Facharbeitermangel durch Ausbildung in Thailand selbst zu mildern. Die Reutlinger Kammer hat es dabei übernommen, Kenntnisse über hochmoderne computergestützte Entwicklung und Produktion zu vermitteln.

Bei der Partnerschaft mit der tansanischen Rombo Dalta (District Assembly Local Trade Associations) geht es um Hilfestellung beim Aufbau einer handwerklichen Selbstverwaltung, die vor Ort die Interessen des Handwerks fördern soll und um die Verbesserung der handwerklichen Fertigkeiten ihrer Mitglieder. Die Partnerschaft beruht auf dem Prinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe« und geht von der Erkenntnis aus, dass die kleinen Handwerksbetriebe in der Dritten Welt oft mehr zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen als große Industrieprojekte.

Ein Auftrag der Bundesrepublik Deutschland ist für die Handwerkskammer Reutlingen zunächst Grundlage für ihr Engagement in Tansania. Doch auch nach Ende dieses Unterstützungsprogramms bleiben die Reutlinger im Rombo-Distrikt präsent. Es sollen neue Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden, um der anhaltenden Landflucht entgegenzuwirken. Neben der Ausstattung der Betriebe mit technischen Mitteln ist die technische und betriebswirtschaftliche Weiterbildung eine der Hauptaufgaben des Projektes. Dabei kann sich die Handwerkskammer auf ihre Mitglieder verlassen; eine ganze Reihe von Handwerksbetrieben aus

dem Kammerbezirk arbeitet mit an dieser Partnerschaft. Dazu gehört auch, dass den afrikanischen Partnern Werkzeuge und Hilfsmittel, die weitgehend aus Spenden finanziert werden, übergeben werden.

Neujahrsempfang und Feierstunde des Handwerks: Treffpunkt und Meinungsaustausch auf allen Ebenen

Der Kontakt zu hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und der Meinungsaustausch ist für die Interessenvertreter des Handwerks seit jeher eine wichtige Aufgabe. Die Kammer sucht diesen Kontakt bei zahlreichen Anlässen und in vielen Gremien. Herausragend: der traditionelle Neujahrsempfang der Kammer zusammen mit der Reutlinger IHK. Die Liste der Gäste und Redner der letzten Jahre liest sich wie ein kleines Who's who: der frühere Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth, der ehemalige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Robert Bosch GmbH, Klaus Merkle, der Soziologe Prof. Dr. Ralf Dahrendorf, Professor Dr. Hans Küng, Außenminister a. D. Genscher, Professor Dr. Paul Kirchhoff.

Die Feierstunden des Handwerks schaffen dem regionalen Handwerk ein Podium zur Darstellung seiner Leistungsfähigkeit und bieten die Möglichkeit, Wünsche und Ziele des Handwerks nach außen zu tragen. Die Jungmeister des jeweiligen Jahrgangs sowie die frisch gebackenen Gesellen werden gefeiert, verdiente Handwerker geehrt und Preise für die Teilnehmer am Praktischen Leistungswettbewerb der Handwerksjugend verliehen. Die Feierstunden des Handwerks sind Treffpunkt für Kommunal-,

Landespolitiker und Parlamentarier, die sich über das Handwerk aus erster Hand informieren.

Arbeitsflexibilisierung und lebenslanges Lernen: Unternehmer des Handwerks stellen sich neuen Herausforderungen

Das Handwerk nimmt technische Entwicklungen auf und setzt sie um. Und: das Handwerk bedient sich früh wissenschaftlicher Erkenntnisse, um seine Stellung im Wirtschaftsleben zu festigen und seine Zukunft besser zu gestalten. Insofern ist es keinesfalls etwas Ungewohntes, als die Handwerkskammer Reutlingen 1996 eine von ihr angeregte Studie der Universität Hohenheim veröffentlicht. Thema: »Innovation im Handwerk«. Die Wissenschaftler untersuchten, welche Betriebe im Handwerk den Strukturwandel (der den Dienstleistungscharakter des Handwerks seit

Jahren immer stärker in den Vordergrund stellt) besser bewältigen. Sie kommen zum Schluss, dass vor allem handwerkliche Unternehmer, die sich Zukunftsaufgaben frühzeitig stellen und bereit sind zur laufenden Fortbildung sowohl in technischer als auch in betriebswirtschaftlicher Sicht den Herausforderungen begegnen können. Sie suchen für spezielle Aufgaben die geeigneten Mitarbeiter, entwickeln neue Produkte und Dienstleistungen, oft mit Hilfe der Beratungseinrichtungen der Kammer.

Flexibel sein heißt dabei nicht nur Eingehen auf neue Kundenwünsche, auf verändertes Konsumverhalten. Auch die Frage der Arbeitszeitflexibilisierung spielt eine große Rolle, gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Die Kammer führt drei Jahre lang im Rahmen eines Modellprojekts des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Beratungen durch, die Betrieben den effizienteren Umgang mit der knappen Ressource Arbeitskraft nahe legen

1982:

Das »Bildungs- und Technologiezentrum« der Kammer wird eingeweiht und manifestiert den höheren Stellenwert von Aus- und Fortbildung.

Herbst 1982:

FDP verlässt sozial-liberale Koalition, erfolgreiches Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt; Helmut Kohl neuer Bundeskanzler.



12. Dezember 1985:
*Joschka Fischer als
 Umweltminister in
 Hessen erster »grüner«
 Minister in Deutschland.*

10. Juni 1986:
*Bundesverwaltungs-
 gericht bestätigt
 Rechtmäßigkeit der
 Mitgliedschaft der
 Handwerkskammern
 bei ZDH/DHKT.*

1987:
*Europäisches Nieder-
 lassungsrecht gewinnt
 allgemeine Rechts-
 gültigkeit.*

soll. Das Interesse an neuen Arbeitszeitmodellen zeigt sich in über 300 Beratungen – aber auch, dass neue Wege beim Arbeitszeitmanagement noch selten umgesetzt werden, da das Risiko hier noch groß zu sein scheint und die Betriebe entsprechend zurückhaltend agieren.

Die Hohenheimer Studie weist besonders darauf hin, dass moderne Handwerksbetriebe sich vor allem durch die Bereitschaft aller Mitarbeiter auszeichnen, sich laufend weiterzubilden. Von daher ist es für die Kammer eine besondere Freude, als eine der wenigen baden-württembergischen Institutionen am »Europäischen Jahr des lebenslangen Lernens« teilnehmen zu können, das von der Europäischen Kommission 1996 ausgerufen wird. Ziel: durch Informationsveranstaltungen das Bewusstsein dafür zu wecken, dass mit dem Abschluss der Berufsausbildung das Lernen nicht endet. Um den Appetit auf mehr Lernen zu wecken veranstaltet die Gewerbeakademie Aktionstage mit Themen wie EDV im Handwerk, Elektronik, Internet, Betriebswirtschaft und Meistervorbereitung.



Die von der Handwerkskammer Reutlingen in Auftrag gegebene Studie der Universität Hohenheim hatte auch gezeigt, dass ein Drittel aller Betriebsinhaber im Kammerbezirk um die 60 Jahre und älter sind. Das sind rund 3.000 Betriebe mit über 25.000 noch sicheren Arbeitsplätzen. »Nach hartem Kampf«, sagt Günther Hecht, »ist es immer mehr gelungen, die Politiker zu überzeugen, dass Förderprogramme für Betriebsübernahmen politisch unterstützt werden müssen.«

Die Handwerkskammer Reutlingen vor der Jahrtausendwende

»Alles wird gleich bleiben – oder ganz anders werden« – das sagt Günther Hecht wenige Tage vor der Jahrtausendwende. Mit seiner Rede vor der Vollversammlung der Reutlinger Kammer begehrt der Präsident am 23. November 1999 eine seiner letzten Amtshandlungen: er gibt sein Amt nach 15 Jahren an Joachim Möhrle ab – und den Handwerkern mit dem Rückblick auf seine Amtszeit einen Einblick in 15 Jahre bewegte Geschichte der Kammer. Ein Handwerker im



Günther Hecht
 Präsident
 (1984–1999)

Einsatz für die Interessen des Handwerks zieht Bilanz – deshalb sollen an dieser Stelle Auszüge aus der Rede des ehemaligen Präsidenten Grundlage für den Blick auf 15 Jahre Kammergeschichte sein.

Sparen, sparen, sparen: Die Kammer schafft Raum für Investitionen

Als Günther Hecht 1984 sein Amt als Präsident antritt, sind die Kammerfinanzen äußerst angespannt. Es gilt, den Neubau des Kammergebäudes in der Hindenburgstraße und darüber hinaus das in Tübingen geschaffene Bildungs- und Technologie-Zentrum mit zusammen 45 Millionen Mark zu finanzieren. Kurz: Haushaltskonsolidierung in angespannter Lage ist angesagt.

Zahlreiche Investitionen werden durch diese Sparpolitik möglich, zum Beispiel die Erweiterung des Kammergebäudes und des BTZ Ende der 90er Jahre. Zwar hatte die Kammer ihr neues Domizil erst 1981 bezogen – aber die steigende Nachfrage nach Weiterbildung führt rasch zu neuen Raum-

problemen. Neue Schulungsräume werden nötig. Wie groß der Bedarf und der Wunsch nach Aus- und Weiterbildung bei den Handwerkern im Kammerbezirk ist, zeigt auch die Investition der Kammer von über neun Millionen Mark im Jahr 1991/92: das Bildungs- und Technologie-Zentrum in Tübingen platzt buchstäblich aus allen Nähten und wird erweitert.

Lebenslanges Lernen: Der Schlüssel zum Erfolg

»Was Hänschen nicht lernt, muss Hans erst lernen – und viel, viel Neues noch dazu!« Eigentlich eine Binsenweisheit; heute wird allerorten vom *Lebenslangen Lernen* gesprochen. Die Handwerkskammer Reutlingen erkennt den Trend. Anfang der 90er Jahre führt die Kammer ihre Bildungsstätten unter dem Dach der Gewerbeakademie zusammen. Die Gewerbeakademie steht heute für das gesamte Fort- und Weiterbildungsprogramm. Doch wie wichtig Weiterbildung gerade für Mitarbeiterinnen und

1987:

Die Akademie des Handwerks in Albstadt wird eröffnet; weitere Standorte sind Reutlingen, Tübingen, Sigmaringen, Freudenstadt und Pfullingen.

10. Juni 1987:

Heribert Späth wird zum neuen Präsidenten des ZDH gewählt.

1988:

Die Deregulierungskommission stellt den Großen Befähigungsnachweis in Frage; Bundesregierung und Opposition bekennen sich daraufhin voll zum Großen Befähigungsnachweis.



Die Akademie des Handwerks in Albstadt (links) und die Gewerbeakademie in Sigmaringen (rechts).

14. Juni 1989:

Hanns-Eberhard Schleyer zum neuen Generalsekretär des ZDH gewählt.

Oktober 1989:

Demonstrationen in Leipzig: »Wir sind das Volk!«.

9. November 1989:

Öffnung der Mauer.

30. November 1989:

Der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, fällt Anschlag der RAF zum Opfer.

Mitarbeiter in Handwerksbetrieben ist, erkennt die Handwerkskammer Reutlingen schon lange vor dem bundesweiten Trend. Handwerkskammerpräsident Günther Hecht bringt das auf den Punkt: *»Weiterbildung nicht nur auf technischem Gebiet, also wenn Sie so wollen, dem »eigentlich« handwerklichen Bereich, sondern auch in den Disziplinen Betriebs- und Unternehmensführung ist wichtiger denn je. Denn heute sind eben nicht nur technisches Know-how und hervorragende handwerkliche Fertigkeiten gefragt. Die erfolgreiche Führung eines Unternehmens verlangt auch von Handwerkern und ihren Führungskräften fundierte Kenntnisse in Betriebswirtschaft oder in rechtlichen Fragen und im Umgang mit den neuen Medien.«* Meistervorbereitungslehrgänge, Seminare zur Unternehmensführung und zum Betriebswirt des Handwerks, Schulungen für EDV und Multimedia, online-Lehrgangsjahre und schweißtechnische Lehrgänge sind Kernbereiche dieses Angebots.

Die Handwerkskammer Reutlingen kommt dabei den Handwerkern in den fünf Landkreisen, die der Kammerbezirk heute um-

fasst, buchstäblich entgegen. 1987 beispielsweise investiert die Kammer in die Akademie des Handwerks in Albstadt nahezu eine Million Mark, um im Zollernalbkreis präsent zu sein.

Auch das Angebot der Gewerbeakademie in Sigmaringen wird kontinuierlich erweitert. Dort richtet die Handwerkskammer eine Übungsfirma mit angeschlossener Qualifizierungswerkstatt ein, Ende der 80er Jahre eröffnet die neuen Schweißerwerkstatt den Handwerkern neue Möglichkeiten. Und in Sigmaringendorf wird die Weiterbildungseinrichtung zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung eröffnet.

Eine der ersten Adressen für neue Technologien und den multimedialen Bereich ist Pfullingen. Nachdem die Nachfrage nach Weiterbildung in diesen Bereichen immer grösser wird, mietet die Handwerkskammer Reutlingen dort das ehemalige Telekom-Gebäude und schafft damit Raum für die vernetzte Zukunft des Handwerks.

Mit dem »Haus des Handwerks« in Freudenstadt eröffnet die Handwerkskammer Reutlingen 1999 gemeinsam mit der IKK und der Kreishandwerkerschaft ein neues, sehr modernes Dienstleistungszentrum für das Handwerk. Für den scheidenden Kammerpräsidenten wird mit der Realisierung dieses Projektes der letzte Baustein seiner gesetzten Ziele verwirklicht. Jetzt stehen dem Handwerk in allen fünf Landkreisen des Kammerbezirks dezentrale Kammereinrichtungen offen. Fort- und Weiterbildungen werden quasi direkt vor Ort für jeden Betrieb und dessen Mitarbeiter angeboten.

Trotzdem: Ausruhen können sich die Kammer und die Handwerksbetriebe nicht – auch nicht auf dem, was als großer Vorteil des Handwerks gelten kann: nämlich direk-





ter Ansprechpartner für den Kunden zu sein. Denn in der vernetzten Welt wachsen die Herausforderungen; durch die modernen Informationstechnologien wird die Konkurrenz der Handwerksbetriebe untereinander anders – und, so Günther Hecht, ganz bestimmt nicht kleiner.

Der Beratungsbedarf ist groß. Und die Kammer reagiert mit einem breit gefächerten Beratungsangebot: Berufsbildung und Bedarfsermittlung gehören ebenso dazu, wie Patentberatung und Multimediaberatung, Marketing- und Umweltberatung, Technologie- und Rechtsberatung ebenso wie Messen und Ausstellungen.

Partnerschaften: Das Handwerk wächst über Länder und Kontinente hinaus zusammen

Die internationale Entwicklung im Auge zu behalten, ist für die Handwerkskammer Reutlingen seit Mitte der 80er Jahre eine herausragende Aufgabe. »Es war mir deshalb auch sehr wichtig«, so Kammerpräsident Hecht in seiner Abschiedsrede vor der

Vollversammlung im November 1999, »die Partnerschaft der Handwerkskammer Reutlingen mit den beiden französischen Kammern in Roanne und in Saint Etienne während meiner Amtszeit intensivieren zu können.« Heute ist es fast eine Selbstverständlichkeit, dass viele selbstständige Handwerker in den jeweiligen Ländern zu Gast sind. Diese Unternehmerkontakte fördern nicht nur die Geschäftsbeziehungen, den Erfahrungsaustausch und persönliche Verbindungen, sondern erleichtern vor allem auch den Lehrlings- und Facharbeiteraustausch.

Die Handwerkskammer Reutlingen blickt aber auch auf die andere Seite Europas: im Mai 1999 schließt sie einen Partnerschaftsvertrag mit der ungarischen Handwerkskammer Szolnok. Arbeitskontakte, die seit langen Jahren bestehen, bilden das Fundament, auf dem diese neue Partnerschaft steht. Der zweite Pfeiler, auf dem diese deutsch-ungarische Partnerschaft steht, ist mittlerweile in den Geschichtsbüchern verzeichnet. Deutschland werde nicht vergessen, so Hecht, welche wichtige Rolle Ungarn

Februar 1990:
Der Reutlinger Kammerpräsident Hecht reist nach Dresden; eine Reutlinger Delegation mit Hauptgeschäftsführer Haaß reist nach Pirna.

März 1990:
18 DDR-Handwerker kommen zum Gegenbesuch nach Reutlingen.

April 1990:
In Reutlingen und Tübingen finden erste Seminare für Handwerker aus der DDR statt.



21. Juni 1990:

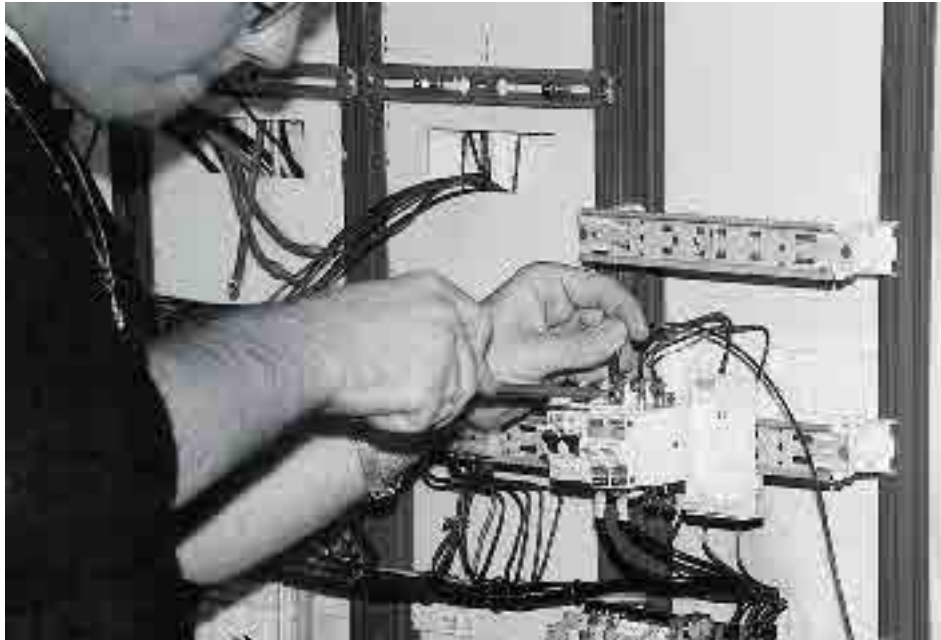
Wiedervereinigung des deutschen Handwerks in Zwickau; Fachverbände des DDR-Handwerks werden Gastmitglieder der Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks und des ZDH.

1990:

Handwerk kämpft vergeblich gegen Einführung der 35-Stunden-Woche und einer umlagefinanzierten Pflegeversicherung, erreicht aber Neuregelungen bei Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz.

12. Juli 1990:

Handwerksordnung der BRD in DDR in Kraft gesetzt.



im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands gespielt habe. Denn Ungarn habe entscheidend dazu beigetragen, dass die Mauer, die Deutschland geteilt hatte, gefallen sei. Europa endet jetzt nicht mehr in Wien, und es ist bereits abzusehen, dass auch Ungarn zur Europäischen Union gehören wird.

Das ist die moderne Handwerkskammer: Dienstleistung und Interessenvertretung für die Betriebe – aus einer Hand

Dienstleistungen für die Betriebe anzubieten ist ein großer und bedeutender Schwerpunkt der Kammer, auch wenn die Erfolge von den Betrieben nicht immer direkt und unmittelbar gesehen werden mögen. Die Kammer zeigt sich stolz auf ihre Leistungen als Interessenvertretung der Handwerker, haben doch die Erfolge dieser »modernen Geschäftspolitik« gerade in den letzten Jahren zahlreiche Früchte getragen.

Doch der Erfolg für die 12.000 Betriebe im Kammerbezirk fällt dabei nicht einfach vom Baum – viel Zeit und Arbeit setzen Verwaltung und Präsident daran, die Interessen der Betriebe und deren Mitarbeitern gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten. So manche der Forderungen muss hart erkämpft werden. Nicht zuletzt deshalb richtet Günther Hecht an seinen Nachfolger, Joachim Möhrle, die Worte nach Max Weber (der übrigens Soziologe und nicht, wie sich vermuten ließe, Schreinermeister war): »Es ist eine Aufgabe, die Ausdauer und Mosaikarbeit erfordert. Denn Sie wissen ja, dass Politik ein ›starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich‹ ist.«

Die Handwerkskammer Reutlingen bohrt mehr als »nur dicke Bretter«. Dem Engagement der Kammern, das sagt Günther Hecht nicht ohne Stolz, ist es – als ein Beispiel – mit zu verdanken, dass in der Bundesrepublik das so genannte Meister-BaföG eingeführt wird. Eine starke und konsequente Interes-



3. Oktober 1990:
Wiedervereinigung
Deutschlands.

26. November 1990:
Erster gesamtdeutscher
Handwerkspräsident ist
Heribert Späth.

20. Juni 1991:
Berlin wird Hauptstadt
des wiedervereinigten
Deutschlands; ZDH
beschließt Umzug.

25. Dezember 1991:
Gorbatschow tritt
zurück, die Sowjetunion
zerfällt, Jelzin Präsident
Russlands.

senvertretung kann durchaus Veränderungen auch auf Bundesebene in Gang setzen, ergänzt der scheidende Kammerpräsident und konkretisiert die Aufgabe der Kammer: *»Unsere Aufgabe ist es in der Tat, auf die politischen Parteien und die Regierung so einzuwirken, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die unseren vielen kleinen und mittleren Handwerksbetriebe reale Überlebenschancen ermöglichen.«*

Trotz aller Erfolge in der Vergangenheit – die Ziele und Aufgaben der Reutlinger Kammer sind und bleiben groß. Ein Beispiel: die Verringerung der Arbeitslosigkeit und dem vorausgehend die Veränderung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Allerdings, beklagt Hecht, sei die Regierung davon weit entfernt: *»Angefangen bei der arbeitsplatzvernichtenden Neuregelung der 630-Mark-Jobs, der Einführung einer Energiesteuer, die gerade Handwerker und die Bevölkerung im ländlichen Raum besonders hart trifft oder bei der*

neuerlichen Diskussion über eine Rente ab 60: Offensichtlich wird gerade die »neue Mitte« besonders zur Kasse gebeten.«

Der Meisterbrief: Mit Brief und Siegel zum Erfolg im Handwerk

Unabdingbares Instrument für die positive Entwicklung der Wirtschaft ist der Meisterbrief. Bei der Meisterfeier 1999 nennt der Reutlinger Kammerpräsident ein Beispiel für die Bedeutung des Meisterbriefes als Grundlage für die Selbstständigkeit im Handwerk: Im Jahr 1998 gibt es im Landkreis Reutlingen 85 Konkursverfahren. Von diesen 85 Konkursverfahren waren nur drei Handwerksbetriebe betroffen. Alleine diese Zahl mache deutlich, wie wichtig eine solide Vorbereitung auf die Selbstständigkeit ist, und sie mache darüber hinaus deutlich, wie gut die Ausbildung im Handwerk immer noch ist.

1992:

Die Technologie-Transferstelle der Handwerkskammer Reutlingen nimmt ihre Arbeit auf.

2. November 1993:

Bundestag verabschiedet Novelle zur Handwerksordnung, Neuerungen in 64 Positionen.

1. Januar 1996:

Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meister BaföG).

1996:

Die Gewerbeakademie der Handwerkskammer Reutlingen führt 868 Lehrgänge mit 9665 Teilnehmern und 1,27 Mio. Teilnehmerstunden durch.

Leistungsbereitschaft, Qualitätsbewusstsein, Zuverlässigkeit: Das Handwerk als Pfeiler der Wirtschaftsordnung

Das Handwerk ist ein stabiler Pfeiler unserer Wirtschaftsordnung. Das war so in der Vergangenheit – und damit das so bleibt, gibt es für jeden Betrieb drei Grundvoraussetzungen: Leistungsbereitschaft, Qualitätsbewusstsein und Zuverlässigkeit. Diese Voraussetzungen, sagt Günther Hecht der Vollversammlung, muss jeder einzelne Betrieb erfüllen. *»Aber auch das Thema Unternehmenskooperationen und all das, was unter dem Stichwort ›Leistungen aus einer Hand‹ zusammengefasst ist, wird in Zukunft enorm an Bedeutung gewinnen.«*

Das Handwerk wird sich in Zukunft, wieder einmal, der Konkurrenz von Großbetrieben stellen müssen, die verstärkt dazu übergehen werden, ebenfalls handwerkliche Leistungen anzubieten. *»Deshalb ist das Handwerk in sich keine Konkurrenz, sondern maximal sind die Betriebe, wie das Gesetz fordert, hin und wieder Wettbewerber«,* definiert der scheidende Kammerpräsident

den Platz des Handwerks in der bundesdeutschen Wirtschaft. Und stellt gleichzeitig ein Programm auf für das Behaupten dieser Stellung: das Handwerk muss flexibel sein. Konkret: das Handwerk darf sein Dienstleistungsangebot nicht nur auf die rein handwerklichen Tätigkeiten beschränken. *»Wenn wir Kunden unsere Leistungen anbieten, dann müssen diese Angebote künftig auch schon die Finanzierungspläne enthalten, ja, wir müssen unseren Kunden gemeinsam mit unserer Hausbank Ware, Dienstleistung und Geld verkaufen«,* so Günther Hecht.

Die Handwerkskammer Reutlingen fordert deshalb Ende des letzten Jahrtausends vom ZDH Schulungsprogramme ein, um den Handwerksunternehmen die Schwellenangst zu nehmen. Mit zu diesem Schritt gehört auch das Bestreben der Reutlinger Kammer, mit den so genannten Heimwerkerbetreuungsprogrammen offensiver umzugehen. Denn auf die Handwerker wartet zur Jahrtausendwende ein gewaltiges Auftragspotenzial: rund 21 Millionen Wohneinheiten werden ab dem Jahr 2000 saniert und müssen auf den neuesten Stand der Technik im Bereich des Wärmeschutzes gebracht werden. Kurz: in diesem Bereich rechnet die Reutlinger Handwerkervertretung mit einem regelrechten Handwerksboom.

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend fordert die Handwerkskammer in vielen anderen Bereichen mehr Flexibilität. Dazu Günther Hecht gegenüber der Vollversammlung des Jahres 1999: *»Wir brauchen eine Risikoversicherung für Freizeitunfälle, damit unsere Betriebe von Lohnkosten entlastet werden. Auch die Liquidität der Betriebe muss verbessert werden, und es ist meiner Meinung nach unabdingbar, dass*





die Banken und Sparkassen Auftragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaften nicht auf den Kreditrahmen anrechnen, sondern getrennte Avalrahmen schaffen, um das Liquiditätsvolumen zu erweitern. Bei der heutigen Zahlungsmoral, auch bei der öffentlichen Hand, ist dies von enormer Wichtigkeit.«

Und noch eine Forderung stellt der scheidende Präsident in diesem Zusammenhang: *»Bei der Finanzierung der notwendigen Erneuerungsinvestitionen für unsere Bildungseinrichtungen im Kammersystem muss es durch die Landes- und Bundesregierung ermöglicht werden, dies über Leasingverträge abzuwickeln.«* Somit können die Kammern ihren Technologiepark auf neuestem Stand halten und die Lehrlinge souverän ausbilden.

Ausgezeichnet: Innovatives Handwerk in der Region

1999, zum Beispiel, zeichnen Dr. Uwe Jens Jasper, Vorsitzender des Sparkassenvorstandes, und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Dieter Philipp, zum 12. Mal innovative Handwerksunternehmer der Region aus. Diese Stiftung mit Reutlinger Wurzeln findet im Übrigen in der Bundesrepublik Nachahmer. Denn schließlich, so die Meinung Hechts, *»war und ist dieses Modell sicherlich ein hervorragendes Instrument, um das innovative Potenzial unserer Betriebe zu fördern und es einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.«*

Weiteres Beispiel für die Verbesserung des Standorts ist das so genannte Regionalforum. Neben der IHK arbeiten dort die Handwerkskammer Reutlingen, die Landkreise, die Fachhochschulen und Universitäten zusammen. Gemeinsames Ziel ist die Verbesserung des Wirtschaftsstandortes und die Schaffung besserer Rahmenbedingungen.

28. November 1996:
*Dieter Philipp neuer
Handwerkspräsident.*

16./17. Juni 1997:
*EU-Gipfel in Amsterdam
beschließt Europäische
Währungsunion und
damit die Einführung
des Euro.*

13. Februar 1998:
*Bundestag beschließt
Novellierung der
Handwerksordnung.*



27. September 1998:
Helmut Kohl wird nach
16-jähriger Amtszeit
nicht wieder gewählt;
Gerhard Schröder neuer
Bundeskanzler.

23. November 1999:
Joachim Möhrle wird
zum Präsidenten der
Handwerkskammer
Reutlingen gewählt.

10. Dezember 1999:
Ehrenpräsident
Günther Hecht erhält
aus der Hand von
Ministerpräsident
Erwin Teufel das Große
Verdienstkreuz des
Verdienstordens der
Bundesrepublik
Deutschland überreicht.

Die Handwerkskammer steht unter Strom: Die Stromeinkaufsgemeinschaft sorgt für Wirbel im ganzen Land

Was mit einer starken Interessenvertretung alles möglich ist, konnte der Kammerbezirk 1999 erleben: Die Stromeinkaufsgemeinschaft des baden-württembergischen Handwerks handelt in Zusammenarbeit mit der Ampere AG derart günstige Strompreise aus, wie sie sich selbst Optimisten ein Jahr zuvor nicht hätten träumen lassen. Die Pilotfunktion bei diesem ehrgeizigen Projekt, das bundesweit auf Resonanz stößt, hat die Reutlinger Kammer.

Mit dieser Aktion bringt die Handwerkskammer Reutlingen den Strommarkt in Bewegung. Der Zusammenschluss der Handwerksbetriebe wird endlich von den Energieversorgern so ernst genommen, wie es für große Industriebetriebe schon immer eine Selbstverständlichkeit war. Die Handwerkskammer Reutlingen erreicht, dass die Strompreise für alle Handwerksbetriebe in der Region früher als erwartet erheblich sinken. Den größten Nutzen haben aber die Mitglieder der Stromeinkaufsgemeinschaft mit Preissenkungen von bis zu 50 Prozent.



Joachim Möhrle
Präsident
(seit 1999)

Präsidentenwechsel: Joachim Möhrle löst Günther Hecht ab

Joachim Möhrle heißt der Mann, den die Vollversammlung im November 1999 zum Nachfolger von Günther Hecht und somit zum neuen Präsidenten der Handwerkskammer Reutlingen wählt. Der Mann aus Freudenstadt führt die Handwerker im Kammerbezirk ins neue Jahrtausend. *»Egal, wen Sie heute zum Präsidenten der Kammer wählen: Er tritt ein schönes Amt an, aber gleichzeitig auch ein schweres Amt«,* sagt Möhrle in seiner Vorstellungsrede. Er will sich an den Maßstäben seiner Vorgänger orientieren. Und gleichzeitig eigene Spuren in der Kammergeschichte hinterlassen – Spuren, die geprägt sind vom Zusammenwachsen Europas, vom Internet und von Handwerkern als Dienstleistern.



DIE HANDWERKSKAMMER
REUTLINGEN

Meisterbrief

ECKHARD WANNIER

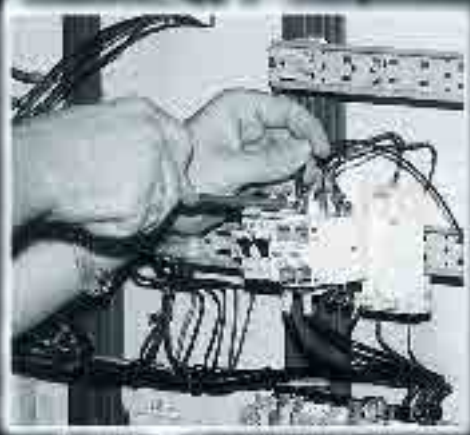
geboren am 2. Februar 1966 in Bad Schussenried
hat vor dem zuständigen Prüfungsausschuss
der Handwerkskammer Reutlingen
die Meisterprüfung im

STRASSENBAUERHANDWERK

zur Führung

Anhang

» *Umbruch und
Aufbruch prägen auch
die Welt von heute.
Die Globalisierung
schreitet in rasendem
Tempo voran.* «



Eine Schatztruhe voller Erinnerungen

Ein Blick in die Firmengeschichte der Familie Rex



Wenn ein betagter Herr seinen 100. Geburtstag feiert, dann lehnt er sich zufrieden im gepolsterten Lehnssessel zurück. Ist er ein Schwabe, dann schlotzt er an diesem seinen Ehrentag ein Viertel mehr als sonst. Ist er gar ein Herr von Welt, dann darf zum Jubeltag die dicke Zigarre nicht fehlen. Mit der bläst er lustige Kringel und Kreise in die Luft – und den Gratulanten mitten ins Gesicht: der Bürgermeister kommt, um dem Jubilar die Hand zu schütteln, der Lokalreporter rückt an mit Schreibblock und Fotokamera, um die Söhne und Töchter, Enkel, Urenkel und – sofern vorhanden – auch die Ururenkel passgenau um den Jubilar zu postieren. Der Jubilar derweil grinst sich eins ob all der Blumen und prall gefüllten Geschenkkörbe und lässt die Gedanken

schweifen. Zum Kaiser, den er fast gar persönlich noch kannte. Zum einen Krieg und zum anderen. Zum Wirtschaftswunder und zur ersten Urlaubsfahrt nach Italien. Zu den studentenrebellierenden Enkeln und den antiautoritär dreinblickenden Söhnen und Töchtern. Grinst sich eins, schlotzt sein Viertel und pafft noch einen lustigen Rauchkringel in die Luft.

Und wenn ein Unternehmen 100 Jahre alt wird? Nun, ganz so anders läuft der Jubeltag dann auch nicht ab. Der Jubilar wird fein herausgeputzt, der Staub der Jahrhunderte aus den Ecken gefegt. Die Söhne, Enkel und Urenkel des Firmengründers (soweit vorhanden) gönnen sich dann schon mal ein Viertel, hochrangige Gratulanten geben sich die Klinke in die Hand und blättern

gemeinsam in der Firmenchronik. Vom ersten Eintrag in die Handwerksrolle bis zum computergesteuerten Start in das neue Jahrtausend ist da so mancher Meilenstein verzeichnet – eine wahre Schatztruhe an Geschichten und Geschichten ist sie, so eine hundertjährige Firmengeschichte. Wer seinen Familienbetrieb ein Jahrhundert lang durch alle Höhen und Tiefen gesteuert hat, der kann stolz sein. Zu recht. Und darf schon mal den Einblick in die Familienchronik gewähren.

So einen Firmenjubiläum hat auch die Familie Rex. Die Firma Rex Sanitär und Heizung GmbH aus Dornstetten feiert gemeinsam mit der Handwerkskammer Reutlingen Geburtstag. Und hat, wie auch die Handwerkskammer, eine ganze Menge zu erzählen über die vergangenen 100 Jahre. Am 27. März 1900 wurde Karl Rex in Dornstetten kirchlich getraut. Am selben Tag gründete er den Flaschnerbetrieb mit eigenem Laden. 1927 übernahm sein Sohn Karl den Betrieb, 1962 wiederum dessen Sohn Karl. Seit 1996 führt der Urenkel den Familienbetrieb, in dem heute elf Mitarbeiter und ein Auszubildender beschäftigt sind. Deren Arbeitsbereiche heute sind Kundendienst, Heizungstechnik, Solar- und Sanitärtechnik und Holzspeichersysteme sowie Pelletsheizungen zur Regenwassernutzung.

Natürlich mischt sich bei so einem Betriebsjubiläum auch ein bisschen Stolz zur festlichen Freude. Warum? Das sagt am besten Karlheinz Rex, Urenkel des Firmengründers.

Der Geschäftsführer hatte für den Jubilar folgende Rede parat:

*» Liebe Festgäste,
im Namen der Firma Rex und den Familien Müller und Rex heiße ich Sie herzlich willkommen. Ich freue mich, dass Sie dieses Jubiläum mit uns feiern wollen und unserer Einladung gefolgt sind. 100 Jahre Rex bedeuten vor allem Dank an alle, die dazu beigetragen haben.*

100 Jahre Rex Dornstetten, das heißt, die Tradition des Familienunternehmens wird jetzt schon in der vierten Generation fortgeführt. Dieses Jahrhundert beinhaltet für die Firma zwei Weltkriege, Höhen und Tiefen, aber auch Krankheit, aber es taten sich immer wieder Wege und Türen auf, was nicht von ungefähr kommt.

100 Jahre bedeuten nach vorne schauen, und immer wieder Anpassung an neue Situationen.

Opa lief nach dem zweiten Weltkrieg mit Butter als Tauschmittel nach Stuttgart, um Blech und Lötzinn zu besorgen, und um damit Kessel flicken zu können. Die meisten Blechwaren wie Ofenrohre, Gießkannen oder Bettflaschen wurden nach Maß und in Handarbeit gefertigt. Im Ladengeschäft wurden zu der Zeit Milchkannen, Messingpfannen, kupferne Bettflaschen, Töpfe, Herdringe und vieles mehr für den täglichen Bedarf verkauft. Stets wurde seit der Gründung der Betätigungs- und Verkaufsbereich dem Markt angepasst und erweitert.

Als kleiner Junge war ich oft bei meinem Opa in der Werkstatt und habe gesehen und auch mitgeholfen, als er Bettflaschen repariert hat. Heute ist es auch unvorstellbar, mit dem Leiterwagen nach Erzgrube zu fahren, um dort die Flaschnerarbeiten am Kirchturm auszuführen oder einen Waschkessel abzuliefern.

Fortschritt war auch damals nicht nur ein Wort. Der damalige Firmeninhaber Karl der Zweite erwarb eines der ersten fünf Fahrzeuge in Dornstetten, ein motorisiertes Dreirad namens Goliath, und war der erste autorisierte Flaschner in Dornstetten. Außerdem besaßen wir einen der ersten Telefonanschlüsse der einheimischen Handwerker.

Der Name Karl begleitet die Familie Rex auch schon seit Generationen, wenn auch in der letzten Generation etwas abgeschwächt als Karlheinz.

100 Jahre bedeuten auch immer wieder neue räumliche Erweiterungen. Von meinen Eltern wurden die heutigen Räumlichkeiten geschaffen und immer wieder umgebaut und erweitert. Wenn ein Bauabschnitt fertig gestellt ist, ist der nächste bestimmt schon in Planung. Irgendetwas gibt es immer noch zu verbessern. Auch bekannt als Schwabenkrankheit »Schaffa, schaffa, Häusle bau«.

Ich als jetziger Geschäftsführer der Firma Rex GmbH bin stolz darauf, dass ich den elterlichen Betrieb 1996 übernehmen durfte. Gleichzeitig wurde der Laden an meine Schwester Elke Müller übergeben. Es ist nicht immer selbstverständlich, dass ein Betrieb von einer Familie in der vierten Generation fortgeführt wird.

Danken möchte ich an dieser Stelle der Familie und den Mitarbeitern der Firma. Eine Firma ist bekanntlich ja nur so gut wie ihre Mitarbeiter. Besonderen Dank an unser Team, vor allem an unsere langjährigen Mitarbeiter, die an der Firmengeschichte teilweise schon über 40 Jahre mitgeschrieben haben. Für uns als Familie war es immer klar, dass alle mithelfen. Der Grundstein für die nächste Generation ist gelegt, denn wie Jeremias, der Sohn meiner Schwester kürzlich sagte: »Ich werde Bauer und Anna-Lena wird Glasverkäuferin.« Also ist auf jeden Fall der Fortbestand des Ladens vorerst gesichert. Am 19. Juni wurden unsere Zwillinge Hannah und Rahel geboren, dadurch sind die Chancen doppelt so hoch, dass eventuell auch das Handwerk fortgeführt wird.

Ich möchte mich auch bei allen Handwerkspartnern und den Lieferanten für die angenehme Zusammenarbeit bedanken, denn es wird immer wichtiger, sich auf seine Partner verlassen zu können, da der Markt immer höhere Ansprüche stellt.

Wir als Familie Rex sehen diese 100 Jahre als Geschenk Gottes. Wir sind sicher, das Gottes Segen uns diese 100 Jahre begleitet hat. Aus dieser Dankbarkeit dürfen wir immer wieder Kraft schöpfen und getrost in die Zukunft blicken, egal, welche Anforderungen an uns gestellt werden.

Mit diesem Wissen können wir die nächsten 100 Jahre beginnen.«

Für Wilhelm Wagner ist Arbeit das ganze Leben

Der älteste noch aktive Schuhmacher in Deutschland

Die Hände erzählen von lebenslanger Arbeit. Sie sind immer noch flink und ruhen nur Augenblicke im Schoß auf der grünen Schürze, wenn er von den 1576 Paar Stiefeln erzählt, die er für die Franzosen und

ihre Familien fertigte, als die 1945 auch in Mössingen einzogen. Dann steht er auf vom Schemel und eilt in den großen grauen Hausschuhen auf die Bühne, um stolz Restposten zu präsentieren: schwäbische Maß-



und Wertarbeit. Wilhelm Wagner aus Mössingen bei Tübingen wird am 7. November 2001 stolze 99 Jahre alt und ist in Deutschland der älteste noch arbeitende Schuhmachermeister.

Vater Konrad war schon Schuhmachermeister. Zusammen haben sie das Fachwerkhaus, Baujahr 1656, das in der Straße Auf der Lehr liegt, gekauft. Einst war die Stadt Mössingen, die heute knapp 20.000 Einwohner zählt, eine Hochburg von kleinen Handwerkern, heute gibt es jede Menge Industrie am Ort.

Wilhelm Wagner, behauptet der promovierte Sozialwissenschaftler Hermann Berner, der gerade das städtische Heimatmuseum aufbaut, kann nichts anderes mehr machen als arbeiten. Berner zeigt auf seine Motorradstiefel, die der Schuhmachermeister ihm vor zehn Jahren nach Maß anfertigte – zum Wohlfühlen und für einen Videofilm, auf dem Wagners Handwerkskunst dokumentiert ist.

Zehn Jahre ist es auch her, als Wilhelm Wagners Fernseher kaputt ging. Einen neuen wollte er nicht. »Es lohnt sich nicht mehr.« Aber vor drei Jahren kaufte er noch eine elektrische Bandsäge für Sohlen und Absätze. Denn »Absätze und Sohlen bitte« ist das häufigste Begehrt der Kunden, die zu ihm in die beiden niedrigen Werkstatt-räume hinter dem Schuhgeschäft kommen.

Der Laden wird von der Tochter Maria Jung und der Enkelin Eva Hämmerle geführt. In den Regalen zwischen Laden und Werkstatt reihen sich reparierte Schuhe. In der Werkstatt stehen teils museal anmutende Maschinen. Sie stammen aus den 20er Jahren und sind meist noch funktionsfähig. Aber es gibt auch hier modernes Gerät.

Wilhelm Wagner braucht die Arbeit. Sie ist sein Leben. Am Sonntag weiß er wenig mit sich anzufangen. Morgens ein Schnäpsle, ein Löffel Öl für die Verdauung und dann ein Schwätzle. Das Leben ist schön, weil Arbeit und Genügsamkeit es schön machen.

Arbeit ist eben Leben. Die Holzleisten, die für die Schuhe nach Maß gefertigt wurden, verbrennt Wilhelm Wagner heute im Werkstattofen. Wer will sie noch? Wilhelm Wagners Zeit ist vorbei. Das weiß er und



schiebt die Schiebermütze auf dem kahlen Kopf zurück. Die Mütze ist ein Teil von ihm geworden. Als er einmal krank war, behielt er sie selbst im Bett auf.

Zeit für ein Schwätzle muss man sich nehmen, wenn man die Werkstatt von Wilhelm Wagner betritt. Flink bei der Arbeit, macht gern ein Späßle, doch die Ohren wollen nicht mehr so recht. Von wegen senil. Knitz

ist der Kerle. Er lebt viel in der Vergangenheit, erzählt von den Zeiten, als der Handwerksmeister noch 50 Pfennig pro Stunde verdiente und anno 1926 ein Paar handgefertigte Schaftstiefel 28 Mark kosteten. Als die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg den Geldwert täglich fraß, besorgte er sich US-Dollar – und konnte so 1925 preisgünstig eine Adler-Ledernähmaschine kaufen. Der Verkäufer wollte 390.000 Mark, Wilhelm Wagner bot 40 Dollar und 100.000 Mark – und bekam die Maschine; sie steht heute noch in der Werkstatt.

Es riecht nach Leder und Kleber. Ans Aufhören denkt er nicht, »auch wenn ich nur einen Stundenlohn von zehn Mark bekomme.« Er war schon mal im Schwarzwald, in Stuttgart und Ulm. Ansonsten war ihm das Reisen zu teuer: »Seit ich schaffe, habe ich nur acht Tage lang wegen eines Vereinsausflugs gefehlt.«

Wilhelm Wagner geht hinaus auf den Hof, schüttet Körner in die grüne Schürze und füttert die Tauben.

Feuer und Flamme für das Eisen

Zu Besuch bei Schmiedemeister Paul Zimmermann

Wenn heute einer Schmied ist, dann ist das etwas Besonderes. Denn nur eine Hand voll Schmiede stehen im Kammerbezirk heute noch am Amboss, schüren das Feuer und geben dem Eisen mit der Kraft ihrer Arme neue Formen. Eine dieser selten gewordenen Werkstätten steht in Pliezhausen. Dort lebt und arbeitet Paul Zimmermann. Schon die Türklinke an seiner Werkstatt zeigt, dass hier einer lebt und arbeitet, dem willkommen ist, wer kommen will. Rund ist sie, die Türklinke. Lädt ein zum Anfassen. Man kann gar nicht anders. Man will die Tür aufmachen. Weil sie sich so schön aufmachen lässt. Und weil die Türklinke, das wird Paul Zimmermann später erzählen, gemacht ist von einem Jungen aus Japan, der in der Pliezhausener Werkstatt seine Gesellen-

jahre verbracht hat. Und der von Paul Zimmermann, dem Schmied alter Schule, gelernt hat, dass Form und Funktion eins sind.

Aber erst mal ist niemand hinter der Tür mit der kunstvollen Klinke. Die Schritte hallen auf dem Betonboden der Schmiede. Das Feuer ist kalt, der Amboss verwaist. Paul Zimmermann ist nicht da heute. Denn heute gönnt er sich etwas, was er sonst nie macht: Paul Zimmermann hat heute seinen Sabbatag. Weil Sohn Heiner, der mit dem Vater die Pliezhausener Kunstschmiede betreibt, im Ausland ist.

Nicht, dass Paul Zimmermann schwänzen würde. Nein, viel Liegegebliebenes wird erledigt. Papierkram. Auch das muss sein. Und einen Nachbarn zum Augenarzt fahren. Das war schon lange versprochen. Dauert länger,



als erwartet. Macht aber nichts. Denn da ist Ruth Zimmermann. Die begrüßt Besucher mit einem offenen Lächeln und sagt: »Kommen Sie rein, wir haben ein offenes Haus.« Und während Hündin Nelly abwechseln am Bauch gekraut werden oder mit dem zerbissenen Tennisball spielen will, klappert Ruth Zimmermann in der Küche, kocht Kaffee, legt frisch gewaschene Handtücher zusammen und erzählt. Von dem offenen Haus. Von den vielen jungen Leuten, die hier arbeiten, lernen und im Garten sitzen. Von den vielen Sprachen, die dann das Klingeln des Hammers in der Schmiede unterbrechen. Englisch sprechen sie und Japanisch. Finnisch und Französisch. Manchmal, lacht Ruth Zimmermann, manchmal ist es eine Diskussion mit Händen und Füßen. Die aber nie unverständlich ist. Denn immer, erklärt die quirlige Frau, sind da die Hände, die Formen schaffen. Formen mit einer ganz eigenen Sprache. Aber einer Sprache, die keine Wörterbücher braucht. »Wir haben hier so viel, das erzählen kann«, sagt Ruth Zimmermann und ihre Hand mit dem eben zusammengelegten Handtuch zeigt nach draußen in den Garten. »Man muss nur hinsehen, jedes Mal so, als ob man ein Blatt, eine Blume zum ersten Mal sieht.« Ihre Augen blitzen, als sie das sagt. Denn Ruth Zimmermann sagt damit mehr, als ihre Liebe und ihre Achtung zur Natur. Ruth Zimmermann sagt damit die Liebe und die Achtung zu ihrem Mann. Das gegenseitige Verständnis. Gewachsen sicher auch aus Wurzeln einer langen Ehe. Und aus dem gemeinsamen Wirken, dem gemeinsamen Verständnis für die Arbeit mit Form und Funktion.

Und als sie das sagt, klappert die Haustür. Paul Zimmermann kommt nach Hause. Wer jetzt einen großen, polternden Mann



erwartet, einen, wie man ihn sich eben so vorstellt als Schmied, der am Amboss steht und dem harten Eisen eine neue Form gibt, der wird stutzig. Eher schwächling ist Paul Zimmermann. Mit blitzenden Augen und grauem Bart. Mit ruhiger Stimme und mit einer Sprache, die man nicht in einer Schmiedewerkstatt erwartet. Eher im Hörsaal einer Universität. Denn was Paul Zimmermann über seine Arbeit sagt, das könnte genau so gut von einem Professor der Philosophie stammen – einem Philosophen freilich, der mit beiden Beinen im Leben steht. Einem, der nicht abhebt. Denn obwohl die Tore und Grabzeichen, die Kerzenständer und Denkmale, die Paul Zimmermann macht Kunstwerke sind, wurzelt das Selbstverständnis des Schmieds doch im

Handwerk. »Ich bin Handwerker, mehr nicht«, sagt Paul Zimmermann denn auch. Und unterstreicht diesen Satz mit einer schnellen Bewegung seiner rauen und rissigen Hände. Die dann, zusammen mit den starken Armen, doch Zeugnis ablegen von der harten Arbeit in der Schmiedewerkstatt.

Dabei wollte der dreifache Familienvater eigentlich mal etwas ganz anderes machen. »Ich wollte Konditor werden«, lacht er. »Da kann man so schön verzieren«, sagt er und lässt sich von seiner Frau Ruth ein Stück Nusstorte auf den handgetöpften Teller legen. Aus den süßen Berufsträumen des kleinen Paul Zimmermann ist nichts geworden. Fast möchte man meinen: im Gegenteil. Denn ein Zuckerschlecken, erzählt der Schmiedemeister zwischen Landkaffee und Nusstorte, ein Zuckerschlecken ist das Schmiedehandwerk nicht. Für einen Moment ruhen seine Augen auf seiner rissigen Hand, die die Kuchengabel hält. »Man muss ganz schön leidensfähig sein«, grinst er. So ein glühendes Stück Eisen, erklärt er, hat schon seine 1200 Grad. Dann fängt er an zu lachen: »DIE Blasen wollte ich meinen Söhnen ersparen«, grinst der passionierte Schmied und fährt noch mal alle Argumente auf, mit denen er seine beiden Söhne vom Beruf des Schmieds abbringen wollte. Ohne Erfolg übrigens: augenzwinkernd erinnert Ruth Zimmermann ihren Mann an den »eisenharten Kopf der Herren Zimmermann« – Sohn Heiner arbeitet heute zusammen mit dem Vater im Atelier in der Pliezhausener Kronengasse; Christian, der Älteste, betreibt die 240 Jahre alte Hammerschmiede in Mühlehorn in der Schweiz.

Dass Paul Zimmermann der Begründer einer ganzen Schmiededynastie ist, scheint den Mann mit dem weißen Bart selbst am

meisten zu erstaunen. Denn zu Beginn seiner Karriere stand »leider nur eine ganz einfache Schulbildung« und dann die Lehre als Bau-, Kunst- und Herdschlosser. Paul Zimmermann fing Feuer für das Schmiedehandwerk. Für die tiefen Wurzeln, die das Schmiedehandwerk als eines der ältesten Handwerke überhaupt hat. Und für die Möglichkeiten und Formen, die in seinem Werkstoff stecken.

Welche Formen – das ahnte Paul Zimmermann damals nur. »Ich konnte nicht sehen«, sagt er und zeigt nach draußen, in den Garten. »Dort kann man sehen lernen«, sagt er und erzählt von einem amerikanischen Berufskollegen. Der fragte ihn bei einem Workshop, wie man sehen lernen kann. »Also habe ich ihn mit nach draußen genommen und ihm einen einfachen Grashalm gezeigt.« Der Kollege, erzählt Paul Zimmermann, hat zuerst nur ein grünes Stück Gras gesehen. »Dabei hat ein Grashalm so viele Furchen und Adern, ist gerade oder gebogen, ist voller perfekter Gestaltung«, sagt Paul Zimmermann und seine Augen leuchten. Freilich: zu sehen musste der Kunstschmied selbst auch erst lernen. Die Gipsbüsten mit dem Porträt seiner Frau, die in der Schmiedewerkstatt stehen, sind Zeugen erster Sehversuche. »Ich habe Volkshochschul-Kurse besucht, habe Zeichnen gelernt«, erzählt er. Heijo Pflingsten, Freund und Bildhauer, brachte dem Handwerker Modellieren bei. »Und dabei habe ich gelernt zu sehen«, erzählt Paul Zimmermann. »Ich musste offen sein für Neues, für Ungewisses, ich musste lernen, sensibler zu empfinden und dadurch mehr wahrzunehmen«, sagt er.

Und fast, als wäre ihm die Frage peinlich, ob Eisen, sein Werkstoff, für ihn etwas

Menschliches hat mit all den verschiedenen Formen, mit seiner Kraft und gleichzeitigen Vergänglichkeit, steht Paul Zimmermann auf und geht in seine Werkstatt. Dort liegen Zeichnungen für Tore und Grabzeichen, ein halb fertiges Kreuz wartet darauf, dass der Schmiedemeister ihm die endgültige Form gibt. Eine Form, die für Paul Zimmermann schon da ist, in jedem Objekt, das er macht. Ein Tor, zum Beispiel, ein Tor ist der erste Eindruck, den Außenstehende von den Menschen haben, die dahinter wohnen. »Deshalb spreche ich mit den Leuten, versuche, viel über sie zu erfahren«, erklärt Paul Zimmermann. Das Charakterbild, das der stille Mann von seinen Kunden hat, fügt er in das Bild der Umgebung ein. Die Ecken des Hauses finden sich in den Torstreben wieder. Der romantische Charakter der Bewohner, zum Beispiel, drückt sich in runden Formen aus.

Nein, schmunzelt Paul Zimmermann, »nur« Kunst ist es nicht, was er macht. »Praktisch und benutzbar muss schon alles sein«, lacht er. Und zeigt die Türklinke an seiner Werkstatt. Sie ist schön. Sie passt. Zur Tür und zum Meister, der hier am Feuer steht. Und sie hat Funktion: leicht lässt sie sich bedienen, das Türschloss erfüllt seinen Zweck und ist doch schön. Ganz einfach.

Sagt's und geht zu dem Grabzeichen, an dem er gerade arbeitet. »Grabzeichen sind die letzten äußeren Zeichen, die wir einem Menschen geben können«, sagt der drahtige Mann und streicht fast zärtlich über das harte Eisen, aus dem er Blätter geformt hat. Fast möchte man meinen, der kleine Lufthauch von der geöffneten Ateliertür her würde genügen, um die Blätter zu bewegen, so filigran sind die harten Eisenformen.



»Es soll glaubwürdig sein«, erklärt Paul Zimmermann. Und auch, wenn die Herstellung des Grabzeichens Handwerk und handwerkliche Kunst sind – bei Paul Zimmermann steckt in jeder Arbeit eine Geschichte. Die Geschichte des Menschen, für den er das Grabzeichen macht.

Und dann macht Paul Zimmermann doch noch das Feuer an. Trotz »Sabbattag«. Nimmt ein Stück Eisen und bringt es zum Glühen. Während er das Eisen im Feuer bewegt, wirkt der Schmied plötzlich wie ein anderer Mensch. Er wird ganz still und fast scheint es, als ob das Feuer, das sich in seinen Augen widerspiegelt, aus ihm selbst kommt. Paul Zimmermann legt den glühenden Stahl auf den Amboss. Funken stieben, als er mit kräftigen Schlägen den Hammer niedersausen lässt. Wieder legt er das Eisen ins Feuer, wieder gibt er ihm mit dem Hammer eine Form. Eine Form, die – das erzählt er so leise, dass man wegen der lauten Hammerschläge fast nichts hört, eine Form, die ei-

gentlich schon im Eisen steckt. Er muss sie nur finden, sagt er. Und Paul Zimmermann findet die Form – nur ein paar Minuten später ist aus dem vierkantigen Stück Eisen ein Blatt geworden, mit dem der Wind spielt.

Leise schließe ich die Tür zum Schmiedeatelier. Fast scheint es, als ob die eiserne Türklinke warm ist und ein bisschen spröde und rissig. Wie die Hand von Paul Zimmermann, dem Handwerker, der dem Eisen die Form gibt, die Natur schon hineingelegt hat. Nur noch gedämpft hört man die Schläge des Hammers, die Schritt für Schritt ein bisschen mehr von bellenden Hunden und spielenden Kindern übertönt werden. Aber die Hammerschläge klingen nach im Ohr. Denn schließlich sind sie heute etwas Seltenes. Etwas Besonderes.

Meisterfeier 2000

Die Zukunft des Handwerks



Im Rahmen der Meisterfeier 2000 fand eine Diskussion zwischen Annette Widmann-Mauz (Mitglied des Bundestages), Prof. Dr. Rolf Stober und Hans-Werner Müller, Generalsekretär der UEAPME, zur Bedeutung des Meisterbriefes statt. Wir geben einen gekürzten Auszug der Diskussion wieder. Moderator war Hannes Elster vom Südwestrundfunk (SWR).

Elster: *Herr Müller, als wir beide ein Vorgespräch geführt haben, und ich sie gefragt haben, was macht die EU-Kommission eigentlich mit unserer Handwerksordnung, da haben sie gesagt, diesen Quatsch könnten Sie gar nicht mehr hören. Sie haben fast einen Wutanfall gekriegt, über die Dinge die in den deutschen Zeitungen stehen. Warum?*

Müller: In Deutschland, Österreich und in Luxemburg, dort ist das System der Meisterprüfung in der Gesellschaft verankert. Wer den Meisterbrief hat, gilt in der Gesellschaft etwas, hat Sozialprestige und das ist stabilisierend für die Gesellschaft insgesamt. Auch für die Politik.

Allein deswegen müssen wir das aufrecht erhalten. Und die Diskussion, die wir jetzt hier führen in Deutschland, dass der Meisterbrief in Frage gestellt wird, ist eine falsche Diskussion. Glauben Sie es mir.

Es ist Mode geworden, dass jede Regierung immer dann, wenn etwas nicht klappt, die Schuld auf Brüssel schiebt. Immer ist Brüssel schuld, egal was passiert, immer ist Brüssel schuld. Deswegen appelliere ich, dass sie alle einmal ein bisschen näher hinschauen.

Wenn man in Deutschland in der innenpolitischen Diskussion – oder in Österreich oder Luxemburg – einen Konsens findet, die Meisterprüfung zu bewahren, dann wird keine europäische Instanz sie kippen können, überhaupt keine.

Das ist die Realität. Alles andere ist falsch. Es wird niemand eine Deregulierung oder Liberalisierung anstreben wollen gegen solch bedeutende Länder, wenn sie selbst zu diesem System stehen.

Andererseits muss man natürlich auch sagen, können wir nicht von Ländern wie Irland oder England verlangen, – die eine völlig andere Tradition haben – dass sie in den nächsten 10 Jahren oder 20 Jahren ein solches System einführen. Das können wir natürlich nicht erwarten.

Elster: *Herr Professor Stober, ist es wirklich so, dass unsere Handwerksordnung mit ihrem großen Befähigungsnachweis wirklich so ungefährdet ist durch das europäische Gemeinschaftsrecht, oder gibt es nicht doch einen gewissen Druck?*

Stober: Also ich muss Herrn Müller Recht geben. Deutschland hat sich damals sozusagen ein Exklusivrecht ausgehandelt. Dieses Exklusivrecht heißt, wir haben in Deutschland die Meisterprüfung und die bleibt erhalten.

Nun ist das schon eine lange Zeit her, mittlerweile wurden die Verträge stark geändert, und heute taucht die Frage wieder neu auf.

Aber die Deutschen sind im Grunde genommen gewappnet, und zwar dadurch gewappnet, weil sie in ihrer Handwerks-

ordnung sehr moderat und flexibel das europäische Recht eingearbeitet haben, so dass zwar – das ist ein Nachteil für sie – die europäischen Handwerker, wenn sie leistungsfähig sind, nach Deutschland kommen können, aber umgekehrt der deutsche Handwerker die Meisterprüfung machen muss, weil das deutsche Recht hier eine Ausnahmesituation ist.

Aber da möchte ich gleich noch etwas dazu sagen, zur Zukunft dieses Rechtes. Ich verstehe die Diskussion um den Befähigungsnachweis nicht. Und zwar deshalb nicht, weil man in anderen Bereichen – etwa bei den Steuerberatern oder bei den Ärzten – auch nicht sagt, wir schaffen irgend einen »Arztbrief« ab oder wir schaffen die Prüfung ab.

Ich glaube es liegt daran, dass man vom »großen« Befähigungsnachweis spricht, und »groß« muss für die Deutschen etwas ganz Großes sein. Das heißt, da geht man normaler Weise nicht ran, das ist etwas, was man überhaupt nicht überspringen kann. (...)

Aber jetzt kommt die gefährliche Sache: Bundeswirtschaftsminister Müller möchte die Meisterprüfung liberalisieren per Verwaltungsvorschrift, das geht nicht. Und zwar deshalb nicht, weil es ein Verstoß gegen den Rechtsstaat ist. Man kann nicht durch die Hintertür über Verwaltungsvorschriften, etwas was sie meine Damen und Herren, sich hart erworben haben, liberalisieren. Das ist ein Schlag gegen die jungen Handwerksmeisterinnen und -meister, die bei uns sitzen.

Elster: *Frage an Sie Frau Widmann-Mauz. Ist es eigentlich wirklich so, dass dieses Wort Deregulierung, das ja ein politisches Modewort geworden ist, dass es nicht doch die Handwerksordnung in Berlin erfassen könnte? Und das verfasste Handwerk auch, nämlich die Kammern?*

Widmann-Mauz: Deregulierung ist in allen Feldern unseres Verwaltungshandeln notwendig, weil 50 Jahre freiheitliche Demokratie auch dazu geführt haben, dass wir uns in vielen Bereichen im Grunde überperfektioniert haben.

Das heißt aber nicht, wenn wir deregulieren, dass wir das Gute über Bord werfen. Wir können aber nicht immer nur neue Gesetze schaffen und irgendwann ist alles so kompliziert geworden ist, dass es kein Mensch mehr versteht.

In dem Maße, wie wir neues Schaffen, müssen wir auch hinterfragen, wo die Sinnhaftigkeit alter Regelungen ist. Also ich sag ganz klar auch, was sich bewährt hat, muss ich nicht von vornherein in Frage stellen. Das ist eine Beweislastumkehrung, für die es überhaupt keinen Grund gibt.

Denn der Meisterbrief hat sich bewährt, und wenn wir uns in der Bundesrepublik anschauen, welche Branchen im Grunde die krisenfestesten sind, wenn wir anschauen in welchen Bereichen wir mehr Insolvenzen und in welchen wir weniger haben, dann ist das Handwerk der Bereich, der am besten da steht. Und warum sollten wir dann an den Grundfesten, die diesen Erfolg garantieren, rütteln?

Fragen an den Präsidenten der Handwerkskammer Reutlingen

Joachim Möhrle im Gespräch

Fragen zur Person

Herr Möhrle, bitte ergänzen Sie die nachfolgenden Sätze:

Die drei wichtigsten Dinge im Leben sind für mich ... Gesundheit, eine erfüllende Partnerschaft und Zufriedenheit.

Gut und gerne verzichten könnte ich auf...
... das Privatfernsehen.

In meinem Beruf ist für mich wichtig ...
... qualifiziertes Personal.

Ehrenamt bedeutet für mich...
... Dienst für die Allgemeinheit.

Auf meinem Nachttisch liegt das Buch...
(lacht) ... mehrere! Die Geschichte von Athen, ein Zitatenschatz für Führungskräfte und ein Gedichtband von Annette von Droste-Hülshoff.

Und in meinem CD-Player läuft Musik von ... (lacht wieder) ganz nach Stimmung. Das kann mal Jazz sein, oder Beethoven. Oder was Modernes. Jennifer Rush zum Beispiel.

Wenn ich ein Jahr Urlaub geschenkt bekäme, würde ich ... (lacht nicht mehr – aber seufzt) nach Amerika, Australien und Südafrika reisen.

Kennen lernen würde ich gerne...
... George Bush sen., weil ich denke, dass dieser Mann viel zu erzählen hat über Politik – und besonders über die Wiedervereinigung.

Und wenn ich für einen Tag noch einmal Kind sein könnte, würde ich...
...im Wald umherstreichen.



Fragen zur Handwerkspolitik

Herr Möhrle, Sie wurden am 23. November 1999 von der Vollversammlung der Handwerkskammer Reutlingen zum Nachfolger des langjährigen Präsidenten Günther Hecht gewählt. Mit welchen Erwartungen haben Sie Ihre Arbeit als Präsident begonnen?

Ich kannte die Handwerkskammer Reutlingen als eine Institution, die ein offenes Ohr für die Betriebe hat und die sehr engagiert ist. Und ich habe den Eindruck, dass die Handwerkskammer auf einem guten Weg ist, zu einem wirklich umfassenden Dienstleister für das Handwerk in einer immer komplexeren Zeit zu werden.

Wie sieht ein typischer Arbeitstag des Präsidenten Joachim Möhrle bei der Handwerkskammer Reutlingen aus?

Sehr, sehr ausgefüllt. Auf meinem Schreibtisch wartet jede Menge Post, wenn ich nach Reutlingen komme. Dann reiht sich ein Termin an den anderen und eine Besprechung folgt auf die nächste, denn – und das wird in der Öffentlichkeit ja nicht immer unmittelbar wahrgenommen – politische Interessensvertretung erfordert viele persönliche Gespräche.

Von Ihren Amtsgeschäften zum politischen Alltag: der Meisterbrief gilt als die optimale Vorbereitung auf die Selbstständigkeit. Trotzdem wird er von Vielen in Frage gestellt, gerade auch im Hinblick auf Europa.

Wie steht die Handwerkskammer Reutlingen zu dieser Kritik?

Es ist doch die Frage, wer den Meisterbrief in Frage stellt. Sind es die Verbraucher? Sicher nicht, denn sie erwarten gute handwerkliche Qualität, wenn sie ein Produkt kaufen oder eine Leistung in Anspruch nehmen. Sind es die Handwerker selbst? Ganz bestimmt nicht – bis auf einige ganz, ganz wenige, die dann von den Medien allzu oft in den Vordergrund gestellt werden. Nein: in Frage gestellt wird der Meisterbrief letztendlich von Wirtschaftswissenschaftlern, die theoretische Experimente in der Realität ausprobieren wollen.

Ich glaube auch nicht, dass die anderen Mitgliedsländer der Europäischen Union den Meisterbrief abschaffen wollen. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung bei unserer Meisterfeier im November 2000 sagte Hans-Werner Müller, Generalsekretär der UEAPME in Brüssel [die Interessensvertretung des Mittelstands in Europa], dass in Europa niemand eine Deregulierung oder Liberalisierung gegen Deutschland, Luxemburg oder Österreich anstreben wird, wenn diese Länder selbst zu diesem System stehen.

Denn der Meisterbrief ist in Deutschland kein Selbstzweck, sondern er ist unerlässlich zur Sicherung des Mittelstandes und der Leistungsfähigkeit des Handwerks. Er ist auch deshalb unerlässlich, weil wir mit dem Meisterbrief einen außerordentlichen Qualitätsstandard in Deutschland erreicht haben.

Wir können allerdings nicht erwarten, dass andere europäische Länder unser System des Meisterbriefs übernehmen werden. Wir müssen aber versuchen – und ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind – flexible Lösungen zu finden, die unser Mo-

dell der Qualitätssicherung im Handwerk als Modell für Qualitätsstandards in Europa einfließen lassen.

Globalisierung ist nicht nur wegen der Europäischen Union ein Thema für das Handwerk. Welche Bedeutung haben die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien für die Betriebe?

Die Handwerkskammer Reutlingen nutzt das Internet bereits seit mehreren Jahren. Handwerker und Verbraucher können sich im Internet informieren, Schüler finden alles Wichtige zu den 124 Ausbildungsberufen im Handwerk.

Den Weg auf unsere Homepage www.hwk-reutlingen.de finden inzwischen immer mehr Interessenten. Die Zugriffszahlen sind enorm nach oben geschneit, seit konkrete Informationen über die Betriebe aus dem Kammerbezirk gefunden werden können. Unsere Internetseite ist damit auch auf dem Weg zu einem virtuellem Marktplatz.

Ich denke, dass das Internet künftig die Arbeit der Handwerksbetriebe nachhaltig verändern wird. Und wer sich diesen Herausforderungen nicht stellt, der wird es künftig schwer haben, auf dem Markt zu bestehen.

Mehr als 3.000 Handwerksbetriebe suchen im Bezirk der Handwerkskammer Reutlingen einen Nachfolger. Wie unterstützt die Kammer den Generationswechsel?

Es ist für die Handwerksmeister sicher keine leichte Aufgabe, sich von einem Betrieb zu trennen, der über viele Jahre das eigene Leben sowohl materiell als auch ideell ausgefüllt hat. Dennoch darf das Thema nicht zu lange aufgeschoben werden – viel zu oft hören wir von missglückten oder verpassten

Nachfolgeregelungen. Mit einem Schlag kann dadurch ein mühsam aufgebautes Lebenswerk und erwirtschaftetes Vermögen überraschend und schnell verloren gehen.

Die andere Seite: wer einen Betrieb übernimmt, der muss sich einer neuen Herausforderung stellen und auch hier ist die gute Vorbereitung auf die Selbstständigkeit die Voraussetzung für gutes Gelingen. Der Meisterbrief ist die eine Voraussetzung. Hinzu kommt, dass sich beide, sowohl Übergeber als auch Übernehmer, sehr gut miteinander abstimmen müssen, damit die Betriebsübergabe gelingt.

Hier setzt das Beratungsangebot der Handwerkskammer Reutlingen an. Wir bieten sowohl Einzelberatungen an, als auch Veranstaltungen zum Thema. Und nicht zuletzt leistet das Internet gute Dienste. Über unsere Internetseite haben Betriebsübernehmer und -übergeber Zugriff auf eine bundesweite Datenbank mit entsprechenden Angeboten.

*Ausblick***Das Handwerk im neuen Jahrhundert**

Liberalisierung und Globalisierung einerseits, Individualisierung und Regionalisierung andererseits sind die Trends unseres Zeitalters. Auf dem Datenhighway entsteht eine neue Welt. Information bleibt kein Vorrecht von Spezialisten, sondern wird jedermann zugänglich. Neue Netzwerke entstehen, die weder an nationalen noch kulturellen Grenzen Halt machen.

Die Menschen sind informiert, sie sind mündig. Sie wollen von denen, die unsere Gesellschaft verantwortlich mit gestalten, überzeugt werden. Ansonsten verweigern sie die Gefolgschaft.

An dieser historischen Wende werden die deutschen Handwerkskammern 100 Jahre alt, ein guter Zeitpunkt, um in die Zukunft des Handwerks zu blicken.

Das Handwerk ist der älteste Wirtschaftszweig der Menschheit. Seit dem Mittelalter bestimmte das Handwerk maßgeblich die Entwicklung von Technik, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa, bis im 19. Jahrhundert die Liberalisierungswelle die alten Zunftordnungen wegfeigt und Raum für Massenproduktion schafft. Die Kehrseite des Erfolges war das Elend der Arbeiter und die Massenpleiten im damaligen Mittelstand.

Sozialer Umbruch

Dieser soziale Umbruch ist Ausgangspunkt für zwei große Bewegungen: Die Gewerkschaftsbewegung und die Handwerksbewegung. Selbsthilfe war die Vision, die neue Hoffnung gab. Es entstehen Genos-



senschaften, Unterstützungskassen auf Gegenseitigkeit, Sparkassen und Einkaufsgenossenschaften. Auch die Selbstverwaltung im Handwerk und damit die Gründung der Handwerkskammern ist eine Antwort auf den epochalen Wandel dieser Zeit.

Umbruch und Aufbruch prägen auch die Welt von heute. Die Globalisierung schreitet in rasendem Tempo voran. Der technologische Wandel vollzieht sich immer schneller und damit auch der Wandel der erforderlichen Qualifikation. Das Handwerk ist aus seiner führenden Rolle als Produzent materieller Güter verdrängt worden. Heute ist das Handwerk vor allem Dienstleister für Produzenten und Konsumenten, Bindeglied zwischen Industrie und Endverbraucher, Zulieferer für Großunternehmen, Nischenproduzent für Spezialmärkte und Hersteller hochwertiger Konsumgüter.

Qualifikation

Wenn man danach fragt, was heute den Begriff Handwerk ausmacht, so liegt die Antwort allein in der besonderen handwerklichen Qualifikation. Es ist die gründliche, praxisbezogene Aus- und Weiterbildung, die Befähigung zu praktischem und unternehmerischen Handeln. All dies verbindet sich im Begriff des Meisters.

Handwerker haben anders als Akademiker eine Qualifikation, die sie überall nutzen können. Handwerk kann so gesehen im 21. Jahrhundert weiter an Bedeutung gewinnen.

Am Standort Deutschland sind die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen allerdings weniger handwerksfreundlich. Erwerbsarbeit ist teuer. Die Staatsquote liegt bei über 50 Prozent. Großunternehmen spielen zunehmend die nationalen Standortinteressen gegeneinander aus. Fast jeden Tag gibt es neue Megafusionen. Die Last der Sozialsysteme in unserem Land liegt überwiegend auf den Schultern des Mittelstandes. Die Politik erweist sich demgegenüber als hilflos; eine ähnliche Situation wie Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals wollte die Politik nicht helfen, heute kann sie es nicht, jedenfalls nicht mit den klassischen nationalstaatlichen Instrumenten.

Welche Rolle können und müssen dabei in Zukunft die Organisationen des Handwerks übernehmen? Offenkundig ist, dass herkömmliche handwerkliche Produktionsme-

thoden am Standort Deutschland nicht mehr mit industriellen Produktionssystemen konkurrieren können. Trotzdem begünstigt die geringe Planbarkeit von Entwicklungen die kleinen Unternehmen. Denn: Schnelligkeit, Flexibilität und Dynamik sind die besonderen Stärken des Handwerks. Die Grenzen zwischen Handwerk, Industrie und Dienstleistung werden im dynamischen Markt immer kleiner, die Tätigkeitsfelder in den einzelnen Handwerksbranchen immer stärker ineinander übergehen. Gerade deshalb müssen Meisterausbildung und Großer Befähigungsnachweis an Bedeutung gewinnen und zwar als zentrales Instrument der Qualifikation und der Qualitätssicherung. Der Handwerksmeister muss noch mehr Vorbild für Flexibilität, Schnelligkeit, Gestaltungskraft und Entwicklungsfreude werden.

Bits und Bytes

Bits und Bytes machen die Welt immer kleiner. Auch der kleinste Betrieb kann mit Hilfe des Internets weltweit präsent sein. Das Internet schafft die Plattform für Netzwerke, die die ortsgebundene Infrastruktur aufbrechen. Neue Formen der Selbständigkeit entstehen. »Die Schnellen fressen die Langsamen.« Die Zukunft wird qualifizierten lokalen und regionalen Anbietern, die sich ganz auf die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Kunden einstellen, große Chancen bieten.

Diese Kundennähe und Qualifikation ist ein Wettbewerbsvorteil des Handwerks. Entscheidend im Markt der Zukunft sind nicht handwerkliche Traditionen, sondern die Wünsche und Vorstellungen des Kunden. Darauf muss sich das Handwerk einstellen, wenn es auf dem Markt von über-

morgen bestehen will. Aufgabe der Kammer wird es sein, Steuerungsinstrumente und Regelwerke zu entwickeln, die Schnelligkeit und Flexibilität fördern.

Veränderungsprozesse unterstützen

Die Kammer wird nur in dem Maße Bestand haben können, wie sie ihre Mitglieder in der Dynamik der Veränderungsprozesse unterstützt, selbst ein Stück die Vordenkerrolle übernimmt, neue Entwicklungen einleitet und die Kraft der Veränderungen für ihre Mitglieder nutzbringend umsetzt.

Selbsthilfe und Selbstverantwortung waren Antworten auf die Umwälzung im 19. Jahrhundert. Heute entfernen sich die Entscheidungsprozesse und Machtzentren der Politik immer weiter von den betroffenen Menschen. Mit ihren wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten sind die internationalen Konzerne überall präsent. Sie brauchen keine Kammer als Sprachrohr. Anders die vielen kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks, die nur bei einem »geschlossenen Auftreten« wahrgenommen werden.

Wer sich in seine eigenen Angelegenheiten nicht einmischt muss sich nicht wundern, wenn andere für ihn die Entscheidung treffen. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Handwerker vor mehr als 100 Jahren ihre Selbstverwaltung hart erkämpft. Heute ist die Handwerkskammer ebenso Teil staatlicher Ordnung wie sie staatsfern ist. Neben ihrer ordnungspolitischen Verantwortung hat sie als Dienstleister und Interessenvertreter des Gesamthandwerks auch Gemeinwohlverantwortung zu tragen. Der Handwerkskammer gehören die Handwerker kraft Gesetzes an. Das in der

Handwerksordnung verkörperte Recht der Handwerker, in den Handwerkskammern ihre eigenen Angelegenheiten regeln zu dürfen, geht einher mit der Pflicht, dies nicht mit staatlicher Alimentierung, sondern über Mitgliedsbeiträge zu finanzieren. Kurz: Was allen Handwerkern nützt, muss auch von allen mit getragen werden.

Mehrere tausend selbständige Handwerker machen allein in unserem Kammerbezirk deutlich, was Handwerker für das Handwerk tun, wie Selbstverwaltung funktioniert. Sie bringen ihren Sachverstand in der Handwerksorganisation, in den Prüfungsausschüssen, als Sachverständige oder als ehrenamtliche Richter ein und sind so zuverlässige Träger der Selbstverwaltung.

Prozess der Erneuerung

Wir brauchen am Standort Deutschland mutige Reformen. Das Handwerk als bedeutender Teil dieses Standortes ist aufgerufen, in diesem Prozess der Erneuerung eine wichtige Rolle zu spielen. Umso bedauerlicher ist es, wenn bezweifelt wird, ob die Pflichtmitgliedschaft noch zeitgemäß und mit dem Rechtsstaat überhaupt vereinbar sei. Welches Missverständnis! Als ob eine Selbstverwaltung und damit das Recht, die eigenen Angelegenheiten durch selbstgewählte Vertreter ordnen zu können, nicht demokratisch sei? Dieser Vorteil darf nicht mutwillig verspielt werden, nur weil einzelne Zeitgenossen in den Kammern nur den Kammerbeitrag, nicht aber ihre Freiheitschancen sehen.

*Roland Haaß
Hauptgeschäftsführer*

Die Mitglieder des Vorstandes der Kammer seit 1969

Vorstandsmitglieder 1969 bis 1974

Alfred Geisel, Präsident
 Eugen Krebs, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Georg Mauer, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Fritz Bihler (Arbeitgeber)
 Fritz Hummel (Arbeitgeber)
 Paul Schneider (Arbeitgeber)
 Willi Schaber (Arbeitgeber)
 Franz Flad (Arbeitnehmer)
 Karl Lang (Arbeitnehmer)

Vorstandsmitglieder 1974 bis 1979

Ernst-August Karrer, Präsident
 Gottfried Ruprecht, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Kurt Schellberg, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Fritz Bihler (Arbeitgeber)
 Norbert Bitzer (Arbeitgeber)
 Hans Gaub (Arbeitgeber)
 Willi Schaber (Arbeitgeber)
 Martin Fuchs (Arbeitnehmer)
 Helmut Kalmbach (Arbeitnehmer)

Vorstandsmitglieder 1979 bis 1984

Ernst-August Karrer, Präsident
 Gottfried Ruprecht, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Kurt Schellberg, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Fritz Bihler (Arbeitgeber)
 Willi Schaber (Arbeitgeber)
 Kurt Wochner (Arbeitgeber)
 Hans Gaub (Arbeitgeber) bis 1982 (verstorben)
 Karl Künstle (Arbeitgeber) ab 1982
 Martin Fuchs (Arbeitnehmer)
 Helmut Kalmbach (Arbeitnehmer)

Vorstandsmitglieder 1984 – 1989

Günther Hecht, Präsident
 Kurt Wochner, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Martin Fuchs, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Karl Künstle (Arbeitgeber)
 Wolfgang Sautter (Arbeitgeber)
 Carlo Wildt (Arbeitgeber)
 Werner Würfele (Arbeitgeber)
 Helmut Kalmbach (Arbeitnehmer)
 Erich Röhm (Arbeitnehmer)

Vorstandsmitglieder 1989 bis 1994

Günther Hecht, Präsident
 Kurt Wochner, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Martin Fuchs, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Joachim Möhrle (Arbeitgeber)
 Wolfgang Sautter (Arbeitgeber)
 Carlo Wildt (Arbeitgeber)
 Karl Künstle (Arbeitgeber)
 Helmut Kalmbach (Arbeitnehmer)
 Traugott Feder (Arbeitnehmer)

Vorstandsmitglieder 1994 bis 1999

Günther Hecht, Präsident
 Kurt Wochner, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Martin Fuchs, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Joachim Möhrle (Arbeitgeber)
 Wolfgang Sautter (Arbeitgeber)
 Carlo Wildt (Arbeitgeber) verstorben
 Wilhelm Neudörffer (Arbeitgeber) ab Dezember 1996
 Helmut Kalmbach (Arbeitnehmer)
 Traugott Feder (Arbeitnehmer)

Vorstandsmitglieder 1999 bis 2004

Joachim Möhrle, Präsident
 August Wannenmacher, Vizepräsident (Arbeitgeber)
 Martin Fuchs, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
 Wolfgang Sautter (Arbeitgeber)
 Harald Herrmann (Arbeitgeber)
 Wilhelm Neudörffer (Arbeitgeber)
 Alfred Buck (Arbeitgeber)
 Manfred Haug (Arbeitnehmer)
 Traugott Feder (Arbeitnehmer)

Die Präsidenten

Friedrich Fischle (1900 – 1907)
 Karl Vollmer (1907 – 1922)
 Otto Henne (1922 – 1933)
 Philipp Baetzner (1933 – 1939)
 Eugen Vogt (1939 – 1943)
 Gauwirtschaftskammer (1943 – 1945)
 Alfred Geisel (1945 – 1974)
 Ernst-August Karrer (1974 – 1984)
 Günther Hecht (1984 – 1999)
 Joachim Möhrle (seit 1999)

Geschäftsführer und Hauptgeschäftsführer

Geschäftsführer Rudolf Dietrich (1901 – 1905)
 Geschäftsführer Hans Freytag (1906 – 1911)
 Geschäftsführer Karl Hermann (1911 – 1922)
 Syndikus Hermann Eberhardt (1922 – 1956)
 Hauptgeschäftsführer Dr. Herbert Beyer (1956 – 1987)
 Hauptgeschäftsführer Roland Haaß (seit 1987)

Hilfestellung für den einzelnen Handwerker. Handwerkspolitik bis hin zur Gesetzgebung. Zukunftsgerichtete Entscheidungen für den Kammerbezirk – die Handwerkskammer Reutlingen ist in den 100 Jahren, die seit ihrer Gründung vergangen sind, zum starken und kompetenten Partner für Handwerk und Politik geworden.

Was im Kammergebäude in der Reutlinger Hindenburgstraße geschieht, passiert keineswegs im luftleeren Raum.

Bis heute ist die Geschichte der Reutlinger Kammer eng an die Geschichte des Handwerks und der Handwerksorganisationen in Deutschland geknüpft. Vom Kaiserreich bis zum Europa der Zukunft war es buchstäblich ein langer Weg, auch für das Handwerk.

Die wichtigsten Ereignisse in 100 Jahren Deutscher Handwerksgeschichte zeigen den Weg des Handwerks durch das vergangene Jahrhundert – und führen direkt an den Fuß der Achalm, zur Handwerkskammer Reutlingen.